

**Lehrheft zur Geschichte
der österreichischen
Arbeiterbewegung**

II. Vom ersten Weltkrieg bis 1927

Wien 1952

**Leopold
Spira**

Leopold Spira
Lehrheft zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung
II. Vom ersten Weltkrieg bis 1927

Stern-Verlag Wien 1952

I. Imperialistischer Siegfrieden oder Revolution

Die SP-Führung wird pazifistisch

Von allen Großmächten, die am ersten Weltkrieg teilnahmen, war nach den ersten Kriegsjahren die Habsburgermonarchie, neben dem zaristischen Rußland, wirtschaftlich und politisch am meisten erschüttert. Der Krieg hatte die Massen zutiefst erbittert; die österreichische Bourgeoisie und auch der Kaiser fürchteten den Zerfall der Monarchie. Sie suchten einen möglichst glimpflichen Ausweg aus dem Krieg. Die Politik Kaiser Karls (Karl folgte Franz Joseph, der 1916 gestorben war) schwankte zwischen den imperialistischen Hoffnungen, durch den Krieg die Monarchie zu erweitern und dem Bestreben, einen Ausweg aus dem Krieg zu suchen; sie schwankte zwischen dem Bestreben, sich insgeheim mit den Ententemächten, vor allem Frankreich, zu verständigen und der Abhängigkeit vom „deutschen Bruder“. Immer gefährlicher wurde die Fortsetzung des Krieges für den Bestand der Habsburgermonarchie, aber der Kaiser und die österreichische Bourgeoisie setzten den Krieg fort.

Erschreckt durch die russische Februarrevolution, die den Zarismus gestürzt hatte, berief der Kaiser das Parlament wieder ein, das zu Kriegsbeginn nach Hause geschickt worden war, wodurch sich die Führer der Sozialdemokratie eine eindeutige Stellungnahme zum imperialistischen Krieg erspart hatten. Am 30. Mai 1917 trat das Parlament wieder zusammen; ein führender bürgerlicher Abgeordneter, der Christlichsoziale Lammach, hielt eine pazifistische Rede, die erste derartige Rede, die seit Kriegsbeginn öffentlich gehalten worden war.

Revolution oder imperialistische Verständigung

Nun wandelte sich auch die Haltung der SP-Führer, die bisher den Krieg begeistert unterstützt hatten. Die Frage war, wie der Krieg enden sollte: ob durch eine Revolution und den Sturz des Imperialismus, oder durch eine „Verständigung“ der Imperialisten. **Die SP-Führer orientierten sich auf eine „friedliche Verständigung“ der Imperialisten.**

Im Oktober 1917 fand der erste sozialdemokratische Parteitag [6:] seit Kriegsausbruch statt, der, wie Otto Bauer schrieb, dieser Orientierung „zum Durchbruch“ verhalf:

„Das Bild der ‚Arbeiter-Zeitung‘ änderte sich vollständig. Austerlitz führte nun in der ‚Arbeiter-Zeitung‘ den Kampf für einen demokratischen Verständigungsfrieden ... So wurde die Partei nun, dank der entschlossenen Wendung, die sie gemacht, zur Wortführerin der Friedenssehnsucht der kriegsmüden Massen ... sie erwarb so das Vertrauen, das sie befähigte, in der nahenden Revolution die Führung zu übernehmen.“

Otto Bauer fügte dem hinzu: „Auch in den Reihen der herrschenden Klassen hatte sich 1917 schon eine tiefe Wandlung vollzogen.“ Die SP-Führer suchten, ebenso wie die herrschenden Klassen, nach einem Ausweg aus dem Krieg, der möglichst mit keinen revolutionären Erschütterungen verbunden sein sollte.

Auf dem Parteitag im Oktober 1917 entwickelte eine Gruppe von „Linken“ unter der Führung Otto Bauers ein neues Nationalitätenprogramm. Die Bourgeoisie der national unterdrückten Völker der Habsburgermonarchie strebte die Gründung selbständiger Staaten an, die Sozialdemokratischen Parteien befanden sich im Schlepptau der Bourgeoisie. Die Ententemächte, die westlichen Imperialisten, hatten sich für die Gründung bürgerlicher Nationalstaaten erklärt, da ihnen diese als eine Garantie ihrer Vorherrschaft in Mitteleuropa erschienen.

Der „Anschluß“

Otto Bauers neues Nationalitätenprogramm ging nun nicht davon aus, daß man um jeden Preis die gemeinsame Aktion der Arbeiter aller Nationalitäten zum Sturz der Monarchie und zur Bekämpfung des Imperialismus erreichen müsse, sondern er nahm den Zerfall der Habsburgermonarchie als unvermeidlich zur Kenntnis und verlangte, man müsse „auf die Tradition von 1848 zurückgreifen“, das heißt, den „Anschluß“ Österreichs an Deutschland durchführen.

Einen anderen Standpunkt vertrat Renner, der bis zum Kriegsende erklärte, die Gründung von Nationalstaaten auf dem Boden der Habsburgermonarchie sei zu einer „reaktionären Utopie“ geworden;

Renner trat für ein „mitteleuropäisches Imperium unter deutscher Führung, die kleinen Nationen förderierend“, ein.

Sowohl Otto Bauers Anschlußparole als auch Renners Bekenntnis zum Völkerkerker des Habsburgerstaates widersprachen einer marxistischen, proletarischen Haltung, wie sie die Bolschewiki 1917 einnahmen. **Während es den Bolschewiki gelang, die nationale Freiheitsbewegung zum Bundesgenossen der Arbeiterklasse zu machen, wurde durch die opportunistische Haltung der österreichischen Sozialdemokratie die nationale Frage im Habsburgerstaat ein Hilfsmittel der Bourgeoisie und der Imperialisten.**

[7:] Die SP-Führer suchten nun in den Massen ihre chauvinistische Haltung zu Beginn des Krieges in Vergessenheit zu bringen. Tatsächlich kam der österreichischen SP-Führung der Umstand, daß das Parlament zu Beginn des Krieges nach Hause geschickt worden und ihr damit die Gelegenheit genommen war, so wie die deutsche Sozialdemokratie offen für den Krieg zu stimmen, 1918 sehr zugute.

Die Oktoberrevolution in Rußland machte dem Krieg auf revolutionäre Weise ein Ende und verwirklichte die Resolution des Basler Kongresses der II. Internationale vom Jahre 1912, in der es hieß, daß die Sozialisten „die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes ausnützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft beschleunigen“ müssen.

Die 14 Punkte Wilsons

Die Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland, die sich sofort in dem Funkspruch „An alle!“ über die Minister und Generäle der Imperialisten hinweg an die Soldaten aller Armeen wandte, hatte eine gewaltige revolutionierende Wirkung auf die Massen: Als Gegenprogramm der Imperialisten veröffentlichte der amerikanische Präsident Wilson, der Amerika in den Krieg geführt hatte, am 8. Jänner 1918 seine „14 Punkte“, in denen er „gerechte“, „demokratische“ Friedensvorschläge unterbreitete, die nicht „von der Gewalt, sondern vom Recht“ bestimmt werden sollten. Die „Gewalt“, damit bezeichnete Wilson den revolutionären Weg zur Beendigung des Krieges, das „Recht“, darunter verstand Wilson einen Siegfrieden der Imperialisten. Mit Begeisterung bekannten sich die Führer der SP zu Wilson. Die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb: „Der Präsident verkündet ein großartiges Programm der Völkersolidarität, das nur unseren lautesten Beifall finden kann; ist es doch unser eigenes Programm!“ **Während die SP-Führer das imperialistische Friedensprogramm lobten, wandten sie sich gegen die Sozialistische Oktoberrevolution**, von der Otto Bauer, der Führer der „Linken“, im März 1918 sagte, daß „dieses Unternehmen, das einen Irrweg des Proletariats darstellt, mißlingen“ müsse. Otto Bauer nahm aber offiziell nicht für die rechten Menschewiki Stellung, sondern für das marxistische Zentrum, dem die Geschichte schließlich Recht geben wird“. Damit hat Otto Bauer die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie, des Austromarxismus, umrissen: es war die Stellung des Zentrismus, scheinbar gegen rechts, verdammend gegen links, eine Politik, die mit linken Worten rechte Handlungen bemäntelte. **Durch ihre zentristische Haltung gelang es der SP-[8:]Führung in Österreich, die Lostrennung der linken Elemente zu verhindern und die Entwicklung einer revolutionären Bewegung zu erschweren.**

Friedrich Adler

Zu Beginn des Krieges hatte Dr. Friedrich Adler, der Sohn Victor Adlers, alle seine Parteifunktionen niedergelegt, um dagegen zu protestieren, „daß in allen Ländern die Sozialdemokratie nicht den Krieg als unüberwindbares Schicksal hingenommen, sondern mehr oder minder die Kriegsparole des Staates sich zu eigen gemacht hat“, Friedrich Adler lehnte jede revolutionäre Aktion gegen den Krieg, er lehnte die Stellungnahme der Bolschewiki ab; er war für „strikteste Neutralität“. Um Friedrich Adler hatte sich eine Gruppe linker, meist junger Sozialisten im „Verein Karl Marx“ gesammelt, die ihn zur Organisierung einer Oppositionsgruppe bewegen wollten. Adler lehnte es aber entschieden ab, die „Partei zu spalten“.

Das Attentat auf Stürgkh

Bedrückt und verzweifelt durch die Greuel des Krieges und den Verrat der SP-Führung, erschöß Friedrich Adler am 21. Oktober 1916 den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh. Lenin hat diese Tat als „tapfer aber dumm“ bezeichnet, denn sie führte nicht zur Organisation einer revolutionären Gruppe, wie sie von Liebknecht und Luxemburg in Deutschland geschaffen worden war, sondern war ein bloßer Ausdruck der Verzweiflung und des Unglaubens an die Arbeiterklasse. Man stellte Friedrich Adler vor ein Ausnahmegericht; in der Verhandlung griff er scharf die Politik der Parteiführung an. Er sagte: „Nur gegen den Parteivorstand, nur über den Parteivorstand hinweg wird es in Österreich jemals zu einer wirklichen revolutionären Umgestaltung kommen.“

Adler wurde zum Tode verurteilt, aber dann wurde das Urteil in lebenslänglichen Kerker umgewandelt. Viele erwarteten von ihm, daß er, nach seiner Freilassung, der Kristallisationspunkt einer neuen revolutionären Bewegung werden würde. Als aber Friedrich Adler durch den Zusammenbruch der Habsburgermacht am 6. Oktober 1918 aus dem Gefängnis entlassen wurde, waren seine ersten Worte:

„Ich will alles das, was früher war, ab erledigt betrachten. Was mich betrifft, kann ich nur sagen, daß ich eine allgemeine Amnestie erteilt habe für alles, was geschehen ist.“

Er hatte seinen Frieden mit dem revolutionsfeindlichen Parteivorstand gemacht. Friedrich Adler war ein Austromarxist, kein Re-[9:]volutionär. Aber seine Autorität bei den Arbeitern half 1918 der rechten SP-Führung, die revolutionär gesinnten Massen davon abzuhalten, die SP zu verlassen.

Die revolutionären Aktionen der Massen

Der Jännerstreik 1918

Der „Verein Karl Marx“ wurde nach dem Attentat Friedrich Adlers von der Polizei aufgelöst. Im Verlauf des Jahres 1917 bildeten sich aber einige kleine Gruppen der „Linksradi-kalen“, die versuchten, mit den Arbeitern der Kriegsindustrie Kontakt aufzunehmen. Die Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland hatte die österreichische Arbeiterschaft aufgewühlt. Als in Brest-Litowsk die Vertreter des deutschen und des Habsburgerimperialismus der jungen Sowjetregierung drückende Friedensbedingungen aufzwingen wollten, als man den Friedensschluß immer wieder hinauszog und die Lebensbedingungen der Arbeiter unerträglich wurden, brach im Industriegebiet Neunkirchen-Wiener Neustadt am 14. Jänner 1918 ein Streik aus, der sich mit Windeseile über die ganze österreichische Industrie ausdehnte und auch auf Böhmen und Ungarn übergriff. Nahezu eine Million Arbeiter standen im Streik. Die Linksradi-kalen führten an einigen Stellen die Bewegung, die sehr bald über ihre ursprünglichen Forderungen nach Verbesserung der Lebensmittelzuteilung hinausgewachsen war und die **Forderung nach dem Ende des Krieges überhaupt** stellte. Der Massenstreik wandte sich eindeutig gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand, der alles tat, um den Streik abzuwürgen. Julius Deutsch, der damals als Vertreter der SP im Kriegsministerium Dienst machte, schrieb im Februar 1918 im „Kampf“ über den Streik:

„Während des großen Ausstandes ist unverkennbar eine starke radikale Unterströmung wirksam gewesen, die sich mehrmals mit großer Leidenschaft gegen den Parteivorstand kehrte ... Man hat in großen Volksversammlungen heftige Worte gegen den Parteivorstand geschleudert, ihm vorgeworfen, daß er unentwegt ‚bremse‘ ...“

In den Streikversammlungen wurde, nach russischem Vorbild, die Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten verlangt, es wurden auch die ersten Arbeiterräte gewählt, und all das gab, wie Otto Bauer schrieb,

„der Bewegung einen grandiosen revolutionären Charakter und weckte in den Massen die Hoffnung, den Streik unmittelbar zur Revolution zu steigern, die Macht an sich zu reißen, den Frieden erzwingen zu können. Das war nun frei-[10:]lich eine Illusion ... Die Steigerung des Streiks zur Revolution konnten wir nicht wollen. Darum mußten wir dafür sorgen, daß der Streik beendet wurde“.*

* Wo nicht anders vermerkt, sind die von Otto Bauer zitierten Stellen seinem 1923 erschienenen Buch „Die österreichische Revolution“ entnommen.

Otto Bauer wollte keine Revolution; der „grandiose revolutionäre Charakter“ des Streiks erweckte bei ihm und den anderen SP-Führern nur Angst und Ablehnung.

Den SP-Führern, allen voran Renner, gelang es, den Streik nach einigen Tagen abzuwürgen, denn die Massen hatten keine revolutionären Erfahrungen und die Führung durch die Linksradi-kalen war noch viel zu schwach. **Ohne revolutionäre Führung kann aber auch die mächtigste Massenaktion keinen Erfolg haben.**

Die SP-Führer vertrösteten die friedenshungrigen Massen auf den Kaiser. Am 19. Jänner 1918 schrieb die „Arbeiter-Zeitung“: „Es ist der sehnlichste Wunsch Seiner Majestät, ehebaldigst den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beenden.“ Enttäuscht und entmutigt gingen die Arbeiter zögernd wieder in die Betriebe zurück.

Gleichzeitig mit dem Jännerstreik häuften sich revolutionäre Unruhen in der Armee. Es kam zu einer Reihe von kleineren Aufständen, zu Massendemonstrationen usw. Die SP-Führung lehnte aber jede revolutionäre Tätigkeit an der Front entschieden ab.

Der Aufstand von Cattaro

Die größte Erhebung in der Armee war der Aufstand der Matrosen von Cattaro am 2. Feber 1918, der auf den Streik der Arsenalarbeiter des Kriegshafens Pola folgte. 6000 Matrosen auf 40 Schiffen der k. u. k. Kriegsmarine hißten die rote Fahne und verlangten sofortigen Friedensschluß. Drei Tage lang behaupteten sich die Aufständischen, dann brach die Bewegung, deren Führung nicht stark und stabil genug war, zusammen. Dutzende Matrosen wurden zum Tode verurteilt. Vier wurden hingerichtet.

Bis zuletzt lehnten die SP-Führer jede revolutionäre Aktion ab und vertrösteten die Arbeiter und Soldaten damit, daß die Monarchie sowieso bald zusammenbrechen werde, daß sich daher jede Aktion „erübrige“. So schlitterte die Habsburgermonarchie in den „Zusammenbruch“ hinein. Die SP-Führung aber lieferte die Völker auf Gedeih und Verderb den imperialistischen Siegermächten aus.

[11:]

II. Der November 1918

Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie

Die Armeen der Habsburgermonarchie standen im Herbst 1918 vor dem Zusammenbruch. Mangel an Waffen, schlechte Ernährung und Ausrüstung schwächten die Kampfkraft der Armee. Die Front war nicht mehr zu halten. Am 29. September 1918 unterzeichnete Bulgarien, das an der Seite der „Mittelmächte“ kämpfte, einen Waffenstillstand. Am 4. Oktober wandten sich Deutschland, die Habsburgermonarchie und die Türkei an den amerikanischen Präsidenten Wilson mit der Bitte um einen Waffenstillstand. Am 7. Oktober wurde die Polnische Republik proklamiert, am 28. Oktober die Tschechoslowakische Republik ausgerufen. Gleichzeitig lösten sich auch die südslawischen Teile von der Monarchie. Ganze Divisionen, vor allem ungarische, tschechoslowakische und kroatische, verließen die Front. Erst jetzt kam es in Wien zu Massendemonstrationen, bei denen die Ausrufung der Republik gefordert wurde.

In dieser Situation suchten die österreichischen SP-Führer nicht den Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie, den Arbeitern und Bauern der anderen Nationen der Monarchie, sondern die Zusammenarbeit mit den „deutschen“ bürgerlichen Abgeordneten des k. u. k. Parlaments.

Am 21. Oktober 1918 wurde in Wien eine „Provisorische Nationalversammlung“ geschaffen, in der die SP-Abgeordneten mit den Bürgerlichen, die über die Mehrheit verfügten, zusammensaßen. Am 30. Oktober wurde eine republikanische Verfassung beschlossen, die man aber vor dem Volk verheimlichte. Der Kaiser regierte noch immer. In dieser Sitzung vom 30. Oktober sprach Victor Adler das erste Mal davon, daß eine österreichische Republik „lebensunfähig“ wäre und daher den Anschluß an Deutschland suchen müsse. Otto Bauer hatte schon vorher in der „Arbeiter-Zeitung“ eine Kampagne für den „Anschluß“ begonnen. **Die Anschlußparolen sollten eine revolutionäre**

Politik ersetzen, den Massen erklären, daß man im „lebensunfähigen“ Österreich „nichts machen“ könnte.

Die Arbeiter gegen den „Anschluß“

Der „Anschluß“gedanke ging vom Bürgertum aus, das, wie Otto Bauer schrieb, der Meinung war, daß „nur der Rückhalt des großen, wirtschaftsstarken Reiches seine wirtschaftliche Machtstellung gegen die Nachbarstaaten stärken konnte ... Unter dem mächtigen Eindruck dieser Erwägungen hatten schon im [12:] Verlauf des Oktobers breite Schichten des Bürgertums, zumal der Intelligenz, in der Hoffnung auf den Anschluß Trost über den Zusammenbruch ihres alten Herrschaftsgebäudes gefunden. **Die Masse der Arbeiterschaft dagegen stand dem Anschlußgedanken damals noch kühl gegenüber, obwohl Sozialdemokraten seine ersten Verkünder waren, sie hatten den deutschen Imperialismus während des Krieges allzutief gehaßt, als daß sie sich nun hätten für den Anschluß an dasselbe Deutschland begeistern können.**“

Und im Juli 1919 mußte Otto Bauer in einer Rede zugeben: „Es gibt viele Arbeiter, die sagen: Wir wollen uns nicht einem Noske-Deutschland anschließen!“ (Der sozialdemokratische Innenminister Noske erstickte die revolutionären Bewegungen der deutschen Arbeiterschaft im Blut. Von ihm stammt der Satz: „Einer muß der Bluthund sein!“) Nicht die Arbeiterschaft, sondern die kleinbürgerliche SP-Führung war für den „Anschluß“.

Die Anschlußparole war der Ausdruck des Zusammenbruches der sozialdemokratischen Nationalitätenpolitik in der Habsburgermonarchie; nun, da unter der Führung des Bürgertums der einzelnen Nationen die Monarchie zerfiel, stellten die SP-Führer diese Tatsache als „unvermeidlich“ hin – und suchten „Trost“ bei der stärkeren imperialistischen Macht, deren Stellung aus dem Weltkrieg wesentlich weniger erschüttert hervorgegangen war als die der österreichischen Bourgeoisie. Der „Anschlußgedanke“ war also von allem Anfang an eine reaktionäre, eine imperialistische Parole und wurde auch sofort nach Kriegsende vom deutschen Monopolkapital aufgegriffen. Hugo Stinnes, einer der mächtigsten Ruhrbarone, wurde zum Geldgeber und Drahtzieher der ersten Anschlußpropaganda in Österreich.

Die Krise der Habsburgermonarchie wurde immer offenkundiger. Julius Deutsch schrieb über die Oktobertage 1918:

„Die Soldaten (in Wien) konnten den Zeitpunkt der völligen Niederwerfung der Militärgewalt nicht mehr erwarten. Sie wollten sofort losschlagen: das Kriegsministerium besetzen, die Regierung stürzen, den Kaiser gefangennehmen. Ich hielt zurück, weil mir der Zusammenbruch der Habsburgerei nur mehr eine Frage von Tagen schien, der ohne Blutvergießen herbeigeführt werden konnte.“*

Die SP-Führer warteten auf den „Zusammenbruch“, sie wollten keine Revolution. In den „wenigen Tagen“ gingen aber bei den Rückzügen an der italienischen Front zehntausende Soldaten der Habsburgerarmee zugrunde.

Am 8. November 1918 wurde die Deutsche Republik [13:] ausgerufen, Kaiser Wilhelm II. floh nach Holland. Erst jetzt forderten die Führer der SP in der „Provisorischen Nationalversammlung“ die Ausrufung der Republik. Renner trat im Namen der SP auf und erklärte:

Renner für eine Koalitionsregierung

Da in Deutschland eine SP-Regierung ans Ruder gekommen ist, würden auch die österreichischen Arbeiter das gleiche verlangen. „Sie wissen, wie stark die Tendenzen der Arbeiterschaft dahin gerichtet sind, eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien nicht zuzulassen.“ Renner beruhigte die verängstigten bürgerlichen Politiker; die SP-Führung habe beschlossen, „**daß die Koalition so lange als möglich aufrechtzuerhalten ist ...**“ Wenn wir (d. h. die SP-Führung) von der Arbeiterschaft gezwungen werden, eine Regierung zu bilden, würde mehr als die Staatsform, würde die ganze wirtschaftliche Ordnung auf dem Spiel stehen“ (d. h. der Kapitalismus gefährdet sein).

Renner zeigte den Ausweg: der Kaiser selbst habe wissen lassen, er wäre bereit, abzutanken. „**Dieser Beschluß bietet uns wahrscheinlich die Möglichkeit, den aufgeregten Massen so viel zu bieten, daß sie nach**

* Fast alle verwendeten Zitate von Julius Deutsch sind seinem 1920 erschienenen Buch „Aus Österreichs Revolution – Militärpolitische Erinnerungen“ entnommen.

der provisorischen Änderung der Staatsform beruhigt sind und das normale Leben im Staate fortgeht, ohne daß die politischen Erschütterungen von sozialen begleitet sind ... Wir wären vor dem Volk in die unhaltbarste Lage gebracht, wenn wir mit unserer Erklärung hinter der des Hofes zurückblieben.“

Mit diesen Worten hatte Renner die Haltung der SP-Führung klar umrissen: sie wollte um jeden Preis die kapitalistische Gesellschaftsordnung erhalten und suchte daher auch die politische Macht der Kapitalisten zu bewahren. Dabei mußten die SP-Führer mit der revolutionären Stimmung der Massen rechnen und trachten, ihren offenen Verrat an der Revolution zu tarnen, die Massen irrezuführen. Diese zwieschlächtige Stellung – vor den Massen die sozialistischen Revolutionäre zu spielen, in Wirklichkeit aber die Macht des Kapitals zu verteidigen – bestimmte die Haltung der SP-Führer in der Revolution von 1918.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs

Nach dem Abbruch des Jännerstreiks bestanden einzelne Gruppen der Linksradikalen illegal weiter. Am 3. November 1918 kamen die Vertreter verschiedener kleiner Gruppen in Wien zusammen und beschlossen, die Kommunistische Partei Österreichs zu gründen. Die Partei umfaßte bei ihrer Gründung ungefähr 50 Mitglieder. Mit der Gründung der Kommunistischen Partei gab es nun in Österreich ein Zentrum zur Sammlung aller revolutionären Kräfte.

Die Kommunistische Partei war in Österreich nicht auf Grund tiefgehender Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung entstanden, wie in Frankreich, Deutschland, der [14:] Tschechoslowakei, wo sich 1918-20 beträchtliche Teile der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie loslösten und die Kommunistische Partei begründeten. Den österreichischen SP-Führern war es gelungen, in der Arbeiterschaft die Illusion zu erwecken sie wären für eine revolutionäre Politik, sie hätten aus dem Krieg gelernt, die Sozialdemokratie verkörpere die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse. Am 11. November 1918 war Victor Adler plötzlich gestorben und Friedrich Adler und Otto Bauer, die den Ruf von „Linken“ hatten, traten in den Vordergrund. **Vom ersten Tag ihres Bestehens an hatte die Kommunistische Partei in Österreich gegen den Austromarxismus zu kämpfen, der zunächst auch die ideologisch noch ungefestigte Kommunistische Partei beeinflußte.**

Kein einziger bekannter Arbeiterführer hatte sich in Österreich der Kommunistischen Partei angeschlossen. Sofort nach ihrer Gründung mußte aber die Partei bereits in einer akut revolutionären Situation handeln und den Kampf um die Führung der Arbeiterklasse, um die Führung der Revolution aufnehmen, ohne noch Zeit gehabt zu haben, sich organisatorisch und ideologisch zu festigen, neue Führer zu entwickeln und zu erproben.

Mit der Gründung der Kommunistischen Partei war ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung erreicht, aber die Partei besaß nicht die Kraft, die Führung der Arbeiterklasse im ersten Anlauf zu übernehmen.

Der 12. November 1918

Am 12. November 1918 wurde vor dem Parlament in Wien die Republik ausgerufen. Zehntausende waren in die Stadt geströmt und begrüßten die Republik. Aber die Massen der Arbeiter und Soldaten, die den Ring füllten, erwarteten nicht die bürgerliche, sondern die sozialistische Republik. Schon am 31. Oktober 1918, als die SP einen Parteitag abhielt, der ihre Politik in der Revolution festlegte, hatte Otto Bauer erklärt:

„Die Massen sind von Ungeduld erfüllt, die Massen meinen, man müsse weitergehen, um die zunächst rein politische Revolution weiterzuführen zu einer sozialen. Demgegenüber müssen wir besonnen und fest bleiben.“

Als am 12. November vor dem Parlament die rot-weiß-rote Fahne gehißt wurde, holten sie die Arbeiter wieder herunter. Dutzende Hände rissen den weißen Streifen aus der Fahne und zogen die roten Streifen allein auf. Einzelne Kommunisten, die vor dem Parlament Reden hielten und die sozialistische Revolution forderten, [15:] erhielten allgemeine Zustimmung. Aber die SP-Führer meisterten

die Situation, vor allem deshalb, weil die Massen überzeugt waren, daß auch die SP den Sozialismus anstrebe.

Der Charakter der Revolution von 1918

So wie die Februarrevolution 1917 in Rußland hatte die Revolution vom November 1918 in Österreich einen bürgerlich-demokratischen Charakter. „Die Revolution, die 1918 in Österreich-Ungarn siegte, war eine bürgerlich-demokratische Revolution“, schrieb Genosse Fürnberg 1938. Aber die Revolution „folgte auf die sozialistische Revolution in Rußland und fand statt in der Epoche des Überganges auf die sozialistische Revolution. Sie trug von Anfang an Momente der proletarischen Revolution in sich und mußte sofort die Frage des Hinüberwachsens zur proletarischen Revolution auf die Tagesordnung stellen.“

Aufgabe der bürgerlich-demokratischen Revolution war die Beseitigung der Monarchie und ihres reaktionären Staatsapparates, die Befreiung der unterdrückten Nationen, die Abschaffung des Adels und des Großgrundbesitzes. Diese Aufgaben konnten nur unter der Führung der Arbeiterklasse und im Kampf gegen die österreichische Bourgeoisie und den siegreichen Entente-Imperialismus voll erfüllt werden. Um diese Revolution durchzuführen, mußte die Arbeiterklasse das Bündnis mit der Masse der Bauern und der nationalen Befreiungsbewegung der bisher unterdrückten Völker der Monarchie anstreben und alles daransetzen, die Bauern und die nationale Befreiungsbewegung unter ihre Führung zu bringen. Diese Revolution mußte ein Bundesgenosse der Sozialistischen Oktoberrevolution in **Rußland** sein und hätte sich, konsequent weitergeführt, zur sozialistischen Revolution entwickelt.

Lenins Appell

Am 3. November 1918 erschien in der „Prawda“ ein Appell Lenins Appell an die Arbeiter der gesamten Habsburgermonarchie, der die Unterschriften Lenins und Swerdlows, des ersten Präsidenten des Sowjetstaates, trug. In diesem Appell wurde als die Grundaufgabe der Revolution in Österreich-Ungarn aufgezeigt,

„einen brüderlichen Bund der freien Völker (der Habsburgermonarchie) zu schließen und mit vereinten Kräften die Kapitalisten zu besiegen. Die hungernden Arbeiter Wiens werden Brot von den Bauern Ungarns erhalten, denen sie die Erzeugnisse ihrer Arbeit liefern werden ... **Nicht im Bunde mit der eigenen Bourgeoisie, sondern im Bunde mit den Proletariern aller in Österreich lebenden Nationen liegt die Bürgerschaft des Sieges.** Damit dieser Sieg endgültig sei, müssen sich die Arbeiter aller Länder zum gemeinsamen Kampf gegen [16:] den Weltkapitalismus vereinigen. Die Arbeiter, Bauern und Soldaten Österreich-Ungarns werden es ihrer Bourgeoisie nicht gestatten, sie vor den Karren des anglo-amerikanischen Kapitals mspannen.“ Lenin und Swerdlow erklärten, daß die Bourgeoisie der Habsburgermonarchie, „die gestern noch den Hohenzollern die Stiefel leckte“, jetzt schreit: „Es lebe Wilson!“ Die amerikanischen Kapitalisten versprechen jetzt Brot. Aber sie werden die Arbeiter zwingen, die Schulden der Bourgeoisie zu zahlen, so wie sie Krieg gegen die Sowjetmacht führen, damit sie die: Schulden des Zarismus bezahlt. „**Hilfe und Brot könnt ihr nur von den russischen Arbeitern haben**“, heißt es weiter, „die die Macht in ihre Hände nahmen, nach einem Jahr des Kampfes die Rote Armee schufen und die weißgardistischen Banditen aus den brotreichen Gebieten vertrieben und das für euch und uns notwendige Brot haben werden, wenn wir mit vereinten Kräften einen Sieg des anglo-amerikanischen Kapitals verhindern.“

Lenin warnte die österreichische Arbeiterschaft vor dem Entente-Imperialismus, er verlangte das Bündnis der Völker der Habsburgermonarchie im Kampf gegen den Imperialismus, er erklärte, daß sich einem Bündnis der Sowjetrepubliken mit einem revolutionären Österreich-Ungarn auch die Arbeiter anderer Länder anschließen würden. Das waren die revolutionären Perspektiven von 1918.

Aber die österreichischen SP-Führer glaubten nicht an die Kraft der russischen Revolution, sie glaubten nicht an die Kraft der österreichischen Arbeiterklasse. Sie stellten sich nur deshalb an die Spitze der Revolution, um sie besser abwürgen zu können und die Macht des Kapitals zu erhalten. Dabei stützten sie sich auf die österreichische Reaktion und den Entente-Imperialismus. Statt das in der ersten Phase der Revolution vorhandene Übergewicht der Arbeiterklasse zu festigen und auszubauen und die Revolution weiterzuentwickeln, überließen die SP-Führer der Bourgeoisie eine Position nach der anderen, bis schließlich eine vom westlichen Kapital abhängige Bourgeois-Republik entstanden war.

III. Die revolutionäre Krise

Die revolutionäre Gelegenheit

Im November 1918 zerbrach die Habsburgermacht. Durch den Zerfall der Monarchie war die österreichische Bourgeoisie geschwächt und verwirrt. Auch in Deutschland war die Macht des Kaisers zusammengebrochen und die Sozialdemokratie hatte die Regierung übernommen.

[17:] Schon 1917 brachen in den Entente-Armeen, vor allem in der französischen, offene Unruhen und Aufstände aus. Der französische Ministerpräsident Poincaré schrieb vom „kollektiven Wahnsinn“, der die Armee befallen habe und stellte die bestürzte Frage: „Ist das nicht der Anfang eines allgemeinen Aufruhrs?“ „Es kam bereits zur Organisierung von Soldatenräten, zu offenen Meutereien und Rebellionen in einzelnen Truppenteilen“, schrieb Churchill in seinen Kriegsmemoiren über die Lage in der englischen Armee im Jahre 1918. Die Entente-Imperialisten fürchteten vor allem eines: die Ausdehnung der sozialistischen Revolution über die Grenzen Rußlands hinaus. **Die sozialistische Revolution in Mitteleuropa hätte zu einer akut revolutionären Krise auch in den Siegerländern geführt.**

Von der Front strömten hunderttausende Soldaten nach Österreich zurück, erbittert und voll unklarer revolutionärer Erwartungen. Die Waffen der zusammengebrochenen Habsburgerarmee befanden sich zum großen Teil in der Hand der Arbeiterschaft.

In Wien und anderen Industrieorten bildeten sich aus Heimkehrern bewaffnete „Rote Garden“. Die Arbeiterräte, die im Jännerstreik 1918 entstanden waren, breiteten sich aus und wurden zu einem entscheidenden Machtfaktor; sie funktionierten in vielen Industriegegenden als lokale Verwaltung und verkörperten die Staatsautorität. Sie wurden im März 1919 von der SP-Führung im „Reichsarbeiterrat“ zusammengefaßt.

Die revolutionäre Gärung hatte auch Schichten weit über die Arbeiterklasse hinaus erfaßt. Otto Bauer schrieb:

„Nicht nur das städtische und industrielle Proletariat war durch den Krieg revolutioniert worden. Auch durch die bäuerlichen Volksmassen ging eine gewaltige Bewegung. Auch der Bauer war aus dem Schützengraben voll Haß gegen Krieg und Militarismus, gegen Bürokratie und Plutokratie zurückgekehrt. Auch er jubelte der jungen Freiheit, der Republik, dem Sturz des Militarismus zu. Nicht anders als der Arbeiter glaubte auch der Bauer, die politische Revolution müsse den Volksmassen eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse bringen.“

Es bestand also eine revolutionäre Situation, die einer Partei, die sich an die Spitze der Massenbewegung gestellt und die revolutionären Kräfte zusammengefaßt und weiterentwickelt hätte, alle Möglichkeiten gab. Aber die SP war keine solche Partei. Die SP-Führer beschäftigte nur ein Gedanke: wie man die Massenbewegung abwürgen könnte.

Die Arbeiterräte

Die Arbeiterräte hatten sich über die Industriebetriebe hinaus auch auf die Ämter, Banken usw. erstreckt. Die SP-Führer erkannten, daß die Arbeiterräte, wenn sie dem russischen Beispiel folgen würden, zum Zentrum der revolutionären Bewegung werden mußten. Sie entsandten daher in die Arbeiterräte ihre populärsten Kräfte, um [18:] sich in ihnen die Führung zu sichern. Friedrich Adler, der durch die Kriegsergebnisse am wenigsten belastete SP-Führer, der einen linken, revolutionären Ruf genoß, wurde zum Hauptvertreter der SP im Arbeiterrat. Ihm fiel es zu, die Arbeiterräte der bürgerlichen Staatsgewalt unterzuordnen, sie mit der Lösung von Tagesfragen zu beschäftigen und sie damit auf „harmlose“ Bahnen zu lenken.

Auch die Kommunisten waren in den Arbeiterräten vertreten und besetzten im Reichsarbeiterrat und im Wiener Kreisarbeiterrat 1920 ungefähr zehn Prozent der Mandate. Die Kommunisten vertraten im Arbeiterrat eine revolutionäre Politik, für die sie auch unter den nichtkommunistischen Arbeiterräten Sympathie fanden; aber immer wieder gelang es den SP-Führern, die Mehrheit der Arbeiterräte für sich zu gewinnen. Gottlieb Fiala war einer der führenden Vertreter der Kommunisten im Arbeiterrat.

Die SP-Führer erreichten, daß die Arbeiterräte immer mehr zu bloßen Verwaltungsaufgaben herangezogen wurden, zur Bekämpfung der Hamsterei, zur Lebensmittelrequisitionierung auf dem Dorf usw. Diese Politik

brachte die Arbeiterräte in Gegensatz zu den Bauern und führte auch dazu, daß zum Beispiel die Arbeiterräte von Oberösterreich und der Steiermark ihre Länder, die über Lebensmittelreserven verfügten, hermetisch absperrten, um Lebensmitteltransporte nach Wien zu verhindern.

In den Arbeiterräten wurden heftige Diskussionen um die Grundfragen der Revolution geführt; es fiel den SP-Führern nicht immer leicht, die Arbeiterräte von revolutionären Aktionen abzuhalten. Aber voll Stolz brüsteten sich die SP-Führer, nicht der Wiener Polizeipräsident Schober habe die „Abwehrschlacht gegen den Bolschewismus“ gewonnen, sondern Friedrich Adler im Arbeiterrat. In Wirklichkeit arbeiteten Schober und die SP-Führer eng zusammen.

Diese Zusammenarbeit der SP-Führung mit dem Wiener Polizeipräsidenten Schober, der sein Amt schon unter dem Kaiser ausgeübt hatte, kam deutlich in einem Brief zum Ausdruck, den Staatskanzler Renner am 12. November 1919 an Schober richtete:

„Mit seltenem Verständnis für die Denkweise und Gefühlswelt des Österreicher hatten Sie den Glauben an den guten, rechtschaffenen und besonnenen Sinn unsres Volkes in den schwersten Prüfungen nie verloren und so die Mittel einer blinden Repression verschmäht. Indem Sie selbst an den Methoden der Gesetzlichkeit festhielten, haben Sie die soziale Einsicht besessen, Ausschreitungen der Verzweiflung und des wirtschaftlichen Notstandes mit wohlwollender Entschiedenheit und kluger Ausdauer zu begegnen und dadurch ihren Gefahren vorzubeugen.“

Statt den Kampf gegen die reaktionäre Staatsgewalt, die schwer erschüttert war, aufzunehmen, stärkten die SP-Führer die Autorität Schobers und der Reste des habsburgischen Staatsapparates.

[19:]

Die Soldatenräte

Die SP-Führer bildeten, mit Zustimmung der bürgerlichen Politiker, aus den Heimkehrern die „Volkswehr“, die unter Führung von Julius Deutsch stand. In die Volkswehr wurden auch die „Roten Garden“ eingegliedert, um sie, wie Julius Deutsch schrieb, unter Kontrolle zu stellen und damit „unschädlich“ zu machen. Die Kommandogewalt in der Volkswehr übten zunächst die Soldatenräte aus. **Die Arbeiterräte, deren Autorität die Soldatenräte anerkannten, hätten im Bündnis mit den durch den Krieg erbitterten und bodenhungrigen kleinen und mittleren Bauern das Schicksal der Republik in die Hand nehmen können.**

Die SP-Führer sahen in den Soldatenräten nicht revolutionäre Organe, sondern Instrumente, um die Soldaten der bürgerlichen Staatsgewalt unterzuordnen. Julius Deutsch schrieb 1919:

„Die erste unmittelbare Gefahr drohte dem jungen Staatswesen von den heimkehrenden Soldaten, deren Radikalismus alle Ordnung zu sprengen schien. Die neue Regierung betrieb selbst die Wahl von Soldatenräten, um auf diese Weise das Vertrauen der Mannschaft zur neuen Ordnung zu festigen und der (bürgerlichen!) Republik nutzbar zu machen.“

Auch in den Soldatenräten hatte die SP die Führung und benützte ihre Stellung zur Abwürgung der revolutionären Energien der Soldaten.

In der Volkswehr gab es auch einige Einheiten (vor allem das 41. Bataillon), die unter der Führung linker Elemente und der Kommunisten standen. Diese Einheiten bereiteten den SP-Führern schweres Kopfzerbrechen. Sie suchten sie einerseits durch die Beschlüsse des Soldaten- und Arbeiterrates, in denen sie die Mehrheit hatten, zu binden, scheuten aber andererseits auch nicht davor zurück, die ihnen ergebenden Volkswehreinheiten gegen die revolutionär eingestellten Bataillone einzusetzen.

Ähnlich wie in den Arbeiterräten wurden auch in den Soldatenräten leidenschaftliche Diskussionen über den Charakter der einzuschlagenden Politik geführt; aber auch hier setzte sich schließlich die SP-Führung durch.

Die k. u. k. Offiziere werden wieder eingesetzt

Selbst die von ihnen kontrollierten Räte waren den SP-Führern zu gefährlich. Als erstes würgten sie den Soldatenrat ab. Otto Bauer schildert das folgendermaßen:

„Im Oktober 1918 war die Kommandogewalt der Offiziere zusammengebrochen. In der Volkswehr waren die Offiziere machtlos. Die wirkliche Macht lag in den Händen der Soldatenräte, unter deren Kontrolle allein die Offiziere befehlen konnten. Dabei konnte es nicht bleiben. **Wollten wir ein kampffähiges Heer haben, so mußte die Befehlsgewalt der Offiziere wiederhergestellt werden.** [20:] Die überwiegende Mehrheit der Offiziere mußte dem Offizierskorps der alten k. u. k. Armee entnommen werden.“

Und im März 1919 flehte Julius Deutsch die reaktionären ehemaligen k. u. k. Offiziere bei einer Versammlung im Militärkasino an:

„Wir brauchen Ordnung und Ruhe, um leben zu können. Helfen Sie mit, das drohende Chaos zu vermeiden.“

Um die bürgerliche Ordnung gegen die sozialistische Revolution zu verteidigen, wandte sich Deutsch an die Offiziere der Habsburger-Armee.

Die SP-Führung gegen die Bauern

Die SP-Führer dachten nicht daran, die Forderungen der Bauern zu erfüllen. Von einer Bodenreform wurde nicht einmal gesprochen. Die Güter Starhembergs und der anderen Adligen, die Besitzungen der Neureichen und Kriegsgewinnler wurden nicht angetastet. Die Möglichkeit eines Bündnisses mit den kleinen und mittleren Bauern wurde von den SP-Führern nicht einmal ins Auge gefaßt. Sie gingen davon aus, daß die SP die Arbeiter vertrete, während die Bauern in der Christlichsozialen Partei ihre Vertretung hätten. Aber die Christlichsoziale Partei war niemals die Vertreterin der Masse der Bauern, sondern die Partei des Großkapitals, der Großgrundbesitzer und der Großbauern. Durch die bauernfeindliche Haltung der SP-Führer gelang es der österreichischen Reaktion, sich auf dem Dorf eine starke Massenbasis zu schaffen.

„Der Bauer hat der europäischen Revolution Schranken gesetzt, die sie bisher nicht zu überwinden vermochte“, schrieb Otto Bauer 1919 im „Kampf“. Aber nicht die Bauern, sondern die SP-Führer, die jedes Bündnis der Arbeiter mit der Masse der Bauern für unmöglich erklärten, hatten der Revolution Schranken gesetzt und die Mehrheit auch der kleinen Bauern der Reaktion in die Arme getrieben.

Die erste Regierung der Republik

Am 16. Feber 1919 fanden die ersten Wahlen in der Republik statt; gewählt wurde die Provisorische Nationalversammlung. Obwohl es die SP-Führung durch ihre Haltung fast unmöglich machte, daß größere Teile der Bauernschaft für die SP stimmten, bedeuteten die Wahlen einen Erfolg für die SP. Sie wurde mit 1,2 Millionen [21:] Stimmen die stärkste Partei, die Christlichsozialen erhielten 1 Million Stimmen, die Deutschnationalen, deren Wähler sich meist aus Beamten, Offizieren und dergleichen rekrutierten, erhielten 500.000 Stimmen.

Die Kommunisten hatten sich an der Wahl nicht beteiligt; die Führung der Partei begründete das damit, daß es in Österreich Arbeiterräte gebe und daß daher die Beteiligung an einer bürgerlich-parlamentarischen Wahl die Arbeiter nur ablenken und bei ihnen Illusionen schaffen würde. Diese Haltung war jedoch ein schwerer Fehler und wurde von Lenin scharf kritisiert.

Die erste Koalitionsregierung

Auf Grund des Wahlergebnisses wurde eine Koalitionsregierung mit den Christlichsozialen unter sozialdemokratischer Führung gebildet. Renner wurde Staatskanzler und Innenminister (später wurde Eldersch Innenminister), Bauer Außenminister, Deutsch übernahm das Heeresministerium, Glöckel das Unterrichts- und Hanusch das Sozialministerium. Alle entscheidenden Machtpositionen waren also in der Hand der Sozialdemokratie. Die Bourgeoisie hatte sich nicht gegen eine solche Regierung gewehrt (obwohl die Mehrheit im Parlament bürgerlich war), sondern sie im stillen begeistert begrüßt. Otto Bauer begründete diese merkwürdige Tatsache folgendermaßen:

„Die Regierung stand damals immer wieder den leidenschaftlichen Demonstrationen der Heimkehrer, der Arbeitslosen, der Kriegsinvaliden gegenüber. Sie stand der vom Geist der proletarischen Revolution erfüllten Volkswehr gegenüber. Sie stand täglich schweren, gefahrdrohenden Konflikten in Fabriken, auf den Eisenbahnen gegenüber. Und die Regierung hatte keine Mittel der Gewalt zur Verfügung: die bewaffnete Macht

war kein Instrument gegen die von revolutionären Leidenschaften erfüllten Proletariermassen. **Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können. Sie wäre binnen acht Tagen durch Straßenauf- ruhr gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. Nur Sozialdemokraten konnten diese Auf- gabe von beispielloser Schwierigkeit bewältigen. Nur Sozialdemokraten konnten wild bewegte Demonst- rationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden, die Arbeitermassen von der Versu- chung zu revolutionären Abenteuern abhalten.“**

Die Bourgeoisie hätte 1918/19 ihre Herrschaft nur mit Gewalt errichten können, sie verfügte aber nicht über diese Gewalt. Die sozialdemokratischen Führer nahmen der Bourgeoisie die für diese un- lösbare Aufgabe ab und stellten sich an die Spitze der Regierung, in der sie als Platzhalter der Bour- geoisie saßen, um die Macht kurze Zeit später, nachdem die Revolution abgewürgt war, wieder der Bourgeoisie zu übergeben. **Lenin bezeichnete daher in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg die Sozialdemokratie als die „soziale Hauptstütze“ des Kapitalismus.**

[22:]

Die ungarische Räteregierung

Am 22. März 1919 trat die bürgerlich-demokratische Regierung in Ungarn unter dem Druck der Mas- sen zurück und übergab die Macht einer Räteregierung. Die Wirkung der sozialistischen Revolution in Ungarn, die sich zunächst erfolgreich gegen alle Angriffe der Imperialisten zur Wehr setzte, war in Österreich ungeheuer stark. Eine Versammlung der Soldatenräte der Wiener Volkswehr, die am 1. April 1919 im Eisenbahnerheim tagte, drückte in einer Resolution

„dem ungarischen Volke, das die Diktatur des Proletariats in Ungarn errichtet hat, ihre begeisterte Sym- pathie aus und erklärt ... ihm auch durch tatkräftige Hilfe zur Seite stehen zu wollen und **Österreich nicht als Aufmarschgebiet der Entente gegen Ungarn mißbrauchen zu lassen“**. Die Versammlung der Solda- tenräte forderte die Koalitionsregierung auf, jede gegen das revolutionäre Ungarn und Sowjetrußland gerich- tete Tätigkeit zu unterbinden, widrigenfalls die Volkswehrmänner selbst nach dem Rechten sehen würden.

Am Tag nach der Ausrufung der ungarischen Räteregierung, am 23. März 1919, erschien in der „Arbeiter- Zeitung“ ein von Friedrich Adler im Namen des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte gezeichneter Artikel, in dem zunächst die ungarische Räteregierung begrüßt wurde. Dann hieß es: „Ihr habt an um den Ruf gerichtet, Eurem Beispiel zu folgen, Wir täten es vom Herzen gern, aber zur Stunde können wir das leider nicht. In unserem Lande sind keine Lebensmittel mehr. Dadurch sind wir völlig Sklaven der Entente.“ In der gleichen Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ wurden die österreichischen Arbeiter auf die Revolution in Eng- land und Amerika vertröstet: „Die Stunde wird kommen, in der auch die Arbeiterklasse Englands und Ameri- kas, Frankreichs und Italiens die Fesseln sprengen wird! Wenn sich das Proletariat der Ententeländer selbst gegen seine Bourgeoisie erhebt, dann werden im Bund mit ihm auch wir alle Fesseln brechen!“

Erklärten die SP-Führer zunächst, die Revolution in Österreich wäre von der Entwicklung in Deutschland abhängig, so versuchten sie die Arbeiterschaft nun dadurch abzuhalten, dem ungarischen Proletariat zur Hilfe zu kommen, daß sie die österreichische Revolution abhängig machten vom Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt.

Am 7. April 1919 wurde in München die bayrische Räterepublik ausgerufen. In Sachsen führte die revolutionäre Arbeiterklasse den „Mitteldeutschen Aufstand“ durch; in Italien besetzten die Arbeiter die Betriebe. „Wir leben in einem Feuerkreis“, sagte in jenen Tagen Renner bekümmert zum englischen Militärvertreter in Wien.

Der Sieg der Arbeiterklasse in Österreich hätte, die ungarische mit der bayrischen Räterepublik ver- bindend, größte revolutionäre Bedeutung gehabt. Aber die SP-Führer dachten nur daran wie sie die Massen irreführen und die Revolution abwehren könnten.

[23:]

Die Rolle der Kommunistischen Partei

Die Kommunistische Partei war in den ersten Monaten nach dem 12. November 1918 rasch gewach- sen. Am 9. Feber 1919 hielt sie in einem Gasthaus in Ottakring ihren ersten Parteitag ab, auf dem 42 Delegierte rund 3000 Mitglieder vertraten. Den Vorsitz führte Karl Steinhardt. In einigen Indust- rieorten Niederösterreichs hatten die Kommunisten bereits starken Einfluß. Organisationen gab es

auch bereits in Steyr und Linz, Graz und Leoben. Der Einfluß der Partei erstreckte sich aber eher auf die Heimkehrer und zahlreichen Arbeitslosen als auf die Industriearbeiter.

Die Partei wuchs dann, besonders seit der Gründung der ungarischen Räteregierung, rasch an. Tausende strömten damals zur Kommunistischen Partei, die aber ideologisch und organisatorisch noch zu schwach war, um die zuströmenden Mitglieder an die Partei binden und sie zu Kommunisten erziehen zu können. In diesen Tagen rascher Entwicklung unterliefen der Partei eine Reihe taktischer Fehler. **Aber trotz mancher Schwächen und Illusionen vertrat die Kommunistische Partei von allem Anfang an eine grundsätzlich richtige Politik gegenüber der konterrevolutionären Haltung der SP-Führung.** Die Kommunistische Partei hatte dabei gegen einen besonders gefährlichen Gegner, den Austromarxismus, zu kämpfen, dessen Entlarvung viel schwieriger war als zum Beispiel die der offen opportunistischen deutschen Sozialdemokratie. Austromarxistische Tendenzen drangen – das war unvermeidlich – zunächst auch bis in die damalige Führung der Kommunistischen Partei ein und mußten erst in jahrelangem Ringen ausgemerzt werden.

Trotz starkem Masseneinfluß in manchen Episoden, trotz der tiefen Erregung der Arbeiterschaft, trotz beachtlicher Positionen im Arbeiter- und vor allem im Soldatenrat, vermochte die Kommunistische Partei nicht, die Führung der Arbeiterklasse zu übernehmen und den Ereignissen ihren Stempel aufzudrücken.

Lenin über die österreichischen Kommunisten

Lenin schrieb 1920 in den „Notizen eines Publizisten“ über die ersten Schritte der österreichischen Kommunisten:

„In Österreich hat der Kommunismus eine sehr schwere Periode durchgemacht, die anscheinend noch nicht ganz überwunden ist, Krankheiten des Wachstums, Illusionen, daß eine Gruppe, die sich zum Kommunismus bekennt, ohne ernstlichen Kampf um den Einfluß unter den Massen zu einer Macht werden könnte, Fehlgriffe in der Wahl der Personen. Das sind Fehler, die zu Anfalls jeder Revolution unvermeidlich sind. Wir haben eine ganze Reihe solcher Fehler begangen.“

Im gleichen Artikel charakterisierte Lenin die österreichischen SP-Führer: „Was die österreichischen Sozialdemokraten an Stumpfsinn, Niedrigkeit und [24:] Gemeinheit fertigbringen, das zeigt ganz augenscheinlich die gesamte Politik Renners und ähnlicher österreichischer Scheidemänner, denen – zum Teil aus äußerster Dummheit und Charakterlosigkeit – die Otto Bauer und Friedrich Adler, die zu ganz gewöhnlichen Verrätern geworden sind, beispringen.“

Der Verrat der SP-Führer verhinderte 1918/19 den Sieg der Arbeiterklasse in Österreich. Die Kommunistische Partei war noch nicht stark genug, um der Arbeiterschaft eine wirkungsvolle revolutionäre Führung zu geben.

IV. Der Betrug der SP-Führer an den Arbeitern

Die soziale Demagogie

Die Hauptwaffe der sozialdemokratischen Führer in der Zeit der revolutionären Spannungen war die soziale Demagogie. Die SP-Führung rühmt sich heute noch, daß sie aus Österreich den „sozialsten Staat der Welt“ gemacht habe. Aber die 1918/19 beschlossenen Sozialgesetze bewegten sich durchwegs im Rahmen der kapitalistischen Ausbeuterordnung; zur Zeit, da die Sozialgesetze beschlossen wurden, hatte die Arbeiterklasse die Kraft, noch viel mehr zu erreichen. Die Bourgeoisie zitterte um den Bestand des Kapitalismus überhaupt.

Die Sozialgesetze dienten zunächst vor allem der Beschwichtigung der revolutionären Strömungen der Arbeiter. Der amerikanische Historiker Charles A. Gulick schreibt in seinem Buch „Von Habsburg zu Hitler“, das 1948 mit großem Propagandageschrei von der SP herausgebracht wurde, über die Arbeitslosenunterstützung:

„Schon am 6. November 1918 wurde ein Erlaß betreffend die Arbeitslosenunterstützung herausgegeben und ein paar Tage später wurden die ersten Unterstützungsbeiträge ausgezahlt. Das ganze Programm war von einer Zweiparteienkommission aufgestellt worden, in der Unternehmer und Arbeiter vertreten waren. **Damals war**

die Arbeitslosenunterstützung eine unbedingte Notwendigkeit, besonders vom politischen Standpunkt; ihre Rolle bei der Verhütung der sozialen Anarchie (so nennt Gulick die revolutionäre Bewegung) kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.“

Parlamentarische Tricks der SP

Am 19. Dezember 1918 legte Sozialminister Hanusch das Achtstundentagsgesetz vor. Aber es hatte zwei Einschränkungen: es sollte nur für Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern gelten und seine Durchführung wurde davon abhängig gemacht, ob bei den Friedensverträgen der Achtstundentag international [25:] eingeführt werden würde. Ab Mitte Jänner 1919 das Gesetz in der Provisorischen Nationalversammlung angenommen werden sollte, machte der SP-Abgeordnete Skaret einen Zusatzantrag, in dem die Weglassung der beiden Einschränkungen verlangt wurde. Dieser Einwand richtete sich, wohlgemerkt, gegen den Gesetzentwurf des sozialdemokratischen Ministers Hanusch. Bei der Abstimmung wurden die Sozialdemokraten überstimmt und der sozialdemokratische Gesetzentwurf Hanusch' angenommen. Gulick schreibt nun dazu: „Der parlamentarische Trick – und Skarets Zusatzantrag war nichts anderes – wurde von der Gewerkschaft dazu verwendet, die Beschränkung des Gesetzes als Ergebnis der antisozialistischen Strömung in der Nationalversammlung erscheinen zu lassen. Andererseits darf man nicht vergessen, daß die Sozialdemokraten damals vor langen und harten Kämpfen gegen die Gefahren des Bolschewismus standen. Sollte dieser Kampf erfolgreich geführt werden, dann mußte der sozialistische Einfluß auf die Massen erhalten werden. In diesem Sinne waren daher politische Manöver, wie das vorerwähnte, im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse.“

Die Methode, sich im Parlament überstimmen zu lassen und dann zu erklären, man könne nichts machen, weil die Reaktion im Parlament die Mehrheit habe, wurde von den sozialdemokratischen Führern zur Irreführung der Arbeiter immer wieder angewandt.

Die Betriebsräte

Auch das Betriebsrätegesetz, das in einigen Bestimmungen über ähnliche Gesetze in anderen kapitalistischen Ländern hinausging, war alles andere als eine revolutionäre Tat. Es wurde in der Zeit beschlossen, da in Ungarn und Bayern die Räteregierung an der Macht war und die österreichische Reaktion (und auch die sozialdemokratischen Führer) davor zitterten, daß die Räterepublik auch in Österreich siegen könnte. Die Betriebsräte waren von den SP-Führern nicht als Organe der Revolution gedacht, sondern als Instrumente der „Stabilisierung“. Otto Bauer schrieb darüber:

„So wurden die Betriebsräte zu Organen der Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin. Die Gewerbeinspektoren berichten, daß einzelne Betriebsleitungen Betriebsräte wählen ließen, noch bevor das Gesetz in Kraft trat, weil sie nur mit Hilfe der Betriebsräte die gelockerte Arbeitsdisziplin wiederherstellen konnten.“

So waren also die Unternehmer die ersten Nutznießer des Betriebsrätegesetzes, wie es von der SP-Führung in der Praxis durchgeführt wurde.

Das Mieterschutzgesetz war bereits von der Habsburgerregierung während des Jännerstreiks 1918 zur Beruhigung der streikenden Arbeiter eingeführt worden. Es wurde nach dem November 1918 beibehalten. Allerdings wurden zunächst die Mietzinse auf der gleichen Höhe belassen, wie sie während des Krieges waren. Das bedeutete in einer Zeit der raschen Geldentwertung praktisch die Verbilligung der Mietzinse.

Es ist offensichtlich, daß zur Erhaltung des Kapitalismus in [26:] Österreich 1918/19 gewisse soziale Zugeständnisse an die Arbeiterschaft notwendig waren. Diese stellten nicht ein Maximum, sondern ein Minimum des Erreichbaren dar.

Die Hungerpolitik

Das wirksamste Argument der SP-Führer gegen die Weiterführung der Revolution war 1919 die Drohung mit dem Hunger. Die Massen hatten im Krieg gehungert, sie hungerten im Winter nach dem „Zusammenbruch“. „Wenn wir uns nicht fügen, dann wird der Hunger noch schlimmer werden“, sagten die SP-Führer.

Die österreichische Reaktion organisierte den Hunger als politische Waffe. Am 23. November 1918 schrieb Ignaz Seipel, der Kopf der österreichischen Reaktion, im Zentralorgan der Christlichsozialen, der „Reichspost“:

„Ein Vertreter Wilsons hat kürzlich erklärt: ‚Kein Friede und kein Brot für Diktaturen, weder für eine militaristische, noch für die revolutionäre!‘ Wir zittern und bangen freilich vor dem Gedanken, daß der Friedensschluß und die Brotversorgung noch länger hinausgeschoben werden könnten: aber andererseits hilft uns die Entschiedenheit, mit der Amerika für sein altes Ideal, die bürgerliche Ordnung, auch in Europa eintritt, dazu, daß diese erhalten bleibe. Jeder Versuch, eine Klassenherrschaft aufzurichten, jedes Spielen mit russischen Methoden, jede Schwäche gegen gewissenlose Demagogen heißt Hunger und Tod.“

So drohte die österreichische Reaktion mit dem Hunger und mit – Amerika.

Die SP-Führer vertrösteten die Arbeiter auf die imperialistischen Siegermächte. Herbert Hoover, der später Präsident der USA wurde, organisierte damals die „Lebensmittelhilfe“ für Österreich und auch andere Länder. Der amerikanische Imperialismus benützte die ihm zugestandene Machtposition zur Abwürgung der Revolution in Europa. Am 20. Mai 1946 konnte man im Organ der amerikanischen Besatzungstruppen in Europa, „Stars and Stripes“, lesen:

Hunger gegen den Kommunismus

„Gestern abend veröffentlichte das State Departement Dokumente über die Pariser Friedenskonferenz von 1919, die bisher geheimgehalten wurden. Sie zeigen, **wie Herbert Hoover und die Alliierten Lebensmittel als eine politische Waffe zur Verhinderung der Ausbreitung des Kommunismus angesehen haben ...**“

Die österreichische Reaktion, die amerikanischen Imperialisten und die SP-Führer arbeiteten dabei Hand in Hand. Die österreichische Reaktion sperrte die Lebensmittelzufuhr in die Städte, wobei sie die feindliche und verständnislose Haltung der SP-Führer gegenüber der [27:] Masse der werktätigen Bauern ausnützte. Die amerikanischen Imperialisten lieferten unzureichende Mengen von Lebensmitteln, woran sie einschneidende politische Bedingungen knüpften.

Noch während des Krieges hatten die SP-Führer den Arbeitern Wilson als Freund und Retter vorgestellt. Nach Kriegsende nährten sie in der Arbeiterschaft die Illusion vom „demokratischen, freisinnigen Amerika“. Schließlich aber erklärten sie den Arbeitern: die Siegermächte haben uns den Sozialismus verboten. Aber die Imperialisten hatten auch dem russischen Proletariat den Sozialismus „verboten“. Auch die russische Bourgeoisie organisierte die Hungersnot und die Imperialisten blockierten die junge Sowjetrepublik; Hoover lieferte große Lebensmittelmengen an die russische Konterrevolution. Aber das russische Proletariat unter der Führung der Bolschewiki trotzte der Hungerpolitik der Imperialisten und führte die Revolution zum Sieg.

Auch in Österreich hätte man durch konsequente revolutionäre Maßnahmen ein Lebensminimum sichern können. Der Sieg der Revolution in Österreich hätte wesentlich zum Sieg der Revolution in Mitteleuropa, zur Beschleunigung des Sieges der russischen Revolution im Bürger- und Interventionskrieg beigetragen. **Durch eine revolutionäre Politik wären der Entente-Imperialismus und der Hunger besiegt worden. Die Politik der Aushungerung konnte nur siegen, weil sie von den SP-Führern mitgemacht wurde.**

Der Sozialisierungsschwindel

Das Beispiel der Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland hatte in Österreich starken Widerhall gefunden. „Die Arbeiterschaft glaubte an die Möglichkeit rascher und großzügiger Sozialisierung“, schrieb Julius Deutsch. Die SP-Führer glaubten nicht daran. Um aber ihren Einfluß auf die Arbeiter nicht zu verlieren, führten sie ein demagogisches Sozialisierungs-Manöver auf.

Am 19. Feber 1919 erklärte die SP-Führung, sie sei für eine „Sozialisierung (Verstaatlichung) aller Wirtschaftszweige, die für diesen Zweck reif sind“. Dieser Erklärung schlossen sich auch die Christlichsoziale Partei und die Großdeutschen an.

Otto Bauers „Weg zum Sozialismus“

Im Jänner 1919 ließ Otto Bauer in der „Arbeiter-Zeitung“ eine Artikelserie erscheinen, die später als Broschüre mit dem Titel „Der Weg zum Sozialismus“ erschienen ist und in der er die sozialdemokratischen Grundsätze bei der „Sozialisierung“ darlegte. Sie lassen sich in einigen Punkten zusammenfassen:

[28] 1. Die Sozialisierung muß schrittweise geschehen; 2. Die enteigneten Kapitalisten müssen voll entschädigt werden (wobei Otto Bauer an jährliche Abzahlungen, mindestens 30 Jahre lang, dachte); 3. Die verstaatlichten Betriebe dürfen nicht vom Staat geführt werden, sondern als selbständige Einzelgesellschaften.

Lenin machte sich in den „Notizen eines Publizisten“ über den Plan Otto Bauers lustig, den Kapitalisten, die dem allem ruhig zusehen würden, Jahr für Jahr ein Stück mehr ihres Besitzes wegzusteuern und sie dadurch schließlich „friedlich“ zu enteignen, „ohne die Produktion zu stören“.

„Was mich betrifft“, schrieb Lenin, „so habe ich nach diesen Worten nichts mehr gelesen, und ohne besondere Notwendigkeit beabsichtige ich nicht, die Broschüre des Herrn Otto Bauer zu lesen. **Denn es ist klar, daß dieser Beste unter den Sozialverrätern bestenfalls ein gelehrter Narr ist, dem man einfach nicht helfen kann. Das ist das Musterbeispiel eines Pedanten, der durch und durch Kleinbürger ist ...**“

Es wurde eine „Sozialisierungskommission“ gebildet, deren Vorsitz Otto Bauer übernahm; sein Stellvertreter war Ignaz Seipel, der Führer der Reaktion. Der Kommission gehörten auch Leopold Kunschak (der spätere ÖVP-Nationalratspräsident), der Großdeutsche Dr. Wutte (damals Generaldirektor der Steyr-Werke) und andere bürgerliche „Fachleute“ an. Schon der Charakter der Kommission zeigt, daß man nicht an sozialistische Maßnahmen, sondern bestenfalls an Verstaatlichungen dachte.

Wie die Sozialisierung verhindert wurde

Am 7. April 1919 verjagten die Arbeiter von Donawitz die sabotierende Direktion, übernahmen den Betrieb und setzten zu seiner Leitung eine Kommission aus Arbeitern und Ingenieuren ein. Otto Bauer sorgte dafür, daß die Kapitalisten die Verwaltung des Betriebes wieder übernehmen konnten. Nun beschloß die Regierung die „Sozialisierung“ der gesamten Alpine-Montan-Gesellschaft. Da stellte sich aber heraus, daß der Finanzminister Schumpeter (später Universitätsprofessor in den USA) die Alpine-Aktien an italienische Kapitalisten verschoben hatte, die Strohmänner des Ruhrkapitals waren. Sofort protestierte der italienische Militärkommandant in Wien – die „Sozialisierung“ wurde rückgängig gemacht. Es ist undenkbar, daß der Finanzminister die Alpine-Aktien ohne Wissen seiner Amtskollegen verschieben konnte.

Die einzigen „Sozialisierungen“, die durchgeführt wurden, erstreckten sich auf frühere Heeresbetriebe, die sowieso staatliches Eigentum waren. Der wichtigste Betrieb war das Wiener Arsenal, in dem 10.000 Arbeiter beschäftigt waren und das nun in mehrere „Gemeinnützige Gesellschaften“ umgewandelt wurde. „Sogar hier war der Hauptgrund für die Sozialisierung die Angst, daß die plötzliche Entlassung von tausenden Arbeitern (die sonst unvermeidlich gewesen wäre) der Kommunistischen Partei zugute kommen würde“, schreibt Gulick.

Voll Ungeduld verfolgten die Arbeiter die parlamentarischen Manöver um die „Sozialisierung“. Am 30. Mai 1919 faßte der „Reichsvollzugsausschuß der Arbeitererräte“ einen Beschluß, in dem es hieß: „Es lebt im Proletariat die unerbittliche Entschlossenheit, den Schritt zum Sozialismus, den die Niederlage des österreichischen und deutschen Imperialismus möglich gemacht hat, auch tatsächlich zu machen“. **Das Proletariat fühlt sich als die entscheidende Klasse im Staat und ist entschlossen, den ihr gebührenden Einfluß unter allen Umständen in Anspruch zu nehmen**, und sich nicht von den paar Vertretern des ausbeuterischen Kapitalismus in der Nationalversammlung seiner Rechte berauben zu lassen.“

Die Arbeiterräte erkannten, daß die Bourgeoisie der Feind des Sozialismus ist, gegen die man kämpfen muß; **die große Mehrheit der Arbeiterräte erkannte aber noch nicht, daß die SP-Führer ebenfalls Feinde des Sozialismus waren.**

SP-„Argumente“ gegen die Sozialisierung

Gerade von Seiten der „Linken“ in der SP-Führung setzte eine ideologische Kampagne gegen die Sozialisierung ein. Otto Bauer warf den Bolschewiki vor, sie sähen bei der Enteignung der Kapitalisten „nur das Machtproblem, nicht aber das ökonomische Problem“. Da der Krieg den Kapitalismus schwer erschüttert und die Eroberung der Macht durch das Proletariat erleichtert habe, glaubten die Bolschewiki, schrieb Bauer, „die Sozialisierung müsse sofort, unter der unmittelbaren Einwirkung des Krieges, vollzogen werden; der Sozialismus sei verloren, wenn die günstige Gelegenheit ungenutzt vorübergehe“. Otto Bauer hingegen betrachtete die Sozialisierung, das heißt die Beseitigung des Kapitalismus, „vor allem als ökonomisches Problem“.

Otto Bauer schreckte die Arbeiter. Er fragte: „Können die Arbeiter eines Tages wirklich die Kapitalisten und ihre Direktoren einfach hinausjagen?“ Und er antwortete: nein! Die Arbeiter sind nicht imstande, die Produktion zu leiten; würden die Arbeiter die Betriebe übernehmen, so könnte die Produktion gestört werden, „die Arbeitsintensität würde furchtbar sinken“.

Die Bolschewiki betrachteten die Enteignung der Kapitalisten tatsächlich vor allem als Machtfrage; sie fürchteten nicht, wie Otto Bauer, daß die Arbeiter nicht imstande sein würden, „Rohstoffquellen aufzuspüren und die komplizierte Arbeit im modernen Großbetrieb zu organisieren“. Darum siegte in Rußland der Sozialismus. Die kleinbürgerliche Politik Otto Bauers und der Austromarxisten, die Angst vor jeder revolutionären Tat der Arbeiterklasse hatten, die vor dem Gedanken zitterten, die Kapitalisten könnten verschwinden, verhinderten in Österreich den Sieg der Arbeiterklasse.

Der Vorsitzende der „Sozialisierungskommission“, Otto Bauer, zerbrach sich nicht den Kopf darüber, wie man die Sozialisierung weitertreiben, sondern nur, wie man die Arbeiter zurückhalten könnte.

Otto Bauer erklärte, man dürfe nicht die Kohlenwirtschaft verstaatlichen, da „die staatliche Kohlenbewirtschaftung nicht imstande war, den Kohlenbedarf zu [30:] decken, während sich private Unternehmer auf Schleichwegen Kohlen beschaffen konnten, die dem Staat nicht erreichbar waren“. „Man kann nicht den Hunger sozialisieren“, sagte Bauer, man müsse warten, „bis sich der Kapitalismus in ein paar Jahren erholt“, man müsse das Schwein schlachten, bis es gemästet sei. **Als aber der Kapitalismus „gemästet“ war, schlachtete er die Arbeiterorganisationen.**

Als gewichtigstes Argument brachte Otto Bauer vor, die Siegermächte, das kapitalistische Ausland wünschten die Verstaatlichung nicht. In einem am 12. November 1919 erschienenen Artikel schrieb Bauer:

„Das Entente-Kapital gibt uns Kredite nicht anders als gegen Sicherstellung auf unserem Boden und gegen Beteiligung an unseren Unternehmungen. Es gibt uns die Kredite nicht, wenn diese Sicherstellungen und Beteiligungen durch eine Gesetzgebung entwertet werden, die das kapitalistische Eigentum mit der Enteignung bedroht. Eine Sozialisierungsgesetzgebung, die den Staat zur Enteignung kapitalistischer Unternehmungen ermächtigt, könnte daher die Beschaffung von Lebensmittel und Rohstoffkrediten in den Ententeländern erschweren.“

Man könnte die österreichische Wirtschaft schwerer dem westlichen Kapital ausliefern, wenn man die Sozialisierung betreibt; daher muß man sie unterlassen. Das ist Otto Bauers letztes Argument. Aber eine Politik, die Kredite des kapitalistischen Auslands zur Grundlage nahm, bedeutete die Auslieferung Österreichs an das Auslandskapital.

Kein Wunder daher, daß aus dem ganzen „großartigen“ Sozialisierungsprogramm schließlich ein einziger Betrieb übrig blieb: die amtliche Heilmittelstelle.

V. Die konterrevolutionäre Haltung der SP-Führer

Gewaltanwendung gegen hungernde Arbeiter

Die Not der Arbeiterklasse nach dem „Zusammenbruch“ war ungeheuer. Die Kriegsbetriebe wurden gesperrt, es gab Rohstoff- und Brennstoffmangel. Im Mai 1919 gab es bereits 186.000 Arbeitslose, davon allein in Wien 131.000. Der Wert der Krone sank, die Reserven und Ersparnisse, die noch vorhanden waren, zerschmolzen.

Die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung war 1919 derart, daß zum Beispiel bei einer Untersuchung von fast 190.000 Wiener [31:] Schulkindern nur 6700 als nicht unterernährt klassifiziert wurden.

Die hungernden und frierenden Arbeiter setzten sich mit Massendemonstrationen, Streiks etc. zur Wehr. Gegen diese Bewegung setzte die SP-Führung zwei Mittel ein: die soziale Demagogie und die brutale Unterdrückung.

Am 4. Feber 1919 traten einer Arbeitslosendemonstration in Linz Einheiten der Volkswehr entgegen, die in die Menge schossen. Das gleiche geschah bei Heimkehrerdemonstrationen in Graz am 20. und 22. Feber 1919, wobei acht Demonstranten erschossen wurden. Überhaupt zeichnete sich die steirische Gendarmerie durch

besondere Brutalität aus. Am 10. Februar 1920 wurden in Leoben bei einer Hungerdemonstration drei Arbeiter erschossen. Am 7. Juni 1920 schoß bei einer Teuerungsdemonstration auf den Grazer Märkten, an der sich vor allem Frauen beteiligten, die Gendarmerie in die Menge und tötete elf Demonstranten. Sicherheitsdirektor für die Steiermark war der Sozialdemokrat Resel. Selbst Julius Deutsch schrieb über die Haltung der steirischen SP-Führung: „Daß auch der heiße Kampfboden der steirischen Hauptstadt ohne allzu schwere Erschütterungen die Revolution überdauerte, ist ein Verdienst der Sozialdemokratie, wobei die Partei schließlich **zeitweise in gefährliche Nachbarschaft zur bürgerlichen Ordnungsmacherei geriet.**“

Aber diese „gefährliche Nachbarschaft“ war keine Entgleisung, sie entsprach voll und ganz der Politik der SP-Führung.

Mit Waffengewalt gegen die Kommunisten

In den Tagen der Revolution hatte die von der SP-Führung geleitete Exekutive die Waffen ausschließlich gegen demonstrierende Arbeiter gerichtet, Die SP-Führer hatten selbst den Kaiser beschützt, keinem der Angehörigen der herrschenden Klassen, des Herrscherhauses, der Generalität war ein Haar gekrümmt worden. Aber gegen die Kommunisten setzten die SP-Führer die bewaffnete Macht ein.

In der Periode, als die ungarische Räteregierung große militärische Erfolge erzielte, wollten die SP-Führer die Wiener Arbeiterschaft einschüchtern, Als am **Gründonnerstag 1919** tausende Heimkehrer und Arbeitslose auf dem Ring demonstrierten, trat ihnen vor dem Parlament, in das die Demonstranten eine Delegation entsenden wollten, Polizei und später Volkswehr entgegen und schoß in die Menge. Sechs Tote und 30 Verwundete forderte das Eingreifen der Polizei und der Volkswehr, Das Verhalten der sozialdemokratischen Volkswehrbataillone wurde von Seiten der Reaktion mit Befriedigung begrüßt. Julius Deutsch berichtet, daß ihm der englische Militärvertreter Oberst **Montgomery-Cuningham** mitteilen ließ, „daß er die Lage jetzt, nachdem die Volkswehr am Gründonnerstag die Feuerprobe ihrer Verlässlichkeit und Tüchtigkeit so [32:] vortrefflich abgelegt hat, viel zuversichtlicher beurteile“. Die Arbeitermorde vor dem Parlament waren als eine blutige Warnung der SP-Führer an die Arbeiter gedacht, ja nicht dem ungarischen Beispiel zu folgen.

Der blutige 15. Juni 1919

Noch blutiger war eine Provokation der SP-Führer **Mitte Juni 1919**. Die Entente-Vertreter hatten eine Reduzierung des Standes der Volkswehr um ein Viertel verlangt, was für tausende Volkswehr-männer Arbeitslosigkeit bedeutet hätte. Die Volkswehr war von tiefer Erregung erfaßt, der Einfluß der Kommunisten verstärkte sich. Für den 15. Juni war eine Demonstration der Arbeiter und der Volkswehr angesagt. Da ließ am 14. Juni der SP-Innenminister **Eldersch** 115 Funktionäre der kommunistischen Partei verhaften. Gleichzeitig ließ Julius **Deutsch** die Kaserne des 41. Volkswehrbataillons, das unter kommunistischer Führung stand, zernieren [absperren].

Otto Bauer schildert die nun folgenden Ereignisse mit den Worten:

„Am 15. Juni zog eine Menge von einigen tausend Kommunisten zum Polizeigefangenenhaus, um die verhafteten Führer zu befreien. In der Hörlgasse trat eine Abteilung der Stadtschutzwache, einer aus sozialdemokratischen Arbeitern zusammengesetzten Polizeifonnation, den Demonstranten entgegen. **Als die Demonstranten die Reihen der Stadtschutzwache zu durchbrechen versuchten, machte sie von der Schußwaffe Gebrauch. Zwanzig Tote und achtzig Verwundete blieben auf dem Platz.**“

Diese blutige Provokation sollte die Kommunisten einschüchtern und die Kluft zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern vertiefen.

Nach dem 15. Juni löste Julius Deutsch das 41. Volkswehrbataillon auf. Die Volkswehr sollte ein gefügiges Instrument der konterrevolutionären SP-Politik werden.

Die SP-Führer gegen die ungarische Räteregierung

Die SP-Führer wagten es nicht, offen gegen die ungarische Räteregierung Stellung zu nehmen, aber sie lehnten jede Unterstützung Räte-Ungarn ab. In Österreich waren große Waffenlager, Julius Deutsch verbot aber jede Belieferung Ungarns mit Waffen. Die ungarische Räteregierung wollte Waffen in Österreich kaufen, aber auch das lehnten die SP-Führer ab. Hingegen unternahm Innenminister

Eldersch und Außenminister Bauer nichts, um die Umtriebe der ungarischen Konterrevolution auf österreichischem Boden zu unter-[33]binden. Im Gegenteil: die ungarischen Adeligen und ihre Agenten fanden in Österreich vollste Unterstützung.

Der englische Oberst Montgomery-Cuninghame stand an der Spitze der Versuche, von Wien aus die ungarische Räteregierung zu bekämpfen. So schrieb er in seiner 1941 erschienenen Autobiographie: „Unser Geheimdienst war bereits so gut geworden, daß im Augenblick, da ein Befehl im Hauptquartier (der ungarischen Roten Armee) in Gödöllö ausgegeben, er auch schon dem Komitee in Wien durchtelefoniert wurde. Jeder Offizier oder Unteroffizier, der Admiral Horthy in Szeged (dem Hauptquartier der Konterrevolution) erreichen wollte, konnte mit einem von mir gezeichneten Paß fahren.“

Aber die österreichischen Kommunisten ließen die ungarischen Arbeiter nicht im Stich. Einige hundert Soldaten, meist vom 41. Volkwehrebataillon, gingen unter der Führung des Kommunisten Rothziegel nach Ungarn. Die SP-Führer hatten diesen Akt der Solidarität nicht verhindern können. Julius Deutsch schrieb darüber:

„In diesen kritischen Tagen wäre es von den schwersten Folgen gewesen, den nach Ungarn abziehenden Soldaten eine Truppe entgegenzustellen, sie hätte sich kaum ihrer Aufgabe mit Erfolg entledigt. Und schließlich mußte ich mir doch auch sagen, daß es vielleicht besser für uns war, wenn einige Hundert der unruhigsten Menschen dieser Stadt nach Ungarn gingen, als wenn sie hier blieben und die ohnedies so große Unruhe noch vermehrten.“

Diese Stellungnahme einer kleinen Polizistenseele ist charakteristisch für die Haltung der „linken“ SP-Führer gegenüber der ungarischen Revolution. Rothziegel wurde „zur großen Erleichterung aller“, wie Oberst Montgomery-Cuninghame schrieb, von der Konterrevolution bei Großwardein erschossen.

Generalstreik für Räte-Ungarn

Als die Lage der ungarischen Räteregierung unter dem Druck der Entente-Imperialisten immer schwieriger wurde, rief die Kommunistische Internationale die Arbeiter aller Länder auf, am 21. Juli 1919 einen Generalstreik durchzuführen, um die Solidarität mit dem revolutionären Ungarn zu bekunden. Am 12. Juli brachten die Kommunisten im Wiener Kreisarbeiterrat einen entsprechenden Antrag ein, der aber, unter dem Einfluß von Friedrich Adler, mit 165 gegen 76 Stimmen abgelehnt wurde. Aber nun schalteten sich die Betriebe ein und unter dem Druck der Arbeiter faßten sämtliche Wiener Bezirksarbeiterräte Beschlüsse für den Streik am 21. Juli. Am 17. Juli wurde die Abstimmung im Kreisarbeiterrat wiederholt und der Streikantrag diesmal mit 142 gegen 104 Stimmen angenommen.

Der Streik wurde fast lückenlos durchgeführt, auch die Eisenbahner und die Postler streikten, die Ämter und viele Geschäfte waren geschlossen. überall fanden Massenkundgebungen für das revolutionäre Ungarn statt. Die SP-Führung, die den Generalstreik nicht [34:] halte verhindern können, suchte ihm nun eine „unverfängliche“ Richtung zu geben. Julius Deutsch schrieb darüber:

„Die Sozialdemokratie hatte große Mühe, den Ansturm abzuschlagen. Friedrich Adler tat (im Arbeiterrat) dem Gegner freilich nicht den Gefallen, sich unter allen Umständen gegen den Strom zu stemmen. **Er wußte mehrmals im richtigen Augenblick geschickt nachzugeben, um durch diese Nachgiebigkeit der kommunistischen Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen.** Auf diese Weise umschifften wir auch die gefährliche Klippe des 21. Juli.“

Diese Haltung war charakteristisch für den „Austromarxismus“: wenn es nicht mehr anders ging, sich an die Spitze einer Aktion zu stellen, um sie abzuwürgen und gleichzeitig den Ruf einer „linken“, „revolutionären“ Partei zu bewahren.

Am 31. Juli 1919 brach die ungarische Räteregierung, die erfolgreich eine tschechoslowakische Offensive abgewehrt hatte, unter dem Druck einer rumänischen Offensive, die von der Entente mit Material und Offizieren unterstützt wurde, zusammen. Die Konterrevolution hatte gesiegt und errichtete ein blutiges Terrorregime. Diese Niederlage wirkte auf die österreichischen Arbeiter entmutigend. Der Einfluß der Kommunisten ging stark zurück. Die SP-Führer, die nichts getan hatten, um die

Niederlage der ungarischen Revolution zu verhindern, ja, die sogar mitgeholfen hatten, diese Niederlage herbeizuführen, erklärten nun den Arbeitern, es wäre das Verdienst der SP-Politik gewesen, Österreich das „Schicksal Ungarns“ zu ersparen. Sie sagten: in Ungarn haben die Arbeiter die Rätewahl errichtet; jetzt herrscht dort die Konterrevolution. In Österreich haben wir „uns selbst Schranken gesetzt“; die Macht der Arbeiterklasse sei ungebrochen. Die kommunistische Politik führe zur Niederlage, die sozialdemokratische zum Sieg. Die SP-Führer benutzten jede Gelegenheit, um die Arbeiter zu entmutigen und ihnen die Folgen einer revolutionären Politik in den düstersten Farben auszumalen.

Als einige Führer der ungarischen Revolution nach Österreich flüchteten, unter ihnen Mátyás Rákosi, der der Revolution als Volkskommissar gedient hatte, ließ sie die österreichische Regierung verhaften und abschieben.

Der Austromarxismus und die Sowjetunion

Die austromarxistischen Führer traten der jungen Sowjetmacht zunächst nicht mit offener Feindschaft entgegen. Sie tarnten ihre Ablehnung der sozialistischen Revolution mit einer heuchlerischen „Sorge“ um das Schicksal der Revolution. „Ich bin Gegner des Bol-[35:]schewismus, weil ich dem Proletariat die Niederlage ersparen will“, schrieb Otto Bauer im Juli 1919.

Mit der gleichen Kleinmütigkeit, dem gleichen Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse, der gleichen Anbetung der Macht des Imperialismus, mit der die austromarxistischen Führer die Verhältnisse in Österreich betrachteten, gingen sie auch an die Probleme der russischen Revolution heran. Sie fürchteten den Sieg des Sozialismus und darum haßten sie das russische Proletariat, weil es bewies, daß man siegen kann.

Am 10. Oktober 1917, wenige Wochen vor der siegreichen Sozialistischen Oktoberrevolution, schrieb Otto Bauer:

„Die russische Revolution kann nicht mit der Diktatur des Proletariats enden, sie kann nicht eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufrichten ... Ihr Ergebnis wird nichts anderes sein können, als eine bürgerliche demokratische Republik.“

Als dann ihr „Ergebnis“ doch etwas anderes wurde, als die russische Revolution die Macht des ausländischen Imperialismus in Rußland zerschlug, den Frieden erkämpfte und die Diktatur des Proletariats errichtete, da war Otto Bauer vor allem bestrebt, die Sowjetrepublik zu diskreditieren und ihre Bedeutung und ihre Erfahrungen vor der österreichischen Arbeiterschaft zu bagatellisieren und zu verfälschen.

Lenin über die internationale Bedeutung der russischen Revolution

In der Broschüre „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, schrieb Lenin:

„Im gegebenen historischen Augenblick liegen nun einmal die Dinge so, daß das russische Vorbild allen Ländern etwas, und zwar etwas überaus Wesentliches aus ihrer unvermeidlichen und nicht fernen Zukunft zeigt. Die vorgeschriebenen Arbeiter in allen Ländern haben das längst begriffen ... Daher die internationale ‚Bedeutung‘ (im engen Sinn des Wortes) der Sowjetmacht, sowie der Grundlagen der bolschewistischen Theorie und Taktik. Das haben die ‚revolutionären‘ Führer der II. Internationale, wie Kautsky in Deutschland, Otto Bauer und Friedrich Adler in Österreich, nicht begriffen und sich denn auch deshalb als Reaktionäre, als Verteidiger des schlimmsten Opportunismus und Sozialverrats erwiesen.“

Gerade die Tatsache, daß die Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution, die Taktik der Bolschewiki etwas sehr Wesentliches auch für die österreichische Arbeiterklasse bedeuteten, suchten die austromarxistischen Führer zu verwischen. Otto Bauer bezeichnete die Oktoberrevolution als eine „zeitlich und örtlich begrenzte Phase“, als die „politische Form des Staatsbankrotts“, von der man nichts zu lernen, sondern vor der man sich in acht zu nehmen habe.

Als Lenin die „Neue Ökonomische Politik“ einschlug, um das feste Fundament zu errichten, auf dem die sozialistische Wirtschaft aufgebaut werden konnte, schrieb Otto Bauer, daß

[36:] „die russische Volkswirtschaft hoffnungslos verfallen muß, solange es der Sowjetunion nicht gelingt, große Kredite vom ausländischen Kapital zu bekommen oder einen großen Teil des russischen Produktionsapparates an die ausländischen Kapitalisten zu verpachten.“ („Der neue Kurs in Sowjetrußland.“)

Der Gedanke, die Sowjetunion sei vom ausländischen Kapital abhängig, kehrte in der Polemik Otto Bauers gegen die Sowjetunion immer wieder. 1921 schrieb er:

„Rußland wird große Auslandskredite brauchen, um ausländische Industrieprodukte, die der Bauer braucht, kaufen zu können. Es wird überdies wahrscheinlich seine Auslandsschulden verzinsen und bezahlen müssen.“ („Bolschewismus oder Sozialdemokratie.“)

Durch diese „Kritik“ an der Politik der Bolschewiki wollte Otto Bauer die Kapitulation der SP-Führer vor dem Entente-Kapital beschönigen.

„Hände weg von Sowjetrußland“

Österreich spielte bei der Unterstützung des polnischen Feldzuges gegen die Sowjetrepublik eine nicht unbedeutende Rolle, da ein Teil der Waffentransporte aus dem Westen nach Polen über Österreich ging und auch aus Österreich selbst große Waffenbestände nach Polen gebracht wurden. Die Hirtenberger Patronenfabrik (Mandl) und Böhler waren hauptsächlich an dem Waffenschmuggel beteiligt. Der Arbeiterrat setzte auf Drängen der Kommunisten eigene Kontrollausschüsse zur Verhinderung der Waffentransporte nach Polen ein; als Vertreter der Kommunisten war Gottlieb Fiala im Zentralen Kontrollausschuß. Es gibt dutzende Beispiele, wie von den Arbeitern Waffentransporte verhindert wurden. Im Juli 1919 wurden zum Beispiel zwei Betriebsräte im Wiener Arsenal von einem polnischen Offizier erschossen, als sie einen Waffentransport nach Polen aufhielten.

Auf der zweiten Tagung des Reichsarbeiterrates im Juni 1920 wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt:

„Der Reichsarbeiterrat entbietet dem russischen Proletariat, gegen das die internationale Reaktion abermals ihre Vasallen mobilisiert und bewaffnet, seinen brüderlichen Gruß. In voller Erkenntnis der Tatsache, **daß die Niederlage Sowjetrußlands den Sieg der Konterrevolution in ganz Europa zur Folge hätte, fordert der Reichsarbeiterrat die Einstellung aller Lieferungen von Kriegsgerät an Polen und Ungarn.**“

Die SP-Führung wandte sich, allerdings vergeblich, gegen diese Resolution mit dem Argument, sie könnte zur Gefährdung der Lieferungen und Kredite der Entente-Mächte an Österreich führen, während man von Rußland „nichts zu erwarten“ habe.

So unternahmen die SP-Führer nichts Ernstliches, um die Waffentransporte nach Polen zu unterbinden. Sie fürchteten so wie die westlichen Imperialisten, daß die Rote Armee den Kontakt mit der Arbeiterklasse Mitteleuropas herstellen könnte. Zufrieden schrieb [37:] Oberst Montgomery-Cuninghame: „Züge, die Kriegsmaterial für die Polen transportierten, gingen durch Österreich mit einem einzigen englischen Soldaten als Eskorte.“

Die Haltung der SP-Führer zur Sozialistischen Oktoberrevolution stand im krassen Gegensatz zur tiefen Sympathie der österreichischen Arbeiterschaft zur Sowjetrepublik.

Die 2½. Internationale

Als die russische Februarrevolution 1917 eine Periode revolutionärer Erschütterungen in der ganzen Welt ankündigte, gewann die Frage der Lostrennung der revolutionären Kräfte von den vom Opportunismus beherrschten sozialdemokratischen Parteien entscheidende Bedeutung. Im April 1917 schrieb Lenin:

„Gerade wir müssen, gerade jetzt, ohne Verzögerung, eine neue, revolutionäre, proletarische Internationale gründen, oder richtiger gesagt, wir dürfen nicht davor zurückschrecken, vor aller Welt zu bekennen, daß sie schon gegründet in und wirkt.“

Gründung der III. Internationale

Am 2. März 1919 trat in Moskau der Gründungskongreß der III. Internationale zusammen, an dem auch Vertreter der Kommunistischen Partei Österreichs teilnahmen, die sich sofort der III.

Internationale angeschlossen. Die Gründung der III. Internationale war ein revolutionäres Signal für die Arbeiter aller Länder und löste innerhalb der sozialdemokratischen Parteien leidenschaftliche Diskussionen aus. So entstand zum Beispiel die Kommunistische Partei Frankreichs 1920 auf Grund einer Debatte auf einem Parteitag der französischen Sozialdemokratie, ob sich die Partei der II. oder III. Internationale anschließen solle. Die Mehrheit der Parteitagsdelegierten war für den Anschluß an die III. Internationale.

Österreich war das klassische Land des Zentrismus. Das bestimmte auch das Verhalten der SP-Führer in der Frage der Internationale. So schrieb zum Beispiel Friedrich Adler im September 1919 im „Kampf“: „Unser Verhältnis zur Zweiten und Dritten Internationale ist: uns gefallen beide nicht.“ Mit dieser Stellungnahme wichen die Führer der österreichischen Sozialdemokratie der Diskussion, welcher Internationale man sich anschließen solle, aus. Die SP-Führer wagten es nicht, ein Bekenntnis zur bankrotten II. Internationale abzugeben, sie wollten aber um jeden Preis einen tatsächlichen Bruch mit dieser Internationale vermeiden.

Im Februar 1921 trat in Wien ein Kongreß der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien“, allgemein 2½ Inter-[38:]nationale genannt, zusammen. Die wichtigste Gruppe dieser 2½ Internationale war die Sozialdemokratische Partei Österreichs; Friedrich Adler wurde zum Sekretär dieser „Internationalen“ gewählt.

Der Kongreß der zentristischen Internationale nahm in Worten gegen die Politik des „Burgfriedens“ und gegen die „sozialpatriotischen“ Tendenzen der Parteien der II. Internationale Stellung. Gleichzeitig erklärte der Kongreß, er sei „weit davon entfernt, die von Moskau aus propagierte systematische Spaltung der revolutionären Parteien zum Zwecke ihrer ‚Reinigung‘ gutzuheißen“. **Aber gerade auf diese „Reinigung“ vom Opportunismus kam es an.**

Welche Rolle die 2½. Internationale zu spielen hatte, zeigte sich knapp zwei Jahre später. 1923, als die revolutionäre „Gefahr“ im Abebben war, schloß sich die österreichische Sozialdemokratie der II. Internationale an und Friedrich Adler wurde nun zum Generalsekretär der II. Internationale bestimmt. Die 2½. Internationale hatte nur nie Aufgabe gehabt, die revolutionierten Arbeiter mit einem politischen Trick an die bankrotte II. Internationale zu binden und dieser durch den „Zusammenschluß“ mit den „oppositionellen Linken“ größere Autorität zu verleihen.

VI. Die Bourgeoisie übernimmt die volle Macht

Der Friedensvertrag von Saint-Germain

Die Entente schuf nach Kriegsende ein ganzes System imperialistischer Friedensdiktate, darauf berechnet, ihre Vorherrschaft in Europa zu sichern. Die Friedensvertragsverhandlungen mit den imperialistischen Siegermächten führte Renner.

Am 26. Juli 1919 trat Otto Bauer als Staatssekretär für Äußeres zurück, da er durch seine Anschlußpropaganda in Widerspruch zu der französischen Politik geraten war. Renner übernahm nun auch das Außenministerium. „Renner umriß die taktische Wendung dieser Tage sehr deutlich, indem er öffentlich erklärte, Deutschland wolle nun eine „westliche Orientierung“ einschlagen“ (Otto Bauer), Aber diese „westliche Orientierung“ Renners war durchaus nicht gegen die Interessen des deutschen Imperialismus gerichtet. Im Sommer 1938 schrieb Renner eine Broschüre, in welcher er die Ansprüche der Nazi auf das Sudelengebiet unterstützte und in der er seine eigene Rolle bei den Friedensverhandlungen von 1919 hervorhob, bei denen er die „deutsche Sache gegenüber den anderen Nationen der alten Monarchie“ vertreten haben wollte, wobei sich Renner selbst als Vorkämpfer der „Anschlußpolitik“ vorstellte,

Die Bedingungen des Friedensvertrages von Saint-Germain waren sehr drückend, sie unterwarfen Österreich der Kontrolle der west-[39:]lichen Imperialisten. Der Friedensvertrag, der von Renner ausgehandelt und unterzeichnet wurde, bedeutete eine Garantieerklärung für den Kapitalismus in Österreich. Das kam schon dann zum Ausdruck, daß am 17. Oktober 1919, am gleichen Tage, da der Friedensvertrag von der österreichischen Koalitionsregierung ratifiziert wurde, eine Vereinbarung zwischen der SP-Führung und der Christlichsozialen Partei abgeschlossen wurde, in der es hieß:

Parteiabkommen SP-Christlichsoziale

„Für die allgemeine Politik der Regierung und für Regierungsverhandlungen, die einvernehmlich beschlossen werden, tragen beide Parteien solidarisch die Verantwortung ...“

Das Abkommen sprach von den „durch die Arbeiterräte verursachten Mißständen“ und verlangte, daß die Arbeiterräte als „Hilfsorgane der staatlichen Verwaltung“ dieser untergeordnet sein müssen. Über die Volkswehr hieß es in dem Abkommen: „Die Offiziers- und Unteroffiziersstellen in der neuen Wehrmacht werden mit Offizieren und Unteroffizieren der österreichisch-ungarischen Armee besetzt werden“. Die Vertrauensmänner der Mannschaft (Soldatenräte) haben die wirtschaftlichen Interessen und vertraglichen Rechte der Mannschaft zu vertreten; eine Beeinträchtigung der Kommandogewalt durch die Vertrauensmänner darf nicht stattfinden.“ Das Abkommen zog praktisch einen **Schlußstrich unter die Verstaatlichungsmaßnahmen**, und sagte über die **Arbeitslosenunterstützung**, daß sie „keine Prämie für die Arbeitsunwilligkeit werden darf“. Für die SP unterschrieb diese Absage an die Revolution Otto Bauer, für die Christlichsozialen Ignaz Seipel, der gehässigste und gefährlichste Feind der österreichischen Arbeiterbewegung, der nun an die Spitze der Christlichsozialen Partei trat.

Der politische Inhalt dieser „Parteienvereinbarung“ war der Verzicht auf jede sozialistische Maßnahme seitens der SP-Führung und bedeutete die Stabilisierung eines bürgerlichen und reaktionären Machtapparats und die Ausschaltung der Arbeiter- und Soldatenräte. Dieses verräterische Abkommen wurde der SP-Führung nicht aufgezwungen; sie hatte es systematisch angestrebt, es entsprach ihrer Vorstellung von der Entwicklung der Republik.

Im Zusammenhang mit der Regelung der österreichischen Grenzfragen durch die Siegermächte kam es auch zu zwei kriegerischen Konflikten. Ende 1918 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen in Kärnten, die bis zum Sommer 1919 dauerten. Im Verlauf dieser Kämpfe besetzte die königlich-jugoslawische Armee vorübergehend auch Klagenfurt.

Die zweite kriegerische Auseinandersetzung begann Ende August 1921 im Burgenland, das durch den Friedensvertrag Österreich zugesprochen worden war. Als österreichische Gendarmerie ins Burgenland einrückte, stellten sich ihr reaktionäre ungarische Banden entgegen. Erst nach längeren Auseinandersetzungen, bei denen auch die Volkswehr und der Schutzbund aufgeboten wurden, wurde das Burgenland ein Teil Österreichs. In den beiden Auseinander-[40:]setzungen sind auf österreichischer Seite etwa 250 Soldaten, Gendarmen und Freiwillige gefallen. Mit den Waffen, die 1918/19 von Wien nach Kärnten geschickt worden waren, wurden später die Kärntner Heimwehren ausgerüstet.

Die Reaktion übernimmt die Führung

Die Abwehr des Kapp-Putsches

Die Arbeiterschaft reagierte auf den verstärkten Druck der Reaktion, den diese nach dem Abschluß des Friedensvertrages ausübte, mit Unruhe und Auflehnung. Das wurde besonders deutlich, als die deutsche Arbeiterklasse Mitte März 1920 den reaktionären Offiziersputsch (Kapp-Putsch) in Berlin durch einen mächtigen Generalstreik abwehrte. Die Nachricht vom politischen Generalstreik in Deutschland erfüllte die österreichische Arbeiterklasse mit Erregung und Kampfschlossenheit. Der Arbeiter- und der Soldatenrat beschlossen gemeinsame Demonstrationen, die mit dem Generalstreik verbunden wurden. Die Reaktion war zutiefst erschrocken und fürchtete die Konsequenzen der Bewegung. Auch die SP-Führer versuchten, die Bewegung der Arbeiter und Soldaten einzudämmen. Julius Deutsch setzte zum Beispiel durch, daß der Aufmarsch der Arbeiter in Wien erst eine Stunde nach dem der Volkswehr erfolgen dürfe. Es wäre gefährlich, Arbeiter und Soldaten zu „mischen“, sagte Deutsch, „man muß die Soldaten jederzeit in der Hand haben“. Nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches würgten die deutschen SP-Führer die Bewegung ab. In Österreich atmete die Reaktion wieder auf.

Während die deutsche Arbeiterklasse noch im Streik gegen den Kapp-Putsch stand, wurde in Österreich die Volkswehr, die ihrem Charakter nach eine revolutionäre Truppe war, in das „Bundesheer“ umgewandelt, das heißt in eine Formation, die dem Wesen eines bürgerlichen Staates entsprach. Diese Umwandlung erfolgte mit Zustimmung der sozialdemokratischen Führer, die die Volkswehrmänner damit trösteten, daß der Einfluß

der Sozialdemokratie auf das Bundesheer zunächst noch groß war. **Aber die Umwandlung der Volkswehr in das Bundesheer war ein Teil der Liquidierung der Revolution.**

Die „neue Linke“

Anfang Juni 1920 erzielte die „Sozialistische Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte“, die bereits 1919 entstanden war, gemeinsam mit den Kommunisten im Arbeiterrat die Mehrheit. Die „neue Linke“, wie sie auch genannt wurde, bestand aus unklaren linken Arbeitern, aber auch aus ehrgeizigen, zweifelhaften Elementen, die auf die Linksbewegung in der Arbeiterschaft spekulierten, letzten Endes aber immer wieder mit der SP-Führung gemeinsame Sache machten. Die SP-Führung reagierte auf den Verlust [41:] der Mehrheit im Arbeiterrat und dessen Linksentwicklung auf typisch austromarxistische Manier: anstatt die Massen zum Kampf gegen die reaktionären Elemente der Koalitionsregierung zu führen, lenkte sie die Arbeiter mit einer Geste ab. Am 10. Juni 1920 demissionierten die SP-Minister, um die linke Strömung in der Arbeiterschaft abzufangen. Es wurden Neuwahlen ausgeschrieben. Bis zum 17. Oktober, an dem die Neuwahlen stattfanden, regierte eine „Proporzregierung“, an der auch die Großdeutschen teilnahmen, und die bereits eindeutig unter der Führung der Reaktion stand.

Lenins Kritik an den österreichischen Kommunisten

Die Kommunistische Partei hatte zunächst, mit der gleichen Begründung wie 1919, die Beteiligung an der Wahl abgelehnt und auch eine dementsprechende Agitation entfaltet. Am 15. August 1920 schrieb Lenin einen „Brief an die österreichischen Kommunisten“, in dem er die Haltung der Partei kritisierte und darauf hinwies, daß der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale die Beteiligung der Kommunistischen Parteien an den bürgerlichen Parlamenten beschlossen hatte. Lenin gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Kommunistische Partei Österreichs „den Beschluß der Kommunistischen Internationale höher stellen wird als die Beschlüsse einer ihrer Parteien“. Lenin schrieb weiter:

„Es unterliegt auch kaum einem Zweifel, daß die österreichischen Sozialdemokraten, diese Verräter am Sozialismus, die sich auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen habe, über den Beschluß der Kommunistischen Internationale, der zu dem Boykottbeschluß der österreichischen Kommunistischen Partei im Gegensatz steht, ihre Schadenfreude haben werden. Aber die Schadenfreude solcher Herrschaften, wie der österreichischen Sozialdemokraten, dieser Kampfgenossen der Scheidemann und Noske, der Albert Thomas und Gompers, wird natürlich nicht den mindesten Eindruck auf die klassenbewußten Arbeiter machen. Die Lakaienpolitik der Herren Renner gegenüber der Bourgeoisie ist zur Genüge bekannt geworden und die Empörung der Arbeiter aller Länder über die Helden der II. oder gelben Internationale wird immer größer und allgemeiner.“

Lenin über den Parlamentarismus

Lenin gab in seinem „Brief an die österreichischen Kommunisten“ auch eine grundsätzliche Darstellung der sozialdemokratischen und der revolutionären Haltung gegenüber dem bürgerlichen Parlament:

„Die Herren Sozialdemokraten in Österreich benehmen sich im bürgerlichen Parlament genau so wie auf allen Gebieten ihrer ‚Tätigkeit‘, ihre Presse inbegriffen, wie kleinbürgerliche Demokraten, die nur zu charakterlosen Schwankungen fähig sind und sich faktisch in völliger Abhängigkeit von der Kapitalistenklasse befinden. Wir Kommunisten gehen ins bürgerliche Parlament, um auch von dieser Tribüne einer durch und durch verfaulten kapitalistischen Institution den Betrug zu entlarven, der hier an den Arbeitern und Werktätigen verübt wird.“

[42:] Am 1. September 1920 beschloß eine Konferenz der Kommunistischen Partei Österreichs, den Beschluß der Kommunistischen Internationale anzuerkennen und sich an den Wahlen zu beteiligen. Aber ein Viertel der Delegierten stimmte gegen diesen Beschluß. Das war nicht nur ein Ausdruck des noch vorhandenen linken Sektierertums, sondern auch des Rechtsopportunismus bei manchen Kommunisten, die in der SP noch immer eine sozialistische Arbeiterpartei sahen und fürchteten, daß die Kandidatur der Kommunistischen Partei die SP gegenüber den bürgerlichen Parteien schwächen könnte.

Die Wahlen vom 17. Oktober 1920 brachten der Sozialdemokratie eine schwere Niederlage. Sie verlor an die Christlichsozialen 200.000 Stimmen. Die Zahl der SP-Abgeordneten sank von 69 auf 66,

die der christlichsozialen stieg von 63 auf 82, die der deutschnationalen von 24 auf 26 (die Gesamtzahl der Abgeordneten war erhöht worden). Die Kommunistische Partei erhielt 27.000 Stimmen und kein Mandat.

Die SP verläßt die Regierung

Am 22. Oktober 1920 trat die SP aus der Regierung aus und machte einer christlichsozialen Regierung unter der Führung des Tirolers Dr. Mayr Platz.

Otto Bauer schrieb darüber: „Die Wahlergebnisse zeigten, daß Massen von Beamten, Angestellten, Kleinbürgern, Bauern, die im Jahre 1919 unter dem mächtigen Eindruck des Krieges und der Revolution sozialdemokratisch gewählt hatten, nunmehr in das Lager der bürgerlichen Parteien zurückgekehrt waren ... Nach zweijähriger Führung durch die Sozialdemokratie fiel die Regierungsgewalt in die Hände des Bürgertums zurück.“

Otto Bauer tat so, als ob diese Entwicklung „unvermeidlich“ gewesen wäre. Sie war aber die Folge der sozialdemokratischen Politik der Abwürgung der Revolution, der Abstoßung der möglichen Bundesgenossen des Proletariats, der Nichterfüllung der Hoffnungen breiter Volksschichten.

Die Sozialdemokratie hatte ihre Aufgabe, die „Rettung“ der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, erfüllt. Die Bourgeoisie fühlte sich stark genug, um nun selbst die Regierung zu übernehmen.

Die SP-Führung hat den Kapitalismus gerettet

Der 22. Oktober 1920, die Übernahme der Macht durch eine rein bürgerliche Regierung, bedeutete einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung.

Als die SP-Führung zu Beginn des ersten Weltkrieges im Juli 1914 eine Politik des „Burgfriedens“ mit der Bourgeoisie betrieb, [43:] da löste dies die erste große Vertrauenskrise breiter Arbeiterschichten gegenüber der Führung der SP aus. Aber im November 1918 gelang es der SP-Führung wieder, das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft zu gewinnen und die Illusion zu erwecken, daß in kurzer Frist unter der Führung der SP der Sozialismus errungen sein werde. Aber es war so, wie es im Vorwort des Protokolls des ersten Parteitags der Kommunistischen Partei Österreichs hieß, das im Mai 1919 erschien:

„Die Sozialdemokratische Partei hat den welthistorischen Augenblick preisgegeben, in welchem in Deutschösterreich die kommunistische Republik errichtet werden konnte. Das gesamte Proletariat, ja das gesamte Volk stand geschlossen hinter der Sozialdemokratie, in Erwartung des sozialistischen Umsturzes. Sie aber ging hin zur Bourgeoisie, beugte sich zu der Ohnmächtigen nieder, labte sie, richtete sie auf, und, Arm in Arm mit ihr, führte sie die Bourgeoisie, welche frische Kräfte sammelte, in jenen Palast, wo sie so recht heimisch war – in die ‚demokratische‘ Republik.“

Was sich schon in den ersten Monaten der Revolution gezeigt hatte, fühlten breite Massen der Arbeiterschaft aber erst nach dem 22. Oktober 1920: daß der Weg nicht zum Sozialismus führte, sondern daß die Macht der Bourgeoisie wiederhergestellt worden war. Abermals erfaßte die Arbeiterschaft tiefe Unruhe und Mißtrauen gegenüber der SP-Führung. Diese verstand es, die ihr gefährlichen Stimmungen dadurch abzubiegen, daß sie nun eine „Oppositionspolitik“ betrieb und die Arbeiter durch die heftige Sprache der Opposition beruhigte. **Die SP-Führung ersetzte die Illusion, sie verfolge eine zum Sozialismus führende Politik, durch eine neue Illusion, sie betreibe eine energische Oppositionspolitik.**

Die SP-Führung, die alles tat, um den Kapitalismus zu retten, solange sie noch an der Spitze der Regierung stand, dachte natürlich auch als „Opposition“ nicht daran, den Kapitalismus zu schlagen. Einige Jahre später, im Oktober 1927, hat Otto Bauer im „Kampf“ zugegeben, daß der Schritt in die „Opposition“ ein bewußtes Manöver gewesen war. Sich gegen „Kritiker von rechts“ verteidigend, die meinten, man hätte die Koalition nicht aufgeben dürfen, schrieb Otto Bauer:

„Wir mußten nach zweijähriger Dauer dieser Regierung in die Opposition zurückkehren, um unsere Partei vor der Abbröckelung breiter Massen, vor dem Abströmen breiter Arbeiterschichten zu den Kommunisten zu bewahren.“

Dieses Manöver gelang der SP-Führung zunächst auch. Aber der Stachel des Mißtrauens und der Enttäuschung drang immer tiefer in das Bewußtsein der Arbeiter ein. Es dauerte allerdings noch viele Jahre, bis sich daraus greifbare politische Konsequenzen ergaben.

Die Periode des Kampfes gegen die Revolution und die Kommu-[44:]nisten, des Kampfes um die Erhaltung des kapitalistischen Systems, die im Oktober 1920 mit dem eindeutigen Sieg der Reaktion endete, war nicht spurlos am Charakter der Sozialdemokratie vorübergegangen. Noch hatte sie ihre austromarxistische Phraseologie nicht aufgegeben; aber sie hatte sich ganz offensichtlich mit dem Kapitalismus abgefunden, war zu einem Bestandteil des bürgerlich-demokratischen Staates geworden. Dadurch aber, daß die Sozialdemokratie viele Jahre eine „Oppositions“partei war, konnte sie lange Zeit ihren wahren Charakter verschleiern und die Arbeiter irrerühren.

Die Arbeiterklasse im Kampf gegen Inflation und Ausplünderung

Die offene Machtübernahme der Bourgeoisie führte zu einer Verschärfung des Klassenkampfes. Die Arbeiter begannen sich gegen den verschärften sozialen Druck zur Wehr zu setzen.

Die Inflation

Durch die Zurückhaltung großer Devisen- und Goldbestände, durch die Hortung großer Warenmengen seitens der Bourgeoisie und durch die hemmungslose Ausgabe neuer Banknoten seitens der Regierung griff die Inflation, die Entwertung des Geldes, rasch um sich. Ende August 1921 betrug die Preise das 20.000-fache der Vorkriegszeit, die Löhne aber nur das 6000-fache. War ein Dollar im Juli 1914 fünf Kronen wert, so betrug sein Wert im August 1921 77.350 Kronen. Betrug die Lebenshaltungskosten einer Wiener Arbeiterfamilie im Juli 1921 9000 Kronen wöchentlich, so stiegen sie bis zum Jänner 1922 auf 75.000 Kronen und bis Juli 1922 auf nahezu 300.000 Kronen. **Die Löhne hielten natürlich mit dieser rapiden Teuerung nicht Schritt. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Breite Schichten des Mittelstandes wurden durch die Inflation um ihren ganzen Besitz gebracht, die Renten usw. wurden völlig entwertet.**

Der Dezemberstreik 1921

Die Unruhe in der Arbeiterschaft wuchs. Als der Brotpreis wieder einmal verdoppelt wurde, kam es, am 1. Dezember 1921, zu einer gewaltigen spontanen Streikaktion in Wien. Die Bewegung ging von der Lokomotivfabrik und den Fiat-Werken in Floridsdorf aus; bis Mittag standen alle Großbetriebe. Über 100.000 Arbeiter demonstrierten vor dem Parlament. Die SP-Führer, die „beruhigend“ auf die Arbeiter einwirkten, verstanden es, die Kampfparolen der Streikenden zu beeinflussen. So lautete zum Beispiel ein Punkt des Forderungsprogramms: „Geregelter Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse.“ Die Kommunisten kritisierten diesen Punkt und lehnten jede Herabsetzung der Lebensmittelzuschüsse ab. Beim Abmarsch der zutiefst erbitterten Arbeiter vom Parlament wurden zahlreiche Luxusgeschäfte und Luxuscafés in der Inneren Stadt an-[45:]gegriffen und zerstört. Viele Arbeiter wurden verhaftet und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Der SP-Führung gelang es, den Streik abzuwürgen. Ein ähnliches Schicksal erlitten ein Eisenbahnerstreik im September 1921, ein Streik der Eisenbahner, Post-, Telephon- und Telegraphenarbeiter im Juni 1922, ein Streik der Wiener Straßenbahner zur gleichen Zeit, ein Metallarbeiterstreik im August 1922 und ein Graphikerstreik im September 1922, bei dem die SP-Führer zwar das Erscheinen der „Arbeiter-Zeitung“ und der christlichsozialen „Reichspost“ zuließen, aber das Erscheinen des Organs der KPÖ, der „Roten Fahne“, untersagten.

Auf dem 5. Parteitag der KPÖ, der Ende März 1922 zusammentrat, zog die Partei die Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen des großen Dezemberstreiks 1921 und anderer Streikkämpfe:

„Die Sozialdemokratische Partei hat die: Stellung der Scheinopposition bezogen. In Worten, manchmal auch in Anträgen und Abstimmungen als Gegner der Bourgeoisie auftretend, hat sie in der Tat gegenüber der bürgerlichen Regierung eine wohlwollende Neutralität, die sich oft bis zur unverhohlenen Unterstützung steigert, eingehalten, hat insbesondere die wesentlichen Maßnahmen der bürgerlichen Regierung, nämlich die finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die eine ungeheure Belastung und Verelendung der Arbeiterklasse

bewirkten, gefördert und gestützt und hat – dies ist das Entscheidende zur Kennzeichnung des Verhaltens der Sozialdemokratischen Partei zur kapitalistischen Klasse in Österreich – mit vollem Bewußtsein und mit aller Energie die Arbeiterklasse, anstatt sie in den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen, von ihrem Kampf abgehalten.“

Das Entstehen der faschistischen Heimwehren

Parallel mit dem verstärkten sozialen Druck auf die Arbeiterklasse steigerte die Reaktion auch ihren politischen Druck. In verschiedenen Bundesländern wurden bewaffnete Heimwehrformationen gebildet, die zunächst unter der Führung der Christlichsozialen standen. In Tirol war diese Entwicklung am raschesten vor sich gegangen; im Mai 1920 faßte der christlichsoziale Führer Steidle alle Tiroler Heimwehren zu einem Verband zusammen.

Die Bildung faschistischer Schlägerorganisationen verstärkte sich durch die Flucht zahlreicher Führer des zusammengebrochenen Kapp-Putsches nach Tirol und Salzburg. In Bayern war während des Kapp-Putsches eine reaktionäre Militärregierung an die Macht gekommen. Bereits im Juli 1920 unterstellten sich die Tiroler und Salzburger Heimwehrverbände offiziell der bayrischen faschistischen Militärorganisation „Orgesch“¹, von der sie auch mit Waffen ausgerüstet wurden. Die Waffenbestände der Heimwehren stammten aber auch aus Überfällen auf staatliche Waffenlager, die mit Hilfe der Regierung erfolgten. So wurden zum Beispiel im Jänner 1921 22 Gebirgsgeschütze aus dem staatlichen Depot [46:] in Kramsach (Tirol) von den Heimwehren entwendet. Solche Waffendiebstähle mit Wissen der Behörden fanden auch in Kärnten und in der Steiermark statt.

Die Bourgeoisie finanziert die Heimwehren

Die Heimwehrbewegung wurde systematisch von der Bourgeoisie unterstützt. Am Tag des Streiks der Wiener Arbeiter, am 1. Dezember 1921, fand eine Tagung des Industriellenverbandes statt. Der ehemalige christlichsoziale Bundeskanzler Streeruwitz schrieb in seinem Buch „Springflut über Österreich“, daß auf dieser Unternehmerkonferenz die Unterstützung der „Selbsthilfeforen“ beschlossen wurde:

„Es, begannen sich **nun** zum erstenmal jene Kräfte zu konsolidieren, die später den Heimatschutz bilden sollten ... **Die Industrie hat in der Tat, ohne es je zu leugnen, ansehnliche Geldsummen aufgebracht, um die Heimwehrbewegung zu stärken.**“ (Der Industriellenverband hatte seine Mitglieder verpflichtet, ein Prozent der gesamten Lohnsumme an die Heimwehren abzuführen.)

Im September 1922 schrieb die Leitung der Leykam-Josefsthaler Papierfabrik an die Mitglieder des Verbandes der Papier- und Zellulose-Industriellen: „Zu Ihrer Orientierung teilen wir Ihnen ganz vertraulich mit, daß die eingehenden Beträge der gesamten Industrie Österreichs dazu verwendet werden, um die Heimwehren zu organisieren, damit im Falle einer Katastrophe unsere Werke entsprechend geschützt werden.“ **Von allem Anfang an waren also die Heimwehren eine eindeutige Unternehmerorganisation.**

Putschversuche „Kaiser“ Karls

Die Reaktion witterte Morgenluft. Zu Ostern 1921 tauchte plötzlich „Kaiser“ Karl an der österreichisch-ungarischen Grenze in Steinamanger auf und wollte sich auf den ungarischen Thron setzen. Unter dem Druck der Entente mußte aber die ungarische Reaktion auf ihren Plan verzichten. Die österreichische Regierung jedoch gewährte Karl das freie Durchzugsrecht durch Österreich. Auf seiner Reise wurde der „Kaiser“ von zwei sozialdemokratischen Abgeordneten und einer Abteilung des Bundesheeres unter dem Kommando eines sozialdemokratischen Offiziers begleitet. Über diese Episode schrieb Otto Bauer:

„In Bruck an der Mur bedurfte es der größten Anstrengungen der sozialdemokratischen Abgeordneten, um den Zug des Habsburgers ungefährdet durch die demonstrierenden Arbeitermassen zu führen.“

Am 22. Oktober 1921 wiederholte Karl seinen Putschversuch und landete im Flugzeug in Ödeburg (Sopron). Die österreichische Regierung beeilte sich zu erklären, daß sie sich einem Habsburger-Ungarn gegenüber „neutral“ verhalten würde. Auch dieser Putschversuch ging fehl und Karl wurde von den Engländern auf Madeira interniert, wo er bald darauf starb.

¹ Zusammengesetzt aus dem Namen des Gründers Georg Escherich.

Da das Ansehen des reaktionären Ungarn durch die mißglückten Karl-Putsche bei der österreichischen Reaktion gesunken war, suchte diese einen neuen Rückhalt in der „Ordnungszelle“ Bayern. Die SP-Führung suchte diese reaktionäre Strömung für ihre „Anschluß“-politik auszunützen.

[47:]

Die KPÖ gegen den „Anschluß“

Die Kommunisten hatten entschieden gegen die Anschlußpolitik der SP-Führer und der Reaktion Stellung genommen. In der Resolution des 4. Parteitages der KPÖ, der im Jänner 1921 stattfand, hieß es:

„Die Parole ‚Anschluß an das Reich‘ im Munde der österreichischen Bourgeoisie ist nur der konterrevolutionäre Wunsch, das revolutionäre Proletariat Österreichs mittels Orgesch und Orka (reaktionäre deutsche Wehrverbände) niederzuhalten. Im Munde der österreichischen Sozialdemokratie dagegen ist die Parole ‚Anschluß an Deutschland‘ einerseits die Schwindellose chauvinistischer Nationaler, andererseits die unter dem Deckmantel nationaler Einheitsträume und neuer ‚Entwicklungsmöglichkeiten für die Demokratie zum Sozialismus‘ sich verbergende kleinbürgerlich-utopische Illusion ... Die Kommunisten bekämpfen daher die Parole ‚Anschluß‘ als illusionär und konterrevolutionär.“ Und in der Resolution des Parteitages wird die besondere Verbundenheit der österreichischen Kommunisten mit der revolutionären Bewegung Ungarns und der Tschechoslowakei, der Balkanländer und Italiens hervorgehoben.

Regierung Seipel

Die Politik der Unterstützung der faschistischen Heimwehren durch die Industriellen und die staatlichen Behörden verstärkte sich, als am 31. Mai 1922 die Regierung Schober von einer Regierung Seipel abgelöst wurde. Mit der Regierung Seipel saß die österreichische Reaktion fest im Sattel, begann eine Politik, die, auf weite Sicht berechnet, auf die völlige Zertrümmerung aller Positionen und Errungenschaften der Arbeiterklasse abzielte. Dreieinhalb Jahre nach der November-Revolution 1918, bei der die Bourgeoisie zitternd den Zusammenbruch ihrer Herrschaft erwartete, hatten die sozialdemokratischen Führer ihr die Zügel wieder fest in die Hand gedrückt.

VII. Die Festigung der Kommunistischen Partei

Der Kampf gegen den Fraktionismus

In den Jahren der durch die Seipel-„Sanierung“ ausgelösten verschärften Klassenkämpfe vermochte die Kommunistische Partei den Kampf um die Verstärkung ihres Einflusses unter der Arbeiterklasse nur ungenügend zu führen. Die Partei hatte mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen, sie mußte zuerst mit einer inneren Krise fertigwerden.

Im Verlauf der Revolutionsjahre waren verschiedene Abenteurer und Agenten in die Führung der Partei gelangt, die innerhalb der Partei einen prinzipienlosen Kampf um die Macht führten. [48:] Sie spalteten die Partei in mehrere „Fraktionen“, die sich wütend bekämpften. Durch diese inneren Kämpfe wurde die Partei geschwächt und desorganisiert, verlor sie die Anziehungskraft auf die Arbeiter und wurde die Energie der Parteimitglieder und Funktionäre aufgebraucht.

Unter den Fraktionisten gab es Linkssektierer und Rechte. Die „Linken“ leugneten die Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse; die „Rechten“ traten für eine Kapitulation vor der SP-Politik ein. Beide Strömungen, die sich oft mischten und kreuzten, waren ein Ausdruck des ideologischen Drucks des Austromarxismus auf die junge Kommunistische Partei. Diese ideologischen Unklarheiten wurden von Ehrgeizlingen, aber auch von Agenten des Klassenfeindes dazu benützt, um die Partei zu spalten und zu zersetzen. Der Kampf gegen den Fraktionismus mußte also verbunden werden mit dem Ringen um eine ideologische Klärung innerhalb der Partei.

In den Schlußfolgerungen der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B)“ heißt es:

„Die Geschichte der Partei lehrt, daß die Partei der Arbeiterklasse ohne unversöhnlichen Kampf gegen die Opportunisten in ihren eigenen Reihen, ohne Vernichtung der Kapitulanten in ihrer eigenen Mitte die Einheit

und Disziplin ihrer Reihen nicht aufrechterhalten, ihre Rolle als Organisator und Führer der proletarischen Revolution, ihre Rolle als Erbauer einer neuen, der sozialistischen Gesellschaft nicht erfüllen kann.“

Johann Kopenig

Die entscheidende Rolle im Kampfe gegen die Fraktionisten in der Kommunistischen Partei Österreichs spielte Johann Kopenig. Johann Kopenig wurde am 15. Mai 1891 bei Hermagor in Kärnten geboren. In Knittelfeld, wo Kopenig als Schuhmacher arbeitete, wurde er führender sozialistischer Jugendfunktionär. 1915 mußte er einrücken, wurde verwundet und geriet in russische Kriegsgefangenschaft. Die Sozialistische Oktoberrevolution machte auf den jungen Sozialisten Kopenig den tiefsten Eindruck. 1918 wurde er in Nishni-Nowgorod vom dortigen bolschewistischen Parteisekretär, Lazar Kaganowitsch, in die Bolschewistische Partei aufgenommen. 1920 kehrte Johann Kopenig als überzeugter Kommunist aus der Gefangenschaft nach Österreich zurück. In Knittelfeld bot man Kopenig den Posten des sozialdemokratischen Bezirks-Wahlsekretärs an. Aber Kopenig blieb Kommunist. Man verdrängte den Schuhmacher Kopenig von jedem Arbeitsplatz – aber er blieb fest. 1922 wurde Kopenig steirischer Landessekretär der Kommunistischen Partei, im gleichen Jahr wurde er ins Zentralkomitee gewählt. 1923 wurde Johann Kopenig nach Wien gerufen, um das Organisations-[49:]sekretariat zu übernehmen; der 6. Parteitag (1924) wählte ihn zum Mitglied des Politischen Büros der Kommunistischen Partei und **noch im gleichen Jahr wurde Johann Kopenig Generalsekretär der Partei. Seither steht Johann Kopenig an der Spitze der Kommunistischen Partei Österreichs.**

Kopenigs Kampf gegen den Fraktionismus

Als Johann Kopenig die Führung der Partei übernahm, befand sich diese in einem sehr kritischen Zustand. Der Kampf gegen den Fraktionismus und um die richtige politische Ausrichtung der Partei war die nächste, die dringendste Aufgabe.

Im November 1924 fand eine „Reichskonferenz“ der Partei statt, auf der Johann Kopenig zum ersten Mal vor einem breiten Parteiforum den Kampf gegen den Fraktionismus aufnahm. Im Jänner 1925 fand, anlässlich des ersten Todestages Lenins, eine große Gedenkkundgebung der Wiener Parteiorganisation in der Volkshalle im Rathaus statt.

Kopenig hielt die Gedenkrede und sagte unter anderem:

„Gerade wir in Österreich haben die besondere Aufgabe, den Leninismus gegenüber dem verderblichen, heuchlerischen Austromarxismus in die Massen zu tragen und sie für die leninistische, für die revolutionäre Welt zu gewinnen. ‚Haltet hoch die Einheit und Geschlossenheit der Partei!‘ – das waren Lenins letzte Worte, sein letztes Vermächtnis an die Kommunisten aller Länder. Wer an der Einheit der Partei rüttelt, geht auf die andere Seite der Barrikade.“

Diese Rede bedeutete eine offene Kampfansage an die Fraktionisten; sie fand stürmische Zustimmung und hinterließ einen tiefen Eindruck in der Partei.

Der 8. Parteitag der KPÖ

Vor dem 8. Parteitag der KPÖ, der im September 1925 stattfand, schlossen sich plötzlich die Führer der Fraktionsgruppen, die sich stets wütend bekämpft hatten, zusammen. Dieser Zusammenschluß richtete sich gegen Kopenig und den festen, leninistischen Kern, der sich um ihn gesammelt hatte. Durch ihren Zusammenschluß bewiesen die Fraktionisten, daß ihr Streit, der die Partei zersetzte, nicht prinzipieller Natur war, sondern nur aus persönlichen Gründen geführt wurde.

Auf dem 8. Parteitag jedoch erfuhren die Fraktionisten die ihnen gebührende Abfuhr. Die große Mehrheit der Parteimitglieder lehnte den prinzipienlosen Machtkampf innerhalb der Partei ab und die Führer der Fraktionen wurden nicht mehr in die Parteileitung gewählt. Sie entpuppten sich später als offene Feinde der Partei. Die wichtigsten Mitkämpfer von Johann Kopenig im Kampf gegen den parteifeindlichen Fraktionismus waren Franz Honner und Friedl Fürnberg, der damals an der Spitze des Kommunistischen Jugendverbandes stand.

[50:] In der Resolution des 8. Parteitags, die mit großer Mehrheit angenommen wurde, hieß es:

„Der Parteitag stellt fest, daß Fraktionen und Gruppierungen innerhalb der Partei unzulässig sind. Die Tatsache, daß die Mehrheit der Partei sich von den bisherigen Fraktionen losgelöst hat, ermöglicht es, von nun an mit rücksichtsloser Schärfe gegen jede Fraktionsbildung vorzugehen. Das neue Zentralkomitee muß dafür sorgen, daß seine Tätigkeit, die Tätigkeit der Gesamtpartei, auf den Kampf der Partei nach außen gerichtet ist und jeder Versuch, von neuem den inneren Kampf – gegeneinander – zu führen, im Keim erstickt wird.“

Der 8. Parteitag war ein großer Schritt auf dem Wege zur Gesundung der Partei. Aber noch war der Fraktionismus nicht völlig überwunden. Im Jänner 1927 mußte sich die Partei abermals mit einer Gruppe von Fraktionisten beschäftigen. Die Fraktionisten betrieben eine Politik, die in der Praxis die Kommunistische Partei zu einem Anhängsel der Sozialdemokratie gemacht hätte. In einer „Resolution zur innerparteilichen Lage“ stellte eine Funktionärkonferenz am 10. Jänner 1927 fest, daß sich die Partei konsolidiert hat und Fortschritte erzielen konnte, das Haupthindernis für ihre Aufwärtsbewegung aber die fraktionellen Quertreibereien sind. Weiters hieß es:

„Die Plattform der Fraktion ist liquidatorisch und voll sozialdemokratischer Abweichungen. Innerparteilich gefährdet die Fraktion, die eine förmliche Feme innerhalb der Partei errichtet hat, die organisatorische Existenz der Partei.“

Der endgültige Sieg über den Fraktionismus

Durch den Ausschluß führender Fraktionisten stärkte sich die Partei und erhielt eine einheitliche, feste politische Linie. Der Ausschluß der Fraktionisten war ein wichtiger Schritt bei der Bolschewisierung der Partei; erst jetzt besaß sie eine einheitliche und stabile, eine leninistische Führung.

Anläßlich der Feier zu seinem 60. Geburtstag am 15. Mai 1951 sagte Johann Koplenig über die Periode des Kampfes gegen den Fraktionismus:

„In unserer jungen österreichischen Kommunistischen Partei waren die Schwierigkeiten nicht gering. Wir standen einer starken Sozialdemokratischen Partei gegenüber, die uns mit ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit, ihre Routine in Demagogie und Massenbetrug zu erdrücken drohte. Eine Bande von prinzipienlosen Fraktionisten, Strebern und direkten Agenten des Klassenfeindes hatte sich in die Reihen unserer Partei eingeschlichen und sich führender Funktionen bemächtigt; sie hemmten die Partei in ihrer Entwicklung. Aber die gesunden und ehrlichen Kräfte der Partei kapitulierten nicht vor den Schwierigkeiten. Tausende Kommunisten arbeiteten unermüdlich am Aufbau der Partei und ließen sich durch Mißerfolge und Rückschläge nicht entmutigen. Es war damals nicht leicht, Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein. Man wurde verhöhnt und verspottet, man riskierte seinen Arbeitsplatz und sein Brot. Aber viel schlimmer als Arbeitsplatz und Brot zu verlieren, viel schlimmer war das Bewußtsein, für eine gerechte Sache im Interesse des arbeitenden Volkes zu kämpfen und von den Massen nicht verstanden zu werden. Wir lernten von der Partei [51:] Lenins und Stalins², zähe und ausdauernd alle Hindernisse zu überwinden und ohne Rücksicht auf persönliche Interessen der Partei und der Arbeiterklasse die Treue zu bewahren.“

Der Kampf um die Ausrichtung der Partei

Die revolutionäre Welle, die durch den ersten Weltkrieg ausgelöst worden war und mit der Revolution in Rußland begonnen hatte, verebte wenige Jahre nach Kriegsende, da es der Bourgeoisie außerhalb der Sowjetunion gelang, politisch und wirtschaftlich ihre Macht zu erhalten oder wiederherzustellen. Das war die Folge des Verrates der Sozialdemokratie an der Revolution. Die Niederlage der revolutionären Kräfte in Deutschland, die noch im Oktober 1923 unter der Führung Thälmanns den Hamburger Aufstand organisierten, der isoliert blieb und fehlschlug; der Sieg des Faschismus in Italien in den Jahren 1922/23, der sich die Spaltung der Arbeiterbewegung zunutze machte; die Überwindung der wirtschaftlichen Nachkriegs-Krisenerscheinungen in den wichtigsten kapitalistischen Ländern – all das bedeutete, „daß es dem Kapital gelungen ist, aus dem Morast der Nachkriegszeit herauszukommen“ (Stalin). Stalin sprach von einer „**teilweisen oder zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus**“. Über die Politik der Kommunistischen Partei nach dem Abflauen der revolutionären Kriegs- und Nachkriegssituation sagte Genosse Stalin auf dem XIV. Parteitag der KPdSU (B) im Dezember 1925:

² Die Erwähnung Stalins ist das Überbleibsel eines auch in der KPÖ vorhandenen Stalinismus.

Stalin über die „relative Stabilisierung des Kapitalismus“

„Statt der Periode der ansteigenden revolutionären Wellen, die wir in den Jahren der Nachkriegskrise beobachten konnten, sehen wir in Europa jetzt eine Periode der Ebbe. Das bedeutet, daß die Frage der unmittelbaren Eroberung der Macht, der Machtergreifung durch das Proletariat gegenwärtig in Europa nicht auf der Tagesordnung steht. Die Periode des Ansteigens der revolutionären Wellen, in der die Bewegung vorwärtsdrängt, anschwillt und die Partei mit ihren Losungen der Bewegung nicht nachzukommen vermag, wie das zum Beispiel bei uns in den Jahren 1905 oder 1917 der Fall war – diese Periode des Aufschwungs steht erst bevor. Jetzt aber ist kein Aufschwung zu verzeichnen, wir haben eine Periode zeitweiliger Ebbe, eine Periode, in der das Proletariat Kräfte sammelt, eine Periode, die gewaltige Resultate zeitigt in dem Sinne, daß sich neue Formen der Bewegung abzeichnen, daß eine Massenbewegung unter der Flagge des Kampfes für die Gewerkschaftseinheit vorhanden ist und wächst, daß sich Verbindungen zwischen der Arbeiterbewegung des Westens und der Arbeiterbewegung der Sowjetunion anbahnen und festigen ... Wir machen eine Zeit der Kräftesammlung durch, die große Bedeutung für die künftigen revolutionären Aktionen hat. Das ist die Periode, in der es zur Losung der kommunistischen Bewegung wird, die Massenorganisationen des Proletariats zu erobern (Gewerkschaften usw.) und die sozialdemokratischen Führer ‚abzusägen‘, wie das bei uns in den Jahren 1911 und 1912 der Fall war.“

[52:] Es war Johann Kopenig, der die österreichischen Kommunisten bei der Erfüllung dieser neuen Aufgaben führte. Immer wieder stellte Kopenig den Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung, das heißt um die Entlarvung und Überwindung des Opportunismus, in den Vordergrund. So sagte er zum Beispiel am 1. Mai 1924:

„Die Einheitsfront des Proletariats ist die Voraussetzung für den Erfolg seiner kommenden Kämpfe. Sie ist eine unbedingte Notwendigkeit, von der jeder Arbeiter täglich aufs neue überzeugt werden muß.“

In diesem Kampf unterstrich Johann Kopenig stets die Bedeutung der Betriebsorganisationen der Partei und der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften. Bei einer Funktionärskonferenz im Juni 1925 sagte er:

„Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen, die Aktivierung der bestehenden Zellen gehört nach wie vor zu den wichtigsten Aufgaben, welche im Zusammenhang mit den politischen Aufgaben gelöst werden müssen.“

Und auf dem 8. Parteitag, im September 1925, sagte Kopenig:

„Solange wir nicht imstande sind, eine wirklich aktive Gewerkschaftsarbeit zu leisten, so lange werden wir nicht an die Massen herankommen. Da muß der Hebel angesetzt werden.“

Johann Kopenig gegen den „Anschluß“

Gleichzeitig führte Johann Kopenig auch den Kampf gegen das Eindringen austromarxistischer Ideen in die Kommunistische Partei. Immer wieder suchte zum Beispiel die SP-Führung durch die „Anschluß“-Parole jede revolutionäre Aktion zu unterbinden. Auf dem 8. Parteitag trat Johann Kopenig der „Anschluß“-Parole entgegen und verlangte: „Nicht Anschluß an das Hindenburg-Deutschland, sondern engstes Kampfbündnis mit dem deutschen Proletariat und den Proletariern der übrigen Länder gegen die internationale Reaktion.“ Und in einem Bericht über den 8. Parteitag schrieb Kopenig:

„In der vom Parteitag einstimmig gefaßten Entschliebung zur Anschlußfrage wird die Anschlußpropaganda ab ein bürgerlich-sozialdemokratisches Betrugsmanöver gebrandmarkt, zu dem Zweck, daß österreichische Proletariat über die Ursachen seines Elends hinwegzutäuschen und die Arbeiter vom notwendigen Kampf um die Sicherung ihrer Existenz sowie vom Kampf zur Zerreißung der imperialistischen Sklavenverträge (der Friedensverträge und der Genfer Protokolle) abzulenken.“ (Artikel in der „Inprekor“, 19. September 1925.)

Schließlich wurde unter der unmittelbaren Anleitung Kopenigs auch das „vollständige organisatorische Chaos“ in der Partei überwunden. „Der Parteiapparat beginnt wieder normal zu funktionieren.“ (Aus dem Bericht Kopenigs auf dem 8. Parteitag.)

Die Kommunistische Partei hatte mit dem 8. Parteitag ihre schwerste Entwicklungskrise überwunden und vor allem etwas ge-[53:]schaffen, was für jede revolutionäre Partei von entscheidender Bedeutung ist: eine starke, stabile Führung. Von nun an standen Kopenig, Honner und Fürnberg an der Spitze der Partei.

VIII. Genf und die Folgen

Die Genfer Protokolle

Die westlichen Imperialisten zeigten sich an der Beherrschung der österreichischen Wirtschaft besonders interessiert; denn von Wien aus konnte man weitgehend die Wirtschaft der ehemaligen Gebiete der Monarchie beeinflussen. In einem Bericht einer Völkerbundkommission 1924/25 hieß es:

„Die wichtige Rolle, die die Wiener Banken in den Donauländern noch immer spielen, ist einer der Gründe des wachsenden Interesses, das die großen Kreditinstitute Westeuropas und Amerikas dem Wiener Bankwesen entgegenbringen. Die Beteiligung ausländischer Banken und Finanzgruppen bei fünf Wiener Großbanken hat seit dem Kriege eine sehr beträchtliche Bedeutung gewonnen.“

Andererseits hatte die österreichische Reaktion großes Interesse an einer politischen Rückendeckung seitens des westlichen Kapitals, um ihre reaktionären und volksfeindlichen Pläne leichter durchführen zu können. Das Ergebnis dieser wechselseitigen Interessen waren die „Genfer Protokolle“.

Unter der Regierung Seipel hatte die Inflation ein phantastisches Tempo erreicht. Vom Mai bis Oktober 1922 zum Beispiel verzehnfachten sich die Lebenshaltungskosten. Seipel drohte mit dem völligen Zusammenbruch der österreichischen Wirtschaft.

Die SP-Führer entwarfen eine Reihe von „Sanierungsplänen“, die darauf beruhten, „daß alle Schichten Opfer bringen müssen“ und daß Auslandsanleihen aufgenommen werde“. Otto Bauer schlug u. a. eine Währungsunion mit Deutschland vor. Mitte August 1922 boten die SP-Führer Seipel eine Koalitionsregierung zur Durchführung eines gemeinsamen „Sanierungsprogramms“ an.

Seipel lehnte höhnisch ab. Am 4. Oktober 1922 schloß Seipel, hinter dem Rücken des österreichischen Parlaments, ein Anleiheabkommen mit dem Völkerbund, die sogenannten „Genfer Protokolle“.

Der Völkerbund übernahm die Garantie für Anleihen amerikanischer, englischer und französischer Banken an Österreich. Die Anleihe machte offiziell 745 Millionen Goldkronen aus, ausbezahlt wurden aber nur 585 Millionen. Zurückgezahlt und verzinst mußte aber [54:] der gesamte Betrag werden. Der österreichische Staat haftete mit seinen gesamten Einnahmen und seinem gesamten Vermögen für die Anleihe. Selbst der ehemalige christlichsoziale Finanzminister Dr. Kienböck meinte: „Die Völkerbundanleihe ist hinsichtlich der Sicherheit, die sie den Inhabern bietet, wohl die beste Staatsanleihe die jemals emittiert worden ist.“

Der Völkerbundkommissär

Weiters behielten sich die Anleihegeber die Kontrolle über den österreichischen Staatshaushalt, über die gesamte Finanzpolitik der Regierung vor. Zur Kontrolle wurde ein Völkerbundkommissär der Holländer Dr. Zimmermann, eingesetzt, der weitgehende Vollmachten besaß. So offensichtlich war der Charakter der Völkerbundanleihe, daß selbst Otto Bauer auf dem sozialdemokratischen Parteitag, der am 14. Oktober 1922 abgehalten wurde, erklärte:

„Dieser Generalkommissär kann also jeden Moment Bedingungen stellen, wie sie ihm nur einfallen oder wie sie ihm nur von irgend welchen Interessenten im Inland oder im Ausland gesteckt werden, und alles mit der bloßen Erklärung: Ja, wenn ihr nicht pariert, kriegt ihr die Kreditrate in diesem Monat nicht ausgefolgt ... Wir sind damit ein Land, das auf unberechenbare Zeit hinaus der schrankenlosen, der absolutistischen Gewalt eines Mannes unterworfen ist, der nicht von diesem Volk gewählt, sondern von den Vertretern der kapitalistischen Regierungen eingesetzt ist.“

Die Anleihegeber nahmen sich weiter das Recht, die Leitung der beiden wichtigsten österreichischen Banken, der Creditanstalt und der Nationalbank, bestimmen zu können. Damit kontrollierten die westlichen Imperialisten die österreichische Wirtschaft vollständig.

Aber die „Genfer Protokolle“ enthielten auch unmittelbare politische Bedingungen. Sie sahen vor, daß die österreichische Regierung alle „Sanierungsmaßnahmen“ ohne Kontrolle des Parlaments durchführen müsse, was praktisch die Ausschaltung des Parlaments in entscheidenden Fragen bedeutete. Dieser Punkt war auf Betreiben Seipels aufgenommen worden.

Schließlich forderten die „Genfer Protokolle“ von der österreichischen Regierung, „alle Vorsorgen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu treffen“ und die „Gendarmerie zuverlässig zu stärken“, das heißt die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse zu verschärfen.

Die „Genfer Protokolle“ bedeuteten also die wirtschaftliche und politische Unterwerfung Österreichs unter das Diktat der westlichen Imperialisten. Das wurde auch von den SP-Führern eingestanden. Otto Bauer schrieb darüber:

„In vielen Fällen sind die österreichischen Generaldirektoren nur noch die Fronvögte ausländischer Kapitalisten. Und diesem ökonomischen Herrschaftsverhältnis entspricht seit Genf auch das politische: **in vielen Beziehungen ist [55:] die österreichische Regierung nur noch das Exekutivorgan des ausländischen Generalsekretärs. Der eigentliche, der letzte Nutznießer der Niederhaltung des österreichischen Proletariats wird das ausländische Finanzkapital sein**, das „uns immer stärker wirtschaftlich und politisch beherrscht. Die nationale Fremdherrschaft des ausländischen Kapitals. ausgeübt mittels der ökonomischen Herrschaft des österreichischen Kriegsgewinner- und Schiebertums, dessen Unternehmungen das ausländische Kapital kontrolliert, und mittels der politischen Herrschaft der reaktionären österreichischen Kleinbürgerei, die sich willig dem Diktat des ausländischen Generalkommissärs ergibt – das ist der letzte Sinn der Bourgeoisrepublik in Österreich.“

Die SP-Führung ermöglichte die Seipel-„Sanierung“

Die SP eröffnete eine lärmende Agitation gegen die Genfer „Sanierung“. Aber sie hatte ja dem Volk eingehämmert, daß Österreich ohne ausländische Anleihen nicht leben könnte, ja, daß Österreich überhaupt nicht „lebensfähig“ sei und sich daher auf jeden Fall wirtschaftlich an das Ausland ausliefern müsse. In Wirklichkeit waren die SP-Führer nicht gegen die „Genfer Protokolle“, sie wollten nur die Verantwortung für deren Folgen auf Seipel abschieben.

Charakteristisch für die Haltung der SP-Führung war der Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom 7. Oktober 1922: Er begann damit, daß er verlangte, Seipel müsse als Hochverräter vor ein Verfassungsgericht gestellt werden; der Artikel endete aber mit den Worten: „Österreichs Volk befindet sich in einer Zwangslage, zu wählen zwischen Verzicht auf die Freiheit oder der wirtschaftlichen Katastrophe.“ Zwei Tage später stellte die „Arbeiter-Zeitung“ fest, daß die österreichischen Kapitalisten die 500 Millionen Goldkronen, die durch die Völkerbundanleihe hereinkommen sollten, aus eigenem aufbringen könnten. Wenn die Kapitalisten das aber nicht wollen, fuhr der Artikel fort, „dann muß es eben sein“, das heißt, dann muß die „Genfer Sanierung“ angenommen werden.

So wurden die Arbeiter auf die Annahme der „Genfer Protokolle“ und der Seipel-„Sanierung“ vorbereitet.

Auf dem SP-Parteitag am 15. Oktober 1922 erklärte Renner, daß die Reaktion im Parlament die Mehrheit habe und daher die „Genfer Protokolle“ ratifizieren könne. „Wir können also nichts anderes, als den Herren die parlamentarischen Erfolge gönnen“, sagte Renner. Aber das war nicht richtig. Der großdeutsche Vizepräsident des Nationalrates, Dinghofer, hatte ausdrücklich festgestellt: „Die Sozialdemokraten haben nach der im Nationalrat geltenden Geschäftsordnung die Macht, die parlamentarische Genehmigung der ‚Genfer Protokolle‘ zu verhindern.“ Da die Annahme durch Verfassungsgesetze erfolgen mußte, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, hätte die SP die Ratifizierung von Genf verhindern können. Als aber am 2. Dezember 1922 das Parlament über die „Genfer Protokolle“ abstimmte, enthielt sich die SP der Stimme und ermöglichte so die Durchführung der reaktionären Politik Seipels und der westlichen Imperialisten.

Die Kommunistische Partei führte einen scharfen Kampf gegen [56:] die Genfer „Sanierung“. In einem Aufruf der Führung der KP am 8. Oktober 1922 hieß es, die Völkerbundkredite werden dem Proletariat „die furchtbarste Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Hunger und Elend“ bringen. Die Kommunistische Partei rief auf zum „Zusammenschluß aller Schichten gegen den Schandvertrag“.

Die Kommunisten gegen Genf

Am Tag der Debatte über Genf im Parlament führten die Kommunisten eine große Protestdemonstration über den Ring. Die „Internationale Presse-Korrespondenz“, ein Organ der Kommunistischen Internationale, schrieb am 12. Oktober über die Genfer Protokolle: „Insbesondere die Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens und

der ČSR dürfen nicht schweigen. Es in ein stiller, aber gefährlicher Eroberungskrieg, den ihre Staaten jetzt im Verein mit der österreichischen Bourgeoisie gegen das österreichische Proletariat führen.“ Die Kommunisten der angeführten Länder traten auch gegen die Auslieferung Österreichs an die Entente-Imperialisten auf.

Der Kampf der Kommunisten gegen die kapitalistische „Sanierung“ Österreichs hatte starken Widerhall gefunden. Die Mehrheit der Arbeiterklasse aber folgte den sozialdemokratischen Kapitulationsparolen.

Das Wachsen der Arbeitslosigkeit

Die Seipel-„Sanierung“ bedeutete eine gefährliche Verschärfung des sozialen Druckes auf die Arbeiterschaft. Die Preise des staatlichen Tabak- und Salzmonopols wurden in die Höhe geschraubt, die Zölle auf lebenswichtige Produkte (zum Beispiel Zucker) wurden gewaltig erhöht, der Reallohn sank rapid. Das Internationale Arbeitsamt (eine Institution des Völkerbundes), das im Oktober 1924 einen Vergleich der Lage der Arbeiterschaft in 16 Großstädten anstellte, kam zu dem Ergebnis, daß Wien an zweitletzter Stelle stand. Eine ähnliche Untersuchung im Jahre 1928, die sich auf 18 Städte erstreckte, verwies Wien an den drittletzten Platz (vor Rom und Warschau).

Gleichzeitig mit dem sinkenden Reallohn wuchs die Zahl der Arbeitslosen.

Die österreichische Regierung hatte sich in Genf verpflichtet, von den insgesamt 270.000 Staatsangestellten (einschließlich des Bundesheeres) bis zum Juni 1924 100.000 zu entlassen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die im Jahresdurchschnitt 1921 32.000 und 1922 75.000 betragen hatte, erreichte 1923 144.000. 1925 175.000 und überstieg 1926 bereits die Zahl von 200.000.

Die wachsende Arbeitslosigkeit wurde von den Unternehmern zu einer Verschärfung des Druckes auf die Arbeiterschaft und zur Durchlöcherung der Sozialgesetze benützt. Insbesondere begannen die Unternehmer Angriffe auf den Achtstundentag. So schrieb zum Beispiel die „Reichspost“ am 11. Oktober 1922:

[57:] „Eine nicht zu umgehende Begleiterscheinung wirtschaftlicher Depression ist vermehrte Arbeitslosigkeit. So bedauerlich diese ist, so wird sie auch ihr Gutes haben, denn sie wird zu der schon lange notwendigen Umschichtung und Erhöhung der Arbeitsintensität führen. Es sind daher alle Maßnahmen, die diesen natürlichen Prozeß hindern oder verlangsamen, abzulehnen.“

Die Genfer „Sanierung“ brachte den Unternehmern große Profite, den kapitalistischen ausländischen „Gönnern“ Österreichs riesige Gewinne; für die Arbeiterschaft bedeutete sie eine wesentliche Verschlechterung ihrer Lage.

Die wachsende faschistische Reaktion

In einer Rede am 1. Mai 1924 sagte Johann Koplenig: „Die kapitalistische Offensive auf wirtschaftlichem Gebiet findet ihre Ergänzung in der fortschreitenden Reaktion auf politischem Gebiet.“

Seipel verband seine Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft mit der Ermutigung und Unterstützung faschistischer Terrorüberfälle auf Arbeiterfunktionäre. Es begann eine ganze Kette von Mordanschlägen auf Arbeiter, wobei die Täter, Angehörige faschistischer Wehrverbände, entweder freigesprochen oder zu ganz geringen Strafen verurteilt wurden.

Faschistische Morde an Arbeitern

Am 17. Februar 1923 wurde in Wien der SP-Betriebsrat Birnecker von Angehörigen der Monarchistenorganisation „Ostara“ ermordet. Der Haupttäter erhielt zwei Jahre Gefängnis, seine Komplizen wenige Wochen. Im Mai 1923 wurde in Favoriten der Südbahner und Schutzbündler Still ermordet. Die Täter, Nazi, wurden freigesprochen. Im September 1923 wurde der Schutzbündler Kovarik in Spillern bei Korneuburg ermordet. Der Täter, ein siebzehnjähriger Nazi, wurde freigesprochen. Am 6. Juli 1924 überfielen Nazi-Abteilungen ein sozialdemokratisches Turnerfest in Klosterneuburg, wobei durch Schüsse elf sozialdemokratische Turnerschwer verletzt wurden. Die SP-Führung begnügte sich mit einer Protestversammlung gegen diesen faschistischen Überfall. Am 22. Mai 1925 wurde in Mödling der SP-Gemeinderat und Schutzbundkommandant August Müller ermordet. Die Täter, Angehörige der faschistischen „Frontkämpfer“, erhielten ein Jahr beziehungsweise acht Monate Gefängnis.

Die Arbeiterschaft war über diese Morde und die provokativ milden Urteile gegen die Mörder zutiefst erregt. Immer, wenn ein neues Opfer der faschistischen Mordhetze fiel, erklärten die SP-Führer feierlich, es wäre das letzte gewesen, man werde das Leben der Arbeiterfunktionäre zu schützen wissen usw. Aber die SP-Führer unternahmen nichts, um die faschistischen Terrororganisationen, die erst am Beginn ihrer Entwicklung standen, zu zerschlagen. Damals war die Mannschaft des Bundesheeres in ihrer Zusammensetzung noch überwiegend sozialdemokratisch. Bei den Vertrauensmännerwahlen [58:] im Bundesheer im Jahr 1923 erhielt der SP-Militärverband 245 Mandate, der christlichsoziale „Wehrbund“ nur vier. Ähnlich war die Lage in der Polizei. Trotzdem konnten sich die faschistischen Terrorbanden ungehindert entwickeln.

Der Republikanische Schutzbund

Die Arbeiterklasse war keineswegs wehrlos. Der Arbeiterrat hatte 1920 Ordnerabteilungen aufgestellt, die ihm unterstanden. Als die Kommunisten 1922 aus dem Arbeiterrat austraten, wurden die Ordnerabteilungen eine rein sozialdemokratische Parteiorganisation. Im April 1923 wurde der „Republikanische Schutzbund“ gegründet, der die OrdnerEinheiten umfaßte, aber nicht mehr dem Arbeiterrat, sondern dem sozialdemokratischen Parteivorstand unterstand. Im Schutzbund sammelten sich tausende revolutionär gesinnte Arbeiter, die in den militärischen Formationen des Schutzbundes eine schlagkräftige revolutionäre Organisation sahen. Da aber der Schutzbund der SP-Führung unterstand, war er keine revolutionäre Organisation, sondern ein Instrument der opportunistischen SP-Politik. Im Schutzbund wurde oft sehr radikal gesprochen. In allen entscheidenden Situationen diente aber die Unterstellung gerade der jüngeren und revolutionär gesinnten Teile der Sozialdemokratischen Partei unter die militärische Disziplin des Schutzbundes der Bremsung jeder revolutionären Bewegung.

Die Kommunistische Partei erkannte die faschistische Gefahr und rief zur Verstärkung des Abwehrkampfes auf. Am 28. Mai 1923 forderte die Kommunistische Partei den Parteivorstand der SP auf, sich an der Schaffung eines „Aktionskomitees gegen Kriegsgefahr und Faschismus“ zu beteiligen. In diesem Aufruf hieß es: „Dieser Kampf (gegen Faschismus und Kriegsgefahr) kann erst ernstlich gestaltet werden, wenn die Einheitsfront politisch hergestellt ist.“ Hochmütig antwortete der SP-Parteivorstand, „daß die Sozialdemokratische Partei Österreichs imstande ist, alle politischen Aufgaben, die im Kampf gegen Kriegsgefahr und Faschismus zu erfüllen sind, auch tatsächlich zu erfüllen. Sie bedarf daher nicht eines besonderen ‚Komitees‘ zur Bewältigung dieser Aufgaben.“ Die nächsten Jahre haben bewiesen, daß die SP-Führung nicht imstande war, den Kampf gegen den Faschismus erfolgreich zu führen.

Die Arbeiterschaft verteidigt sich

Die wirtschaftliche und politische Offensive der Reaktion führte zu heftigen Abwehrkämpfen der Arbeiterschaft. Obwohl Otto Bauer 1924 bei einer Konferenz der Metallarbeiter die Behauptung auf[59:]stellte, man könne unter den bestehenden Umständen keine Lohnkämpfe führen, kam es im September 1924 zu einem Generalstreik der Metallarbeiter. Eine Woche lang streikten 150.000 österreichische Metallarbeiter. Die SP-Führer waren gegen diesen Streik, sie konnten ihn aber nicht verhindern. Der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft, Domes, sagte zu Beginn des Streiks: „Wir können die Arbeiterschaft nicht mehr zurückhalten.“

Der Metallarbeiterstreik im September 1924

Die Metallarbeiter forderten eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung und lehnten alle Versuche der Unternehmer, den Achtstundentag zu Fall zu bringen, entschieden ab. **Der Metallarbeiterstreik hätte der Ausgangspunkt einer großen Bewegung der österreichischen Arbeiterschaft werden können, darum beeilten sich die SP-Führer, ihn abzuwürgen.** Sie erklärten den Streik für beendet, als die Unternehmer eine geringe Lohnaufbesserung bewilligten. Allerdings hatten die Unternehmer als „Entgelt“ für die kleine Lohnerhöhung Steuerermäßigungen verlangt und auch erhalten. Auch die sozialdemokratisch verwaltete Gemeinde Wien gewährte den Metallindustriellen Steuerermäßigungen.

Der Grünbacher Streik

Einen besonderen Charakter hatte die Bewegung der Grünbacher Bergarbeiter. Die Stellung der Kommunisten in diesem Betrieb war verhältnismäßig stark, Franz Honner war einer der angesehensten Betriebsräte. Der Schöller-Konzern, dem das Bergwerk gehörte, schickte einen Direktor Ott in den Betrieb, um die Arbeiter kleinzukriegen. Als am 14. Jänner 1925 Direktor Ott Lohnforderungen der Arbeiter höhnisch zurückwies, wurde er von einigen Arbeitern angegriffen. Daraufhin sperrte der Schöller-Konzern die 1100 Bergarbeiter aus, eine Reihe von ihnen wurde verhaftet und Gendarmerie besetzte den Betrieb. Franz Honner wurde von den ausgesperrten Arbeitern zum Vorsitzenden des Streikkomitees gewählt. Vierzehn Tage lang währte der Kampf. Die Gewerkschaftsführung führte die Verhandlungen mit den Unternehmern unter Ausschaltung der Grünbacher Bergarbeiter. Die Gewerkschaftsführer erreichten ein „Kompromiß“: die meisten Grünbacher „durften“ wieder einfahren, allerdings zu den alten, elenden Bedingungen. 60 „Rädelsführer“ und vier Betriebsräte, unter ihnen Franz Honner, wurden gemaßregelt und blieben auf der Straße. Die „Rote Fahne“, das Organ der Kommunistischen Partei, schrieb am 30. Jänner 1925:

„Grünbach – das war ein Probeangriff der Bourgeoisie mit faschistischen Methoden. Grünbach wurde zu einem Sieg des Unternehmerfaschismus. Und damit wird es zu einem doppelten Anreiz für die Bourgeoisie, den Angriff fortzusetzen und neue Anschläge gegen das Proletariat zu unternehmen.“

Schon am 1. Mai 1924 hatte Johann Koplenig in einem Artikel darauf hingewiesen, daß die SP-Führung die Streikkämpfe der [60:] Arbeiter, die sich gegen die Genfer „Sanierung“ zur Wehr setzten, abwürgte „und dadurch die Auswirkung dieser Kämpfe auf Staat und Regierung verhinderte“. In diesem Artikel heißt es weiter:

„Die Folgen dieser Politik zeigen sich einerseits darin, daß viele Arbeiter angeekelt und entmutigt aus den Gewerkschaften austreten und indifferent werden, andererseits in einem Zersetzungsprozeß innerhalb der SP. Die SP sucht neue Wege, um diesen Prozeß aufzuhalten. Die von ihr erhobene Forderung nach Alters- und Invaliditätsversicherung soll in der österreichischen Arbeiterschaft neue Illusionen erwecken und ihr einiges Bestreben, die Erreichung der Mehrheit bei kommenden Wahlen, den Massen verständlich machen.“

Die SP-Führung, die 1918/19 die sozialistische Revolution verraten hatte, verriet nun auch die unmittelbarsten sozialen Interessen der Arbeiterschaft im Kapitalismus. Dadurch wurde die Kampfkraft der Arbeiterklasse immer mehr geschwächt.

IX. Das System der austromarxistischen Politik

Die organisatorischen Methoden der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Partei war als Wahlpartei aufgebaut, die untersten Einheiten, die Sektionen, stützten sich nicht auf Betriebe, sondern auf die Wohngebiete. Das Organisationsprinzip der Partei war, möglichst jeden Wähler zum Parteimitglied zu machen. Zeitweilig war tatsächlich die Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler politisch in der Sozialdemokratischen Partei organisiert.

Diese Organisationsmethode band einerseits an die SP tausende Arbeiter, die mit ihrer Politik längst unzufrieden waren, die aber glaubten, durch einen Austritt aus der SP sich von der Arbeiterklasse zu isolieren; andererseits drangen in die SP zu Zehntausenden kleinbürgerliche Elemente ein. Zählte die Sozialdemokratie 1913 auf dem Gebiet der späteren Republik 92.000 Mitglieder, die Freien Gewerkschaften aber 253.000, so wurde in der Republik schließlich der Zustand erreicht, daß die Zahl der Parteimitglieder die der Gewerkschaftler beträchtlich überstieg.

Trotz eines durch die riesige Organisation bedingten lebhaften Organisationslebens war die Erfassung der Mitglieder verhältnismäßig gering. Das erklärt sich schon daraus, daß in den großen Städten die unterste Parteieinheit, die Sektion, oft weit über 1000 Mitglieder zählte. Diese Mitglieder wurden durch ein stark ausgebautes System von Vertrauensmännern betreut, aber nur [61:] ein kleiner Teil von ihnen wurde wirklich erfaßt und ein noch kleinerer geschult und aktiviert. Dieses Organisationssystem funktionierte glänzend bei Wahlen. Für andere Formen des Klassenkampfes war es ungeeignet.

Der Wahlcharakter der Parteiorganisation wurde noch dadurch verstärkt, daß man die Mitglieder in dem Glauben erzog, daß für „alles andere“ als den Wahlkampf der Schutzbund da sei. In einer

ernsten Situation müsse nicht die ganze Klasse, sondern nur die Parteiarmee, der Schutzbund in Aktion treten.

Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie galt als Vorbild und Beispiel in der II. Internationale. Aber die Organisationsform des Austromarxismus war typisch reformistisch: sie ging nicht von den Betrieben, den Zentren des Klassenkampfes, aus, sie suchte die Massen durch rein organisatorische Tätigkeit vom politischen Kampf abzulenken, sie führte trotz des Massencharakters der Organisationen zu einer Isolierung von breiten Schichten der Bevölkerung und zu einer Vertiefung der Kluft zwischen dem organisierten Teil der Arbeiterklasse und seinen möglichen Bundesgenossen.

Auch auf die Gewerkschaftsbewegung wirkte sich das sozialdemokratische Organisationsprinzip aus. Die „Freien Gewerkschaften“ unterstanden der SP-Führung, sie trugen den Charakter von Parteigewerkschaften. Daneben gab es noch andere Gewerkschaften: die „christlichen“, die der Christlichsozialen Partei unterstanden und die deutschnationalen; später entstanden auch „unabhängige“ Gewerkschaften, die von der Heimwehr geführt wurden.

Die Gewerkschaftsbewegung war also parteipolitisch aufgesplittert. Das war nicht zuletzt die Ursache dafür, daß alle Gewerkschaften, selbst 1921, als sie die größte Mitgliederzahl hatten, nicht mehr als die Hälfte aller Lohn- und Gehaltsempfänger erfassen konnten.

Die „Freien Gewerkschaften“, die zunächst in einer zentralen Gewerkschaftskommission zusammengefaßt waren – erst 1928 wurde der „Bund der Freien Gewerkschaften“ gegründet – waren die weitaus stärkste Gewerkschaftsorganisation. Aber die christlichsozialen Gewerkschaften wuchsen im Verhältnis zu den Freien Gewerkschaften immer mehr an. Hatten die Freien Gewerkschaften 1918 413.000 Mitglieder und die christlichen 20.000, so waren die Zahlen 1927 772.000 und rund 100.000. Die deutschnationalen Gewerkschaften zählten 1927 rund 50.000 Mitglieder.

Die parteipolitische Aufspaltung schwächte die Gewerkschaftsbewegung und erleichterte nach 1927 das Aufkommen der gelben Heimwehrgewerkschaften, vor allem in der Obersteiermark.

[62:]

Das „Rote Wien“

Das entscheidende Mittel der Sozialdemokratie, ihren Einfluß auf die Massen der Arbeiterschaft zu behaupten, waren die Illusionen über das „Rote Wien“. Seit 1918 stand die Gemeinde Wien, die auf Grund der Verfassung von 1920 ein eigenes Bundesland wurde, unter sozialdemokratischer Verwaltung.

Die sozialdemokratische Verwaltung der Gemeinde Wien wurde von den SP-Führern stets als große revolutionäre Errungenschaft gepriesen, als ein „Stück Sozialismus“, als „sozialistische Insel“. Aber das „Rote Wien“ hatte mit Sozialismus nichts zu tun. In Wien herrschten nach wie vor die Bedingungen und Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus, denen auch die sozialdemokratische Gemeindepolitik unterworfen war.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeinde Wien trug den Stempel von Hugo Breitner und Professor Julius Tandler, der eine der Finanzreferent, der andere der Leiter der Fürsorgetätigkeit der Gemeinde. In der kurzen Zeitspanne nach Überwindung der Nachkriegskrise und bis zum vollen Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, also in der Zeit von sechs bis sieben Jahren, brachte die Fürsorgepolitik der Gemeinde Wien der Arbeiterschaft manche Erleichterungen und Verbesserungen. Diese Errungenschaften, das Ergebnis des jahrzehntelangen Kampfes der österreichischen Arbeiter, wurden mit dem Verrat der sozialdemokratischen Führer an der Revolution bezahlt; sie waren ein vorübergehendes Zugeständnis der Bourgeoisie, die 1918/19 um ihre Macht gezittert hatte. Kaum saß die Bourgeoisie wieder fest im Sattel, begann sie eine heftige und hartnäckige Offensive gegen die „Fürsorgeinflation“, gegen den „revolutionären Schutt“; und die Sozialdemokratie wich Schritt für Schritt vor dieser Offensive zurück.

Die Gemeindebauten

Der wichtigste und populärste Bestandteil des „Roten Wien“ war die Wohnbautätigkeit der Gemeinde. Die Wohnungsverhältnisse waren in Wien schon vor dem Krieg besonders schlecht. Während der Kriegs- und Nachkriegszeit wurde nichts gebaut. Das Wohnungselend wurde unerträglich.

Die Wahlen von 1923, die der Sozialdemokratie Erfolge gebracht hatten, wurden mit der Hauptparole des Kampfes gegen die Durchlöcherung des Mieterschutzes geführt. Zur Finanzierung des Wohnhausbaues wurde die „Wohnbausteuer“ eingeführt, durch die die Besitzer von größeren Wohnungen verhältnismäßig schwerer belastet wurden als die Besitzer von Kleinwohnungen.

[63:] Die Wohnfläche der Gemeindewohnungen war sehr klein, 24, 38 und 48 Quadratmeter. Es gab keine Badezimmer. Aber die Wohnungen in den Gemeindeneubauten bedeuteten eine wesentliche Verbesserung gegenüber den Arbeiterwohnungen in den von den Kapitalisten gebauten Zinskasernen. Es gab große Höfe und Gärten, Kindergärten und Jugendheime, moderne Waschküchen usw., wodurch die Wohnverhältnisse der Gemeindemieter sehr verbessert wurden. Aber auch die Gemeindeneubauten konnten nichts daran ändern, daß die schönsten und besten Wohnungen in den Händen der Bourgeoisie blieben, daß die Bourgeoisie über mehr Wohnraum verfügte als die zahlenmäßig ungleich stärkere Arbeiterklasse.

Unter der Leitung Tandlers wurden in Wien zahlreiche Kindergärten, Planschbecken, Mutterberatungsstellen usw. errichtet, Schulausspeisung, Schulzahnkliniken usw. eingeführt. Tandler prägte den Satz: „Was wir auf Jugendhorte verwenden, ersparen wir an Gefängnissen.“ Alle diese Fürsorgemaßnahmen konnten die Folgen der kapitalistischen Ausbeutungspolitik mildern, hoben sie aber nicht auf.

Breitners Steuerpolitik

Der Finanzreferent der Gemeinde, Hugo Breitner, stellte die Frage: „Wer soll die Kosten des Krieges tragen; wer soll die Steuern zahlen, die Armen oder die Reichen?“ Und er antwortete: „Die Reichen.“ Tatsächlich führte Breitner eine Anzahl von Luxussteuern und eine starke Steuerprogression ein, das heißt, die Steuern wurden je nach Einkommen gestaffelt. Vor allem lehnte Breitner ab, die Gemeindeausgaben durch Anleihen zu decken, wodurch die Gemeinde finanziell und politisch in Abhängigkeit geraten wäre. Die Reaktion jammerte über den „Steuersadismus“ und „Steuerbolschewismus“ Breitners.

Aber die Steuerpolitik Breitners blieb in ihren Grundzügen kapitalistisch. Ein beträchtlicher Teil der Einnahmen entstammte dem Anteil der Gemeinde an den Bundessteuern (40 Prozent der in Wien eingehobenen Massensteuern fielen an die Gemeinde; die Bundesregierung suchte diesen Anteil ständig zu schmälern, was ihr auch Schritt für Schritt gelang). Ein großer Teil der asozialen, volksfeindlichen Massensteuern des Bundes flossen also der Gemeinde zu. Die Steuerpolitik Breitners konnte am kapitalistischen Profitsystem, an der Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung nichts ändern. Es ist richtig: es gab eine Besteuerung der Reichen; aber der größere Teil der Einnahmen der Gemeinde stammte aus den Taschen der kleinen Leute.

Im „Roten Wien“ zahlten die Besitzenden höhere Steuern – aber sie blieben die Besitzenden. Rothschild zahlte 300.000 Schilling Hausgehilfensteuer im Jahr – aber in seiner Hand blieb die Kontrolle über die österreichische Wirtschaft. **Breitners Steuerpolitik war sozial – sozialistisch konnte sie nicht sein.**

Die Schulreform

Ein charakteristischer Teil des Wiener „Gemeindesozialismus“ war die Schulreform, die von Otto Glöckel, der 1919 bis 1921 Unterstaatssekretär für Unterricht in der Koalitionsregierung und später Präsident des Wiener Stadtschulrates war, durchgeführt wurde.

[64:] Diese Schulreform, die sich vor allem auf die Lage in Wien auswirkte, brachte eine wesentliche Verbesserung des Schulwesens der Monarchie. Unter anderem wurde die Zahl der Schüler pro Klasse stark herabgesetzt. Die Schulreform bedeutete aber weder die Brechung des Bildungsprivilegs der Reichen noch eine dauernde Verbesserung. Es gelang den Christlichsozialen nicht nur, alle wesentlichen Reformen zu unterbinden oder rückgängig zu machen, es gelang ihnen auch, das Burgenland von jeder Schulreform auszuschließen

und dort – bis 1938 – die Schule unter der Kontrolle der Kirche zu belassen. Wie alle sozialdemokratischen Reformen bedeutete auch Glöckels Schulreform keine grundsätzliche Veränderung der kapitalistischen Verhältnisse. So wurde zum Beispiel auch die „Einheitsschule“, das heißt, die Verschmelzung von Haupt- und Mittelschule bis zum vierzehnten Lebensjahr, niemals durchgeführt.

Die Kontrolle über die Gemeinde Wien bedeutete für die Sozialdemokratie die Kontrolle über zehntausende Arbeiter und Angestellte der Gemeinde, über zehntausende Mieter in den Gemeindewohnungen und solche, die auf eine Wohnung hofften, über Zehntausende, die von den Fürsorgeinstitutionen betreut wurden oder von der Gemeinde irgend etwas brauchten. Die Wiener SP nützte diese Politik weitgehend aus und band dadurch große Teile der Wiener Arbeiterschaft, aber auch kleinbürgerliche Schichten an die Sozialdemokratie. Das kam auch in der Mitgliederbewegung der sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck. 1923 umfaßte die Wiener Organisation 38 Prozent der österreichischen Gesamtorganisation; 1926 waren es bereits 54 Prozent und 1927 58 Prozent. Schließlich waren fast zwei Drittel der Gesamtmitgliedschaft der österreichischen Sozialdemokratie in Wien.

Die Illusion des „Gemeindesozialismus“

Die Illusion, in Wien werde ein Stück Sozialismus aufgebaut, war eines der stärksten Argumente der Sozialdemokratie. Diese Illusion hielt auch viele revolutionär gesinnte Arbeiter lange Zeit davon ab, sich der Kommunistischen Partei anzuschließen. Aber ein „sozialistisches“ Wien hat es nie gegeben. In der Wirtschaft herrschte nach wie vor die Bourgeoisie; der Staatsapparat war nach wie vor in den Händen der Reaktion. Die Finanzen der Gemeinde unterlagen den Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise.

Das „Rote Wien“ war durch Wahlen erobert und gefestigt worden. Man könne also im ganzen Land durch Wahlen die Macht erringen, sagten die SP-Führer. Aber trotz 60 Prozent sozialdemokratischer Stimmen in Wien blieb die wirkliche Macht in den Händen der Bourgeoisie. Das zeigte sich am 15. Juli 1927 und am 12. Feber 1934 mit aller Schärfe.

[65:]

Die Illusion der 51 Prozent

Eng verbunden mit den Illusionen vom „Roten Wien“ waren die von der SP-Führung verbreiteten Illusionen des „friedlichen Weges zur Macht“. In einer 1924 erschienenen Broschüre „Der Weg zur Macht“ schrieb Otto Bauer, von den Wahlergebnissen von 1923 ausgehend:

„Die Christlichsozialen haben um 182.416 Stimmen mehr bekommen als wir. Gelingt es uns, nur 100.000 Wähler von den Christlichsozialen loszureißen und sie für uns zu gewinnen, so sind wir die stärkste Partei. Dann ist keine Regierung mehr möglich ohne uns und gegen uns. Die drei bürgerlichen Parteien haben zusammen um 601.688 Stimmen mehr bekommen. Gelingt es uns, nur 320.000 Wähler von den bürgerlichen Parteien loszureißen und sie für uns zu gewinnen, dann verfügen wir über die absolute Mehrheit im Parlament. Dann können wir Österreich regieren. Die Zahlen beweisen es: **wir können in wenigen Jahren mit dem Stimmzettel die Mehrheit und damit die Macht in der Republik, die Herrschaft über die Republik erobern.**“

Das Agrarprogramm der SP

Im Kampf um die imaginären 51 Prozent arbeitete die Sozialdemokratische Partei 1925 ein Agrarprogramm – ihr erstes – aus. Das Agrarprogramm diente ausschließlich wahltaktischen Zwecken. Einen ernstzunehmenden Kampf um die Rechte der kleinen und mittleren Bauern hat die Sozialdemokratie nie geführt. Es ist charakteristisch für dieses Agrarprogramm, daß es neben einer ganzen Reihe von Einzelreformen eine Bodenreform verlangt, die den kleinen und mittleren Bauern nichts gegeben hätte. Bei der sozialdemokratischen Bodenreform wären die landarmen Bauern leer ausgegangen. Wie kann man aber die Bauern für einen revolutionären Kampf um den Boden gewinnen – wenn dieser niemals den Bauern gehören sollte? Es ist daher kein Wunder, wenn es der Sozialdemokratie nicht gelang, nennenswerte Erfolge auf dem Dorf zu erzielen.

Der Austromarxismus begnügte sich aber nicht mit dem Hinweis auf die 51 Prozent der Stimmen. Mit der Tatsache, daß auch viele Jahre nach 1918/19 die Mehrzahl der Soldaten des Bundesheeres sozialdemokratisch organisiert waren, wies Otto Bauer das Argument zurück, die Bourgeoisie werde sich dem Stimmzettel nicht fügen.

Aber im Bundesheer zerbröckelten die Positionen der Sozialdemokratie durch die systematische Arbeit des christlichsozialen Heeresministers *Vaugoin*. Die sozialdemokratische Soldatengewerkschaft, der „Militärverband“, zählte 1921 20.500 Mitglieder, 1927, trotz der Vergrößerung des Bundesheeres, nur 7700 und 1932 655.

Die Bourgeoisie begnügte sich nicht mit der „friedlichen Zerbröckelung“ der Macht der Arbeiterklasse. Im Juli 1927 begann sie mit der gewaltsamen Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Otto Bauers „51 Prozent“ zerfielen unter den Schlägen der Reaktion.

[66:] Die „51 Prozent“, die angebliche Möglichkeit, auf Grund bürgerlich-demokratischer Wahlen die Macht zu erringen, die scheinbare „Bestätigung“ dieser Theorie durch das „Rote Wien“, waren die Hauptbestandteile des „demokratischen Sozialismus“, den die SP-Führer den Erfahrungen der russischen Revolution, der Theorie und Praxis Lenins und Stalins entgegenstellten. Der Weg der Bolschewiki wäre zu „grausam“, zu opferreich, zu gefährlich. Die Sozialdemokratie lehne die Gewaltanwendung grundsätzlich ab, ihr Weg zum Sozialismus sei leichter, gefahrloser. Das war die Theorie vom „demokratischen Sozialismus“. Aber der Weg der österreichischen Sozialdemokratie bereitete der Arbeiterklasse grausame Niederlagen, kostete gewaltige und blutige Opfer und brachte große Gefahren für den Bestand der Arbeiterbewegung überhaupt mit sich; er führte nicht zum Sozialismus, sondern zum Sieg des Faschismus.

Die Bankenskandale

In der Nachkriegsperiode, als es klar war, daß der Kapitalismus in Österreich bestehen bleiben würde, entstand eine große Zahl von neuen Banken; gleichzeitig existierten aber auch die schon bestehenden Großbanken weiter. Besonders in der Inflationsperiode schossen die neuen Banken wie die Pilze nach dem Regen hervor. Das Eigentümliche an diesen Banken, von denen die meisten ihren Sitz in den Bundesländern hatten, war, daß sie ganz offiziell von den bürgerlichen Parteien, den Christlichsozialen und Großdeutschen, gegründet wurden. Das Vertrauen der breiten Massen in die Banken wurde in der Inflationszeit tief erschüttert. Gleichzeitig drängten die bürgerlichen Politiker dazu, sich rasch zu bereichern. Daher gab es für die Gründung neuer Banken, die sich vor allem an die „kleinen Leute“ wandten, eine eigene ideologische Begründung: „Kampf gegen die jüdischen Großbanken“, „praktischer Antisemitismus“ – das war die Geschäftsreklame, mit der diese Banken um das Vertrauen der Bauern und Gewerbetreibenden, des verarmten Mittelstandes, der noch etwas gerettet hatte, und der Beamten, die mit einer Abfertigung abgebaut worden waren, warb.

Die neuen Banken hatten nach außen hin Präsidenten und Verwaltungsräte, die ihren „bodenständigen“ Charakter unterstreichen sollten. Von Pfarrern, wie dem christlichsozialen Abgeordneten *Gimpl* aus der Oststeiermark, bis zur Hocharistokratie, wie den Fürsten *Liechtenstein* und *Thurn und Taxis*, von Landeshauptleuten, wie *Rintelen* in der Steiermark und *Ender* in Vorarlberg, bis zu Finanz- und Handelsministern, wie dem Christlichsozialen *Ahrer* und dem Großdeutschen *Schürff*, vom Heimwehrführer, wie *Steidle*, bis [67:] zu zweifelhaften Geschäftemachern, wie dem Großdeutschen *Wutte*, fand sich alles in den Vorständen der Banken, die schon in ihrem Namen zum Ausdruck bringen wollten, daß sie mit den Wiener „Judenbanken“ nichts zu tun hatten („Steirerbank“, „Agrarbank“, „Zentralbank deutscher Sparvereine“, „Deutsche Bodenbank“ usw.). Die „Niederösterreichische Bauernbank“, an deren Spitze die niederösterreichische Bauernbundführer standen, verwaltete das Vermögen von nicht weniger als 554 Raiffeisenkassen und 100 landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Der Bankenkrach

1920 waren die meisten dieser Banken gegründet worden; 1924 begann der große Bankenkrach, bei dem sie alle untergingen. Es stellte sich heraus, daß alle diese „neuen“ Banken in Wirklichkeit von den alten Großbanken abhängig waren und sich an den zweifelhaften Geschäften der Inflationszeit beteiligt hatten. Alle diese Banken waren mit den beiden größten Haifischen und Inflationsgewinnlern, *Bosel* und *Castiglioni*, direkt oder indirekt verbunden, fast alle von ihnen erlitten 1924 schwerste Verluste an einer riesigen, mißglückten Frankenspekulation. Zehntausende „kleine Sparer“ verloren damit ihr letztes Geld.

Der christlichsoziale Finanzminister Ahrer, der selbst mit verschiedenen dieser Banken in Verbindung stand, suchte deren Bankrott, der die Regierungsparteien politisch schwer belastete, dadurch aufzuhalten, daß er diesen Parteibanken große staatliche Geldmittel zur Verfügung stellte und die alten Großbanken dazu veranlaßte, helfend beizuspringen. Ahrer nannte seine dunklen Machenschaften einen „Bankverschmelzungsprozeß“. Im Jänner 1926 ließ die Christlichsoziale Partei Ahrer fallen, auf den man alle Schuld ab lud und der nach Kuba floh, um den Skandal einzudämmen. Auch der christlichsoziale Minister Mataja mußte zurücktreten.

Zur Deckung der riesigen Spekulationsverluste der bankrotten Parteibanken wurden gewaltige Mittel der Postsparkasse herangezogen. An diesen Transaktionen war auch Bosel führend beteiligt. Die Sozialdemokratische Partei führte eine sehr breite und heftige Kampagne in dieser Angelegenheit. Aber während die Kommunisten den moralischen Bankrott der bürgerlichen Regierung dazu benützten, um die Arbeiter zum Sturz der Herrschaft der Reaktion überhaupt aufzurufen, begnügte sich die SP-Führung mit dem Verlangen nach einer „anständigen“ bürgerlichen Regierung. Mitte Oktober 1926 mußte Bundeskanzler Ramek zurücktreten und auch die am stärksten belasteten Minister seiner Regierung, wie Rintelen und der Bürgermeister von Baden, Kollmann, mußten abdanken. Von der SP-Führung, die auf eine Koalitionsregierung spekulierte, freundlich begrüßt, übernahm Seipel die Regierung. Seipel gab vor, mit der Korruption aufräumen zu wollen. Aber die Korruption war nicht nur das Ergebnis der Unehrlichkeit des einen oder anderen Ministers und Parteiführers, sondern [68:] entsprang dem gesamten kapitalistischen Nachkriegssystem. Und mit diesem wollte Seipel natürlich nicht Schluß machen.

Die SP-Führer decken die Korruption

Daß es den Christlichsozialen gelang, ihre aus den Korruptionsskandalen entspringende politische Krise rasch zu überwinden, verdanken sie nur der SP-Führung. Charles A. Gulick schreibt darüber in seinem Buch „Von Habsburg zu Hitler“:

„Die Regierung war in einer Zwangslage. Die Stellung der Christlichsozialen war durch das Zusammenbrechen vieler Bankinstitute, die mit der Christlichsozialen Partei in Zusammenhang standen und durch den Postsparkassenskandal unter dem christlichsozialen Finanzminister Ahrer sehr erschüttert ... Die sozialistische Presse war nach wie vor übervoll mit scharfen Aufsätzen über die Korruption des Bürgertums. Die Untersuchung der Postsparkasse deutete auf noch ärgeres hin.“ Da stellte Seipel der SP-Führung einen Antrag: „Die Bedingung war **Schweigen über die Postsparkasse** und dafür die prompte Annahme einer Altersversicherung. Die Sozialisten entschieden schließlich, daß sie eine so verlockende Gelegenheit, einen langersehten Wunsch der österreichischen Arbeiter in ein paar Monaten sicherzustellen, nicht ablehnen könnten.“

Die Regierung Seipel war also gerettet. Aber Seipel dachte nicht einmal daran, den Preis für das „Kompromiß“ mit der SP zu zahlen. Gulick schreibt weiter: „Aber die Sozialdemokraten zogen den kürzeren. Sobald die allgemeine Aufregung über die abgrundtiefe Korruption mit geduldiger Nachsicht der Sozialdemokraten verebbte war, fand es Seipel nicht mehr notwendig, sich ihren Wünschen zu fügen.“

Diese Haltung der SP wird verständlicher, wenn man die Verbindungen zwischen der SP-Führung und dem Herd der Korruption, der „Union-Bank“ Bosels, kennt. Die SP selbst hatte mit Bosel größere Geschäfte gemacht. 1922/23 hatte Bosel 38% der Aktien der Hammerbrotwerke in Schwechat übernommen, die, 1909 von der SP gegründet, ein Parteibetrieb waren. 1925 kaufte Bosel die Fabrik, eine der größten Wiener Brotfabriken, die zeitweilig ein Drittel des gesamten Wiener Brotkonsums deckte, der SP zur Gänze ab. Ebenso gab es mehr als dunkle Verbindungen der Konsumgenossenschaften, die unter Renners und Elderschs Führung standen, mit verschiedenen Korruptionsaffären. Es gab auch direkte Verbindungen sozialdemokratischer Mandatare mit dem christlichsozialen Korruptionssumpf. So war zum Beispiel der steirische SP-Nationalrat Dr. Eisler Rechtsbeistand der christlichsozialen steirischen Landesregierung und führte in dieser Funktion die meisten dunklen Geschäfte Rintelens durch. Am 6. Oktober 1926 fand in Graz eine Sitzung des steirischen Landesausschusses der SP statt, bei der auch Otto Bauer anwesend war, und bei der über das Verhalten Dr. Eislers entschieden werden sollte. Zur großen Überraschung und Verwirrung der sozialistischen Arbeiter entschied der Landesausschuß auf Verlangen Otto Bauers, daß der Nationalrat Dr. Eisler nicht für die Handlungen des Rechtsanwalts Dr. Eisler [69:] verantwortlich sei und daß man einem „guten Anwalt“ nicht verbieten könne, die Interessen seiner Klienten zu vertreten.

Die Bankenskandale waren nicht nur ein Beispiel dafür, wie tief das gesellschaftliche Leben in Österreich korrumpiert, wie eng die Politik mit der Geschäftemacherei verknüpft war, sondern auch dafür, daß die SP-Führung nicht daran dachte, die moralische Zersetzung der Reaktion dazu auszunützen, um sie vor dem Volk zu entlarven und zu schlagen.

Das Linzer Programm

Die österreichische Arbeiterklasse hatte die Ohnmacht der Bourgeoisie in den Revolutionsjahren nicht vergessen. Die Arbeiterklasse verfügte nach wie vor über eine gewaltige Organisation, über die bewaffnete Macht des Schutzbundes und über die Machtposition des „Roten Wien“. Die Mehrheit der Soldaten und Polizisten war noch freigewerkschaftlich organisiert. Und doch wurde die politische und wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse immer elender. Massenarbeitslosigkeit und Lohndruck, der langsame aber fühlbare Abbau der „Fürsorgeinflation“, wie die Reaktion die sozialen Errungenschaften verächtlich nannte, die alles zerfressende Korruption, die straffrei bleibenden und immer häufiger werdenden faschistischen Mordanschläge auf Arbeiter – das alles war ein offensichtlicher Widerspruch zum Kraftbewußtsein der Arbeiterschaft. Die Arbeiter fühlten, daß ihnen durch die Politik der SP-Führung die Errungenschaften von 1918/19 entglitten.

Um in dieser Situation den Einfluß auf die Arbeiterschaft zu bewahren, brauchte die SP-Führung ein Mittel, um der kämpferischen Stimmung der Arbeiterschaft ein greifbares Ziel zu setzen, um den Enttäuschten neue Hoffnung zu geben. Dieses Mittel war das „Linzer Programm“, das von Otto Bauer ausgearbeitet und auf dem Parteitag in Linz im November 1926 angenommen wurde.

Zum Unterschied vom Hainfelder Programm des Jahres 1889, das die österreichische Arbeiterschaft warnte, sich „über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen“, hieß es im „Linzer Programm“ des Jahres 1926: „Die Sozialdemokratische Partei erobert durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechtes die Staatsmacht.“ Aber 1926, zum Unterschied von 1889, hatte die österreichische Arbeiterklasse den Sieg des Faschismus in Ungarn und Italien erlebt, gab es in Österreich selbst faschistische Banden, die ungestraft Arbeiter [70:] ermorden konnten. Das „Linzer Programm“, das von einer „Machtergreifung“ ausschließlich durch den Stimmzettel sprach, führte die Arbeiterklasse irre, demobilisierte sie im Kampf gegen die wachsende faschistische Gefahr.

Otto Bauer über die „Diktatur“

Um auch auf die linksgerichteten Arbeiter Eindruck zu machen, war im „Linzer Programm“ ein Hinweis enthalten, daß, falls sich die Bourgeoisie – „wider Erwarten“ – der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische „widersetzen“ sollte, „die Arbeiterklasse gezwungen wäre, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen“. Otto Bauer verflachte den marxistischen Begriff der „Diktatur des Proletariats“ mit der Feststellung, die Diktatur sei gleichbedeutend mit „Terrorismus“; das ermöglichte es ihm, die Arbeiter von den angeblich schrecklichen Folgen der proletarischen Diktatur für die – Arbeiter selbst zu warnen.

Aber dieser „Hinweis“ auf die Diktatur diente nur der Verschleierung des wesentlichsten Teils des „Linzer Programms“: dem Angebot auf eine Koalition mit der Bourgeoisie und ihrer „theoretischen Begründung“. Im „Linzer Programm“ entwickelte Otto Bauer die „Theorie“ vom „Gleichgewicht der Klassenkräfte“, das in Österreich wieder eintreten werde, und dessen Regierungsform die Koalition sein müsse. Das war der von Renner begeistert begrüßte Kernpunkt des neuen Programms.

Jeder konnte aus dem „Linzer Programm“ herauslesen, was er wollte. Renner, am rechten Flügel der SP stehend, bezeichnete das Programm als „unermesslichen Fortschritt“. Den Arbeitern aber, die den Kapitalismus vernichten wollten, sagte man: in Österreich könnt ihr ruhig bei der Sozialdemokratie bleiben, denn sie legt ja in ihrem Programm ein Bekenntnis zur Revolution ab. Tatsächlich gab es in der SP und vor allem im Schutzbund viele Tausende, die gefühlsmäßig und ihrer Überzeugung nach Freunde der Sowjetunion waren und für eine revolutionäre Politik in Österreich eintraten. Aber es gelang den Kommunisten nicht, die austromarxistischen Illusionen dieser Schichten damals schon zu

zerstören; vor allem **Otto Bauers linke Phrasen banden diese ehrlich revolutionär gesinnten Arbeiter noch an die Sozialdemokratische Partei.**

Seipel nützte das „Linzer Programm“ für seine reaktionären Ziele aus. Er wußte, daß die radikalen Phrasen des Programms nur die Kapitulationspolitik der SP-Führung verdecken sollten. Aber, um Eindruck auf die kleinbürgerlichen Schichten zu machen, stellte er das „Linzer Programm“ als ein „Bekanntnis zum Bolschewismus“ dar.

[71:]

X. Der 15. Juli 1927

Die „antimarxistische Einheitsfront“

Für April 1927 waren Nationalratswahlen angesetzt. Seipel suchte für diese Wahlen eine Konzentration aller bürgerlichen Kräfte zu erreichen. Wie Seipel selbst schrieb, wurde

„der Gedanke der Einheitsliste für die kommenden Wahlen als Besprechungen nicht nur mit dem Hauptverband der Industrie, sondern auch mit den Handels- und Gewerbevereinen, mit den Gremien der Kaufmannschaft und Gewerbevereinen geboren“.

Seipel gelang die Herstellung der Einheitsliste mit den großdeutschen. Der „Landbund“, eine reaktionäre, aber antiklerikale Bauernorganisation, deren Hauptstützpunkt in Kärnten lag und die im Parlament mit 5 Mandaten vertreten war, beharrte aber auf der selbständigen Kandidatur. Seipel verband die Herstellung der „antimarxistischen Einheitsfront“ mit einer verschärften Provokationspolitik gegen die Arbeiterklasse.

Der Mord von Schattendorf

Am 30. Jänner 1927 erschossen Angehörige der faschistischen „Frontkämpfer“-Organisation in Schattendorf (Burgenland) bei einer sozialdemokratischen Kundgebung den Kriegsinvaliden Csarits und einen achtjährigen Bub. Die Arbeiterschaft wurde von tiefster Empörung erfaßt. Die SP-Führung verhinderte aber alle Demonstrationen.

Waffensuche im Arsenal

Am 2. März 1927 ließ Heeresminister Vaugoin durch „verlässliche“ Einheiten des Bundesheeres das Wiener Arsenal besetzen, in dem seit 1918 große Waffenbestände lagen, die sich unter sozialdemokratischer Kontrolle befanden. Die Waffensuche war eine bewußte Provokation der Arbeiterschaft und sollte der reaktionären Wahlpropaganda Material liefern.

Die Arbeiter setzten sich zur Wehr. Die E-Werksarbeiter schalteten das Arsenal vom Stromnetz ab und die Favoritner Arbeiter strömten in den großen Gebäudekomplex des Arsenal, um die Waffen zu schützen. Das Bundesheer mußte abziehen.

Die Kommunistische Partei warnte die Arbeiterschaft in einem am 4. März 1927 verbreiteten Flugblatt:

„Weil die Schattendorfer Morde ungesühnt blieben, hat die faschistische Bourgeoisie den Mut, in Schattendorf nicht die Arbeitermörder, sondern Arbeiter verhaften zu lassen, im Roten Wien (christlichsoziale) Wehrbündler scharfen Patronen gegen die Arbeiterschaft zu führen. Was sich Mittwoch (im Arsenal) ereignete, kann sich täglich verstärkt wiederholen. Der Faschismus ist am Sprung. Nichts wäre gefährlicher, als eine Unterschätzung der faschistischen [72:] Gefahr. Aber die österreichische Arbeiterschaft ist noch stark genug, um mit den Faschisten gründlich aufzuräumen.“

Unmittelbar nach der mißglückten Waffensuche am 2. März trat die SP-Führung mit Seipel und Vaugoin in Verhandlungen ein und verpflichtete sich, nach den Wahlen die Waffen abzuliefern. Tatsächlich wurden im Juni 1927 an die 30.000 Gewehre und hunderte Maschinengewehre aus dem Arsenal abtransportiert. Der Schutzbund wurde aufgeboten – um den Soldaten des Bundesheeres einen ungestörten Abtransport der Waffen zu ermöglichen. **Der Abtransport der Waffen bedeutete nicht nur eine materielle Schwächung der Verteidigungskraft der Wiener Arbeiterschaft, sondern auch eine schwere moralische Niederlage für sie und eine Ermutigung der Reaktion.**

Otto Leichter, ein Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, schrieb in seinem 1934 in der Schweiz erschienenen Buch „Österreich 1934“ darüber:

„Die Waffenepisode vom Frühjahr 1927 kennzeichnete jedenfalls eine der Eigenheiten der sozialdemokratischen Politik: zuerst den äußersten Widerstand anzudrohen, aber schließlich doch zu verhandeln und in einer – freilich geänderten – Situation einen großen Teil dessen zuzugestehen, um dessentwillen man vorher den entscheidenden Widerstand angekündigt hatte.“

Der Offene Brief der KPÖ

Am 8. März 1927, wenige Tage nach der ersten provokatorischen Waffensuche, wandte sich das Zentralkomitee der KPÖ an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei mit einem „Offenen Brief“. In dem Brief hieß es, daß die Reaktion den werktätigen Massen die „letzten, ohnehin sehr geringen sozialen Errungenschaften vollends rauben“ wolle, aber mit dem entschiedenen Widerstand der österreichischen Arbeiterklasse rechnen müsse. „Darum bereitet die Bourgeoisie die offene Herrschaft des Faschismus vor. Die Ereignisse in Schattendorf und im Arsenal beweisen überzeugend, daß der österreichische Faschismus losschlagen will.“

Die Kommunistische Partei bot nun der SP an, „unter Wahrung völliger Selbständigkeit in ihrer Agitation und politischen Tätigkeit, ohne aber Mandate oder andere ‚Gegenleistungen‘ zu verlangen“, die sozialdemokratische Liste bei den Wahlen zu unterstützen.

Als Voraussetzung stellte die Kommunistische Partei die Bedingung, daß sich der Parteivorstand der SP zu folgendem verpflichtet, falls die SP die Mehrheit erhalten würde: Entschlossener Kampf gegen den Faschismus und gegen die Unternehmeroffensive“. Auflösung und Entwaffnung der faschistischen Verbände, Umwandlung des Schutzbundes in eine Wehrorganisation aller klassenbewußten Arbeiter, Kampf für die sozialen Rechte des werktätigen Volkes und der Arbeitslosen, Abwälzung der Steuerlasten auf die Bourgeoisie. Sicherung und Ausbau des Mieterschutzes, Schutz der Landarbeiter und landarmen Bauern, wirtschaftliches und politisches Bündnis mit der Sowjetunion und Schluß mit [78:] jeder Koalitionspolitik. „Die KPÖ will einzig und allein den einheitlichen, entschlossenen Kampf der werktätigen Massen gegen die faschistische Offensive der Bourgeoisie“, hieß es im „Offenen Brief“.

Der SP-Parteivorstand leimte das Angebot der Kommunistischen Partei mit der Begründung ab, in der Sozialdemokratie wäre sowieso die „Einheit der Arbeiterklasse“ verwirklicht.

Auf einer Wiener Parteiarbeiterkonferenz am 14. März 1927 sagte Johann Koplénig über die Begründung der Ablehnung durch den SP-Vorstand:

„Die KPÖ kämpft für die Kampfeinheit der Arbeiterklasse. Nicht die Einheit an sich ist das Entscheidende, sondern wofür und wozu die einheitliche Arbeiterklasse in den Kampf geführt wird. Die Einheit im Zeichen der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie bedeutet keine Stärkung, sondern eine Schwächung der Arbeiterschaft.“

Bei der gleich en Konferenz sagte Koplénig voraus, daß die Reaktion einen entscheidenden Angriff auf die Arbeiterklasse plane. Er sagte:

„Die Ereignisse der letzten Wochen beweisen mit aller Deutlichkeit, daß die Bourgeoisie mit Seipel an der Spitze dazu übergeht, in Österreich die Methoden des Faschismus einzuführen und daß sie zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Ziele selbst vor einem Putsch nicht zurückschreckt. Die Bourgeoisie verbindet mit ihren parlamentarischen Wahlvorbereitungen ihre Vorbereitung für die außerparlamentarischen Aktionen gegen das Proletariat ... Die österreichische Bourgeoisie hat die von der Sozialdemokratischen Partei erzeugten Illusionen innerhalb der Arbeiterschaft sehr gut für sich ausgenützt. Sie hat seit dem Jahre 1920 ihre Positionen ausgebaut und gestärkt. Sie stellt heute offen und ohne Verschleierung ihres Zieles die Frage der endgültigen Stabilisierung ihrer Macht auf die Tagesordnung. Gestützt auf die für sie günstige Situation im internationalen Maßstab bereitet sich die Bourgeoisie in einem entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterschaft vor.“

Das Ergebnis der Wahlen vom April 1927

Die Kommunistische Partei, die bei den Wahlen am 24. April selbständig kandidierte, erhielt nur 16.000 Stimmen. Dieses Ergebnis entsprach nicht der Stimmung der Arbeiterschaft. Aber viele, die mit den Kommunisten mehr oder minder sympathisierten, gaben der SP die Stimme, um ihr eine

Chance zu geben, die Mehrheit zu erobern. Der „Offene Brief“ war aber nicht umsonst gewesen; er hatte zu lebhaften Diskussionen bei den sozialdemokratischen Arbeitern geführt.

Die Sozialdemokratische Partei war in die Wahlen mit der Parole der Eroberung der Mehrheit gegangen. Sie erzielte tatsächlich einen beachtlichen Wahlerfolg. Die SP gewann 228.000 Stimmen (davon in Wien 120.000) und drei Mandate. Insgesamt erzielte die SP 42 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die antimarxistische Einheitsliste erhielt um 157.000 Stimmen weniger, ab die Christlichsozialen und Deutschnationalen 1923 erzielt hatten, und verlor sieben Mandate. Der Landbund konnte vier Mandate gegenüber 1923 gewinnen. Das neugewählte Parlament ergab nun folgendes Bild: die Sozialdemokratie hatte [74:] 71 Mandate, der Landbund 9; die Einheitsliste Seipels erzielte 85 Mandate, verfügte also nur über eine kleine Mehrheit. Die SP-Führer hatten den Landbund, den sie als „freiheitliche“ Partei bezeichneten, unterstützt. Aber nach der Wahl schloß der Landbund ein Koalitionsabkommen mit Seipel, und der Landbundführer Hartleb trat als Vizekanzler und Innenminister in die neue Seipel-Regierung ein.

Die SP-Führung hatte gehofft, daß das Wahlergebnis der SP und dem Landbund zusammen die Mehrheit geben würde und daß dadurch die SP den Eintritt in eine Koalitionsregierung erzwingen könnte. Diese Hoffnungen wurden nun enttäuscht. Aber in den Augen der Arbeiter war das Wahlergebnis, bei dem die SP in Wien 60 Prozent aller Stimmen erreicht hatte, ein großer Erfolg. Es stärkte das Selbstbewußtsein der Arbeiter, es stärkte allerdings auch die Illusionen, daß die SP bald die Mehrheit und damit den Sozialismus erobern werde.

Seipel aber bereitete sich darauf vor, seine trotz des für ihn ungünstigen Wahlausganges wieder gefestigte Position durch einen entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterbewegung auszubauen.

Der 15. Juli 1927

Am 14. Juli 1927 wurden die drei faschistischen Mörder von Schattendorf, die ihre Tat gar nicht geleugnet halten, freigesprochen.

Das war eine unerträgliche Provokation für die Arbeiterschaft.

Die SP-Führung gibt keine Parole

Noch in der Nacht des 14. Juli kamen die Betriebsräte des Wiener E-Werkes zum SP-Parteivorstand in die Rechte Wienzeile und teilten mit, daß das E-Werk in den Streik treten werde. Sie verlangten Weisungen von der Partei.

„Aber die ‚Arbeiter-Zeitung‘ konnte die Parole nicht geben, weil die Partei an diesem Sommerabend keine Parole für den nächsten Tag gegeben hatte ... **Es wird schon nichts geschehen, das war die Meinung ...**“, schrieb Otto Leichter.

Bei der Parlamentssitzung am 26. Juli 1927, die sich mit den blutigen Ereignissen des 15. Juli befaßte, sagte Otto Bauer:

„Es war vorauszusehen, daß dieses Urteil große Erregung hervorrufen wird ... Es war also ein naheliegender Gedanke, zu sagen: warten wir nicht ab, ob eine spontane Demonstration entsteht, sondern veranstalten wir selber eine Demonstration unter allen möglichen Sicherungen, daß die Ordnung nicht gestört wird! Das hätten wir tun können. Allerdings kann ich es mir ausmalen, wie Ihre Zeitungen getobt hätten, wenn Sie am 15. Juli die Aufforderung an die Wiener Arbeiterschaft gelesen hätten, am Freitag, an einem Werktag, die Arbeit niederzulegen und zu einer Demonstration auf die Straße zu gehen. **Ich weiß auch, daß es schwer gewesen wäre, einer solchen Demonstration eine politische Spitze zu geben, die sie gerechtfertigt hätte.** Es gab also schwere Bedenken dagegen, eine [75:] solche Demonstration zu veranstalten, und **wir haben es damals für klüger gehalten, unsere Parteigenossen in den Betrieben zu beschwichtigen. Es ist uns nicht gelungen, sie zu beruhigen. Die Demonstration in spontan ausgebrochen.**“

Die Wiener Arbeiter, allen voran die des städtischen E-Werkes, traten in den Streik und zogen in die Stadt. Die SP-Führer waren über die spontan ausgebrochene Bewegung zutiefst erschrocken. Es war seit langem das erste Mal, daß die Arbeiter der Führung der Reformisten entglitten. „Um acht Uhr rief Julius Deutsch die Polizei an, um ihr zu sagen, daß die Arbeiter auf die Innere Stadt zu marschieren. Erst in diesem Augenblick begann die Polizeidirektion langsam ihre Leute zusammenzurufen“, schreibt Gulick. Was dem Parteivorstand nicht gelungen war, sollte der Polizei gelingen. Als die

Spitze des Demonstrationzuges das Parlament erreichte, stieß sie auf berittene Polizisten, die auf die Menge einzuschlagen begannen. Seit 1918 war das nicht mehr geschehen. Aus einem Demonstrationzug wurde ein erbitterter Kampf.

Das Gemetzel beginnt

Auf diese Situation hatte Seipel gewartet, Er gab dem Wiener Polizeipräsidenten Schöber den Auftrag, die Polizei zu bewaffnen. 600 Polizisten wurden mit Karabinern ausgerüstet, das Gemetzel begann. Die aufgeputschten Polizisten wüteten zwei Tage lang wie die Wahnsinnigen. Wahlos wurde auf die unbewaffnete Menge, aus Frauen und Kinder geschossen. An zwei Tagen wurden in Wien 86 Arbeiter, Frauen und Kinder, die Mehrzahl von ihnen organisierte Sozialdemokraten, erschossen, Die Polizei verlor vier Mann. Über tausend Personen wurden verletzt.

Die schwersten Opfer fielen vor dem Justizpalast. Die Polizei hatte aus dem Gebäude auf die demonstrierende Menge geschossen. Der Justizpalast wurde daraufhin gestürmt und in Brand gesetzt. Der Schutzbund wurde aufgeboten – um die Polizisten aus dem Justizpalast zu retten.

Als die Feuerwehr bereits Schlauchlinien gelegt hatte und mit der Löschung beginnen wollte, erfolgte plötzlich, vom Parlament her, ein mörderischer Feuerüberfall der Polizei auf die Menge. Die Feuerwehr mußte ihren Löschversuch aufgeben.

Nun war die Situation eingetreten, von der im „Linzer Programm“ die Rede war: nach einem eindrucksvollen Wahlsieg der SP in Wien, hatte die Reaktion die bewaffnete Macht gegen die Arbeiter aufgeboten und inszenierte ein blutiges Gemetzel. Die Reaktion war schwach – 600 mit Karabinern bewaffnete Polizisten gegen die Arbeiter von Wien. Aber die Arbeiter von Wien erlitten eine Niederlage, denn die SP-Führung stellte sich auf die Seite der Polizei.

[76:]

Die SP-Führung auf Seite der Polizei

Der Schutzbund, gegründet zum Schutz der Errungenschaften der Arbeiter, wurde gegen die Demonstranten eingesetzt. Am 18. Juli 1927 schrieb das Organ Seipels, die „Reichspost“: „Wir sind fair genug, festzustellen, daß gewisse Schutzbundabteilungen die verbrecherischen Elemente tapfer bekämpften.“ Bei der Parlamentssitzung am 26. Juli 1927 sagte der christlichsoziale Abgeordnete Drexler anerkennend: „Die Schutzbündler nahmen tatsächlich den Versuch auf sich, die Massen wegzuprügeln.“ Bei der gleichen Parlamentssitzung sagte Otto Bauer über die Situation vor dem brennenden Justizpalast: „Fünfzehnmal hat der Schutzbund zum Sturm gegen die Menge angesetzt. Vierzehnmal ist es ihm nicht gelungen, schließlich ist es einer Abteilung des Schutzbundes, an deren Spitze Dr. Deutsch stand, gelungen, den Löschwagen einen Weg zu bahnen.“

Die SP-Führung hatte auch nichts dagegen, daß die Polizei von den Waffen Gebrauch gemacht hatte. „Daß nun ein Wachmann, der auf das äußerste bedrängt ist, schließlich zur Pistole greift und sich wehrt, wie er kann, wird kein Mensch den Wachleuten zum Vorwurf machen“, sagte Otto Bauer am 26. Juli im Parlament. Die SP-Abgeordneten protestierten nur dagegen, daß die Wache Dumdumgeschosse verwendet hatte und meinten, daß es in manchen Situationen auch möglich gewesen wäre, mit dem Säbel statt mit dem Karabiner vorzugehen.

Die Arbeiter waren zum Kampf bereit. Otto Bauer erklärte am 26. Juli im Parlament:

„Die Wache zog durch die Stadt und schoß, und es fielen Tote und Verwundete. Als wir hinkamen, um zu retten, was zu retten war, da stürzten uns die ruhigsten und besonnensten Arbeiter entgegen mit dem einzigen Schrei: Gebt uns Waffen, damit wir uns wehren!“

Aber die SP-Führer bewaffneten die Arbeiter nicht. Es hätte genügt, ein paar hundert Schutzbündler zu bewaffnen und einzusetzen. Dadurch hätte das Blutbad vermieden werden können. Aber der Schutzbund wurde nicht bewaffnet.

Der Generalstreik

Am 16. Juli wurde der Generalstreik ausgerufen, von der SP-Führung von vornherein auf 24 Stunden beschränkt. Am 4. November 1927 sagte der sozialdemokratische Abgeordnete Doktor Ellenbogen im Parlament, zu den Bänken der Christlichsozialen gewandt:

„Der von ihnen so verlästerte Generalstreik vom 16. Juli 1927 war eines der Mittel – und Sie sollten uns dafür dankbar sein –, weitere Ausbrüche der Empörung auf ein minder blutiges Gebiet abzulenken, wodurch auch von Ihnen viel Unheil abgelenkt wurde.“

Der SP-Nationalrat Dr. Arnold Eisler sagte im Parlament (laut „Arbeiter-Zeitung“): „Wir wollten damals, am 15. Juli, als wir die Arbeitseinstellung be-[77:]schlossen, die Arbeitermassen aus den äußeren Bezirken veranlassen, zu Hause zu bleiben und sie vom Hineinströmen in die Stadt abhalten. Wir wollten damals den leidenschaftlichen Wunsch der Arbeitermassen nach Bewaffnung ablenken.“

Der Generalstreik war in den Händen der SP-Führung kein Kampfmittel gegen die Reaktion, er war ein Mittel, um die Massen wieder in die Hand des Parteivorstandes zu bekommen. Daß der Generalstreik keine Wirkung auf die Reaktion haben konnte, ergab sich schon daraus, daß er an einem Samstag durchgeführt wurde. Montag früh wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Verkehrsarbeiterstreik

Der Streik der Eisenbahner, des Vortrupps der Arbeiterschaft, war für unbegrenzte Zeit ausgerufen worden. Die SP-Führung verhandelte mit Seipel und stellte bestimmte Forderungen als Bedingung für den Abbruch des Verkehrstreiks. Da besetzte die Tiroler Heimwehr den Bahnhof von Innsbruck. Die SP-Führung brach daraufhin den Eisenbahnerstreik bedingungslos ab. Die Innsbrucker Eisenbahner, tapferer als ihre Führung, nahmen die Arbeit allerdings erst wieder auf, nachdem die Heimwehren abgezogen worden waren. Am 27. Juli sagte der bei den Wahlen vom April 1927 erstmalig gewählte christlichsoziale Abgeordnete Doktor Schuschnigg im Parlament – es war seine erste Rede:

„Es ist von Interesse für uns, daß es uns zum erstenmal gelungen ist, einen Eisenbahnerstreik, zumindest teilweise, zu brechen.“

Der abgebrochene Verkehrsarbeiterstreik besiegelte die schwere Niederlage der österreichischen Arbeiterklasse am 15. Juli 1927. Die SP-Führung war nicht bereit, die Macht der Arbeiter gegen die Gewalt der Reaktion einzusetzen.

Der 15. Juli 1927 zerfetzte die Phrasen des „Linzer Programms“, er zeigte die austromarxistische Führung in ihrer ganzen opportunistischen Erbärmlichkeit. Er bedeutete eine schwere Niederlage der österreichischen Arbeiterbewegung, einen Wendepunkt in der Geschichte der ersten Republik.

Die Hetze gegen die Sowjetunion

Die Reaktion benützte die Ereignisse des 15. Juli zu einer hemmungslosen Lügenhetze gegen die Kommunisten und die Sowjetunion.

Die bürgerliche Presse schrieb von einem „Anschlag des Kreml“, von einer „bolschewistischen Verschwörung“, davon, daß „die Freitag in Wien ausgebrochene Revolte von Emissären der Moskauer Dritten Internationale angestiftet wurde“ usw. Die „Reichspost“ wußte zu be-[78:]richten, daß die „Aufstandspläne“ „Moskauer Generalstabsarbeit“ waren und drohte, daß „die europäischen Mächte ... mit Mussolinischen Mitteln die bolschewistische Flamme in Mitteleuropa rasch und rücksichtslos zertreten“ werden. Seipel erklärte wider besseres Wissen am 17. Juli: „Der erste Schuß ist erwiesenermaßen von einem bekannten Kommunisten auf die Polizei abgegeben worden“, die dann aus „Notwehr“ 86 Wiener erschießen mußte. Die Polizeidirektion versandte eine Mitteilung, wonach in den dem 15. Juli vorangegangenen Wochen „dutzendweise russische Agitatoren nach Wien gekommen sind ... die nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung die Leute auch Freitag früh aufgestachelt haben, gegen die Weisung der sozialdemokratischen Parteileitung in die Stadt zu ziehen ...“

Die SP-Führer machen die Hetze mit

Auch die SP-Führung machte diese Hetze mit. Am 18. Juli schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ von „kommunistischen Radauelementen“ und in den Mitteilungsblättern des SP-Vorstandes, die während der Streiktage herauskamen, war von „kommunistischen Jugendlichen und Großstadtesindel“, von „kommunistischen Provokateuren“ und „Plattenbrüdern“ die Rede. Der frühere sozialdemokratische Innenminister Eldersch sagte am Vormittag des 15. Juli:

„Ich verstehe nicht, warum die Polizei nicht mit allen Mitteln dreinfährt. Das sind ja gar nicht unsere Leute. Das sind ja Kommunisten!“

Durch diese Hetze wollte man nicht nur die SP-Führung politisch entlasten und decken. Die Hetze gegen die Sowjetunion, zu der man den 15. Juli zum willkommenen Anlaß nahm, war ein Teil der allgemeinen Kriegshetze gegen das Land des Sozialismus, die 1927 gerade wieder einen Höhepunkt erreicht hatte und bei der die englische Regierung den Ton angab.

Schon am 3. Juli 1927 hatte die Kommunistische Partei festgestellt:

„Die österreichische Regierung ist ein gefügiger Knecht des englischen Kriegskapitalismus. Sie betreibt in ihrer Presse eine wüste Hetze gegen die Sowjetunion, sie macht gar kein Hehl daraus, daß sie vorbehaltlos auf Seiten Englands steht. Österreich ist der strategisch – als Menschen- und Waffenlieferant – gleich bedeutende Zentralpunkt jenes mittel- und südosteuropäischen Blockes der Konterrevolution, auf dessen Zusammenschweißung gegen Sowjetrußland die englische Politik in Europa vor allem gerichtet ist.“

Nicht nur die Reaktion, auch die SP-Führung machte sich über die Warnung der Kommunisten, die später grausame Wirklichkeit wurde, lustig. „Welchen Frontabschnitt wird Vaugoin (der österreichische Heeresminister) kommandieren?“ fragte höhnisch die „Arbeiter-Zeitung“. Es war zwar nicht Vaugoin, es waren aber andere österreichische Generäle, die später mehr als einen Frontabschnitt des Krieges gegen die Sowjetunion kommandierten.

[79:]

Die Kommunisten und der 15. Juli

Der 9. Parteitag der KPÖ

Wenige Wochen vor dem 15. Juli hielt die Kommunistische Partei, am 18. Juni 1927, ihren 9. Parteitag ab. Dieser Parteitag hatte für die ideologische Ausrichtung der Partei große Bedeutung. Immer noch kamen in der Partei sozialdemokratische Auffassungen, die bis in die Parteispitze reichten, zum Ausdruck. In der Diskussion vor dem Parteitag und auf dem Parteitag selbst spielte das angebliche „Ohnmachtsgefühl“ der österreichischen Arbeiterschaft, die „infolge der Kleinheit und Lebensunfähigkeit des Landes an die Möglichkeit revolutionärer Lösungen nicht glaubt“, eine große Rolle. Johann Kopl en i g, Friedl F ü r n b e r g und Gottlieb F i a l a wandten sich gegen diese hemmende und demobilisierende „Ohnmachtstheorie“ und setzten durch, daß sie aus der Resolution des Parteitags entfernt wurde. Die Kommunistische Partei hatte nun die sozialdemokratischen Vorstellungen der „Lebensunfähigkeit“ Österreichs, der Unmöglichkeit, in Österreich selbst revolutionäre Entscheidungen auszufechten, völlig überwunden.

Nur durch diese ideologische Klärung auf dem 9. Parteitag war die Kommunistische Partei, die zur Zeit des 15. Juli 1927 kaum mehr als 4000 Mitglieder zählte, imstande, ihre ganze Kraft einzusetzen, um der Protest- und Kampf Bewegung der Wiener Arbeiterschaft ein klares politisches Ziel zu geben.

Das Flugblatt am 15. Juli

Die Kommunistische Partei gab am 15. Juli ein Flugblatt heraus, in dem versucht wurde, der von der SP-Führung im Stich gelassenen Bewegung die Richtung zu weisen. In dem Flugblatt hieß es:

„Was soll geschehen? Die Demonstration allein genügt nicht. Die Macht der österreichischen Arbeiterschaft ist groß genug, um die Selbsthilfe zu organisieren. Holt alle Kollegen aus den Betrieben! Laßt Euch nicht mehr besänftigen, bis folgende Forderungen restlos erfüllt sind:

Entwaffnung und Auflösung aller faschistischen Formationen!

Weg mit V a u g o i n, weg mit S c h o b e r!

Der Faschismus ist bis an die Zähne bewaffnet, wird vom bewaffneten Staatsapparat und von der Schandjustiz unterstützt und bedroht das Leben der Arbeiter. Wenn die Arbeiterschaft nicht rechtzeitig den Faschismus niederschlägt, wird er sie selbst niederschlagen! Fordert und erzwingt die Bewaffnung der Arbeiterschaft in

den Betrieben! Der Schutzbund muß sofort in Aktion treten; aber nicht zum Schutz der Polizei, sondern zum Schutz der Arbeiter! Nur dazu ist er da!

Die faschistisch durchseuchte Polizei hat heute Arbeiterblut auf den Straßen Wiens vergossen! Die Arbeitermörder sind straffrei! Jetzt seid Ihr auf der Straße! Wenn Ihr siegen wollt, muß der Streik weitergeführt und erweitert werden bis zur restlosen Erfüllung der lebenswichtigen Arbeiterforderungen! Fordert den sofortigen Zusammentritt einer Konferenz aller Betriebsräte Wiens. Die Führung der Bewegung muß in den Händen der Arbeiter sein!“

[80:] Die Kommunisten beteiligten sich an den Kämpfen und Demonstrationen und hatten auch Tote zu beklagen.

Am 16. Juli 1927 kam der Vorsitzende der Berliner Organisation der Kommunistischen Partei Deutschlands und Vorsitzende der „Roten Hilfe“ Deutschlands, Wilhelm Pieck, nach Wien, um die Hilfe für die Opfer des 15. Juli zu organisieren. Wilhelm Pieck wurde sofort verhaftet und nach einigen Tagen Haft abgeschoben.

Johann Koplenig am Grab der Juliopfer

Am 20. Juli fand das von der Gemeinde Wien durchgeführte Begräbnis von 56 Opfern des 15. Juli statt. Im Namen der Kommunistischen Partei sprach am Grab der Juliopfer, unter denen sich auch Kommunisten befanden, Johann Koplenig. In seiner Rede erklärte er die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zu den Ereignissen des 15. Juli. Koplenig sagte:

„Die Ereignisse vom Freitag und Samstag sind das Ergebnis der von langer Hand vorbereiteten reaktionären Offensive zur Niederschlagung des österreichischen Proletariats. Mit ihren gesunden Instinkten erkannte die Arbeiterschaft seit langem diese Gefahr ... Der heldenmütige Kampf der Wiener Arbeiter gegen die Regierungsgewalt, er war die Auflehnung, der Aufstand gegen die vorstoßende faschistische Reaktion ... Wir Kommunisten bekennen uns ohne Vorbehalt zum 15. und 16. Juli! Wir erklären uns solidarisch mit den auf der Straße gegen die mordende Staatsgewalt kämpfenden Arbeitern ... Wir Kommunisten wollen nicht mehr, sondern weniger Blutvergießen. Gerade deshalb forderten wir und fordern wir auch heute die Bewaffnung der Arbeiter. Der Faschismus marschiert. Er rüstet, ermutigt durch die Juli-Niederlage der Arbeiterschaft, zu neuen Morden. Die österreichische Arbeiterschaft in nicht geschlagen, wenn sie die richtigen Lehren zieht und ihren Weg ändert.

Nicht umsonst versucht jetzt die Bourgeoisie der ganzen Welt die Wiener Ereignisse zu einer neuen Hetzkampagne gegen die Sowjetunion, das Land der proletarischen Revolution, auszunützen. Diese Hetze steht in engem Zusammenhang mit der seit Monaten betriebenen Kriegshetze gegen die Sowjetunion. Die internationale Bourgeoisie braucht zu einem neuen Krieg die vorherige Niederwerfung der Arbeiterklasse in den europäischen Ländern.

Die Lehren aus den Ereignissen vom 15. und 16. Juli haben große Bedeutung für das internationale Proletariat. Sie sind ein neues Signal zur Kampfbereitschaft und zur revolutionären Abwehr gegen Faschismus, Reaktion und Kriegsgefahr ... Namenlose Trauer liegt über der österreichischen Arbeiterschaft. Diese Trauer ist nicht ohnmächtig und schwach. Aus dieser Trauer keimt eine gewaltige Macht, die sühnen und strafen wird. Die toten Brüder und Schwestern mahnen uns: Wenn das Proletariat leben und siegen will, muß es seinen Klassenfeind niederringen. Es gilt in revolutionärer Klarheit die Waffen zu neuen Kämpfen zu schmieden. Die Kommunistische Partei übernimmt das Erbe des Juliaufstandes. Wir geloben, den Massenmord zu sühnen durch die Vorbereitung der Revolution zur Errichtung der proletarischen Herrschaft in Österreich.“

Als Vertreter des SP-Vorstandes sprach Wilhelm Ellenbogen. Er sprach von „katastrophalen Leidenenschaften“ und bedauerte, „was von Einzelnen Beschämendes, Beklagenswertes und [81:] Verurteilungswertes begangen worden sein mag“. Damit distanzierte sich die SP-Führung von den kämpfenden Arbeitern. Neben Ellenbogen sprach, unvorhergesehen, auch Friedrich Adler, der gegen die von Johann Koplenig entwickelten Gedanken loszog. Diese eingeschobene Rede Adlers, in der er den revolutionären Schlußfolgerungen Koplenigs die Schlußfolgerungen der SP-Führung entgegenstellte, die darin gipfelten: man kann nicht kämpfen! – diese Rede Adlers bewies, daß der Parteivorstand befürchtete, die Worte Koplenigs am Grab der Juliopfer und die Politik der Kommunisten könnten starken Widerhall bei den sozialdemokratischen Arbeitern finden.

Die Rede Kopenigs am Grab der Juliopfer war von besonderer Bedeutung, weil dadurch der gesamten Arbeiterschaft der Standpunkt der Kommunisten bekannt wurde. Friedl Fürnberg schrieb in einem Artikel über den 15. Juli, der im illegalen „Weg und Ziel“ im Juli 1937 erschienen ist, über Kopenigs Rede:

„Sie hatte historische Bedeutung, denn mit ihr trat Genosse Kopenig zum erstenmal als der führende Bannerträger des Kommunismus in Österreich vor die Arbeiterschaft.“

Johann Kopenig wurde am Tag nach der Bestattung der Juliopfer verhaftet. Wegen seiner Rede und wegen des Flugblattes, das die Kommunistische Partei am 15. Juli herausgegeben und für das er verantwortlich gezeichnet hatte, wurde Kopenig wegen „Hochverrat“ angeklagt. Über zwei Monate wurde er im Landesgericht festgehalten. Die Anklage wurde schließlich auf „Störung der öffentlichen Ruhe“ abgeändert. Der Prozeß fand erst im Jänner 1928 statt.

Stalin über die KPÖ

Am 1. August 1927 kamen die Ereignisse in Wien auch auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU (B) zur Sprache. Damals sagte Stalin:

„Es wurde behauptet, daß die österreichische Kommunistische Partei schwach sei, daß sie es nicht verstanden habe, die Führung der Aktion, die wir unlängst in Wien erlebt haben, zu übernehmen. Dies ist zugleich richtig und unrichtig. Daß die Kommunistische Partei Österreichs schwach ist, stimmt. Aber zu bestreiten, daß sie richtig gehandelt habe, heißt sie verleumdern. Jawohl, sie ist noch schwach, aber schwach, weil wir dort noch keine tiefe revolutionäre Krise des Kapitalismus gehabt haben, die die Massen aufrüttelt, die Sozialdemokratie desorganisiert, die Chancen der Kommunisten schnell erhöht; weil sie jung ist, weil in Österreich seit langem bereits die Herrschaft der sozialdemokratischen ‚Linken‘ sich festgesetzt hat, die unter dem Deckmantel ihren linken Phrasen eine echte opportunistische Politik durchzuführen versteht; weil man die Sozialdemokratie mit einem Schlag nicht zertrümmern kann.“

Diese Worte Stalins bedeuteten eine Ermutigung und Hilfe für die österreichischen Kommunisten in ihrem schweren Kampf gegen den Sozialdemokratismus und stärkten die Autorität der Führung der Partei.

[82:]

Die Kapitulation der SP-Führung

Der 15. Juli hatte die Arbeiterschaft radikalisiert. Sie war von tiefster Empörung gegen das blutbefleckte Seipel-Regime erfüllt; die Arbeiter drängten danach, den Kampf gegen die Reaktion zu verschärfen.

Die SP-Führung für eine Koalitionsregierung

Die Haltung der SP-Führung war eine völlig andere. Am 15. Juli hatte der SP-Vorstand Seipel eine Koalitionsregierung angetragen, was dieser höhnisch zurückwies. Nach dem 15. Juli war es vor allem Renner, der in der SP eine Kampagne für eine Koalitionsregierung führte. Er ließ zunächst im August 1927 einen Artikel in einer deutschen sozialdemokratischen Zeitung abdrucken, in dem er die „Gefahr des Radikalismus“ kritisierte. Und Anfang Oktober 1927 ließ er in einer bürgerlichen Zeitung, im „Neuen Wiener Tagblatt“, einen Artikel erscheinen, in dem er sich für eine Koalitionsregierung einsetzte.

Es gab in der SP einen Beschluß, daß kein Funktionär einen Artikel in einer bürgerlichen Zeitung erscheinen lassen dürfe. Aber Renner wurde nicht zur Verantwortung gezogen. Im Gegenteil! Bisher war es üblich, daß auf den SP-Parteitag Otto Bauer den politischen Bericht erstattete; auf dem Parteitag im November 1927 wurde das Referat erstmalig geteilt und Renner sprach neben Otto Bauer. Darin kam der gewachsene Einfluß des rechten Flügels der SP, der „Niederösterreicher“, zum Ausdruck, als deren geistiger Führer Renner galt und deren wichtigste politische Vertreter Helmer und Schneidmahl waren.

Die Reaktion dachte aber nicht daran, mit der SP-Führung über eine Koalition zu verhandeln. Seipel fühlte sich als Sieger und merkte, daß die SP-Führung bereits kapituliert hatte. In einer Rede am 18.

Oktober 1927 sprach Seipel von der“ Entscheidungsschlacht“, die geschlagen werden müßte und sagte:

„Wenn wir die Feinde Jesus Christus' in besser organisierten und bewaffneten Gruppen marschieren sehen, dann müssen wir alles dazu tun, um die Mängel unserer eigenen Organisation und Bewaffnung zu beheben.“

Und zum Unterschied von den SP-Führern, sagte Seipel:

„Wir werden dem entscheidenden Kampf nicht aus dem Wege gehen.“

Die Seipel-Politik wirkte sich zuerst bei der Wiener Polizei aus. Im März 1927 hatten Personalvertretungswahlen stattgefunden, bei denen die freigewerkschaftliche Liste 4016 und die reaktionäre 891 Stimmen erhalten hatte. Bald nach dem 15. Juli wurden abermals Wahlen abgehalten. Diesmal erhielt die reaktionäre Liste [83:] 3931 Stimmen. Die Polizei wurde zu einer schlagkräftigen reaktionären Bürgerkriegsgarde ausgebaut.

Die SP-Führung rückt nach rechts

Im „Linzer Programm“ im November 1926, hatten die SP-Führer davon gesprochen, daß der Sozialismus in Österreich mit dem Stimmzettel erobert werden könnte, da der Staatsapparat der Republik treu diene. Es war noch kein Jahr vergangen, da stellte sich heraus, daß der Staatsapparat der Reaktion diene und die Antwort auf einen Wahlsieg der Sozialdemokratie ein Blutbad unter den Arbeitern war. Aber die SP-Führung zog aus dieser Erfahrung nicht revolutionäre Schlußfolgerungen, sondern war nun noch mehr davon überzeugt, daß man vor der Reaktion kapitulieren müsse.

Der „A.-Z.“-Redakteur Otto Leichter schrieb über diese Entwicklung:

„Im Bewußtsein der Massen führte die Juli-Niederlage zunächst durchaus nicht zu einer äußerlich erkennbaren Schwächung. Im Gegenteil, die Kampfbereitschaft war gewachsen, im Gegensatz zu der Stimmung, von der ein großer Teil des Polizeiapparats nach dem 15. Juli befallen wurde. Am 23. Juli trat eine außerordentliche Reichskonferenz zusammen, die in erschreckendem Maße zeigte, wie sehr bis hinauf zu leitenden Parteifunktionären ein beängstigender Verlust der Selbstsicherheit eingetreten war ... Viele Redner machten das ‚überspitzte Machtgefühl‘ der österreichischen Arbeiter für das Unheil dieses Tages (des 15. Juli) verantwortlich, und viele maßgebende Parteiführer verlangten eine Politik der Versöhnung und Verträglichkeit ... **Der Stimmung der breiten Massen, die seit dem Juli zweifellos radikalisiert waren, stand ein Parteiapparat gegenüber, der die neue Situation durchaus nicht mit derselben Kampfbegeisterung betrachtete wie die Arbeiter selbst.**“

Die SP-Führung lenkte die Kampfbereitschaft der Arbeiter auf ein Nebengeleise ab. Seipel hatte nach dem 15. Juli erklärt: „Verlangen Sie von mir nichts, was milde scheinen könnte!“ Die SP-Führung entfesselte nun eine lebhafte Kampagne gegen den „Keine-Milde-Präläten“ Seipel und forderte die Arbeiter auf aus Protest gegen die Seipel-Politik aus der Kirche auszutreten. Es wurde als großer Erfolg gewertet, daß vom Juli bis Dezember 1927 220.00 Menschen in ganz Österreich aus der Kirche austraten, das Dreifache der normalen Ziffer. Diese Kirchenaustritte veränderten in keiner Weise das Machtverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Reaktion. Sie erleichterten aber der Reaktion, die Mittelschichten, vor allem die Bauern, fester an sich zu binden; sie erleichterten dem reaktionären Klerus, sich unverhüllter als bisher als politischer Bundesgenosse der Seipel-Regierung einzuschalten.

Die SP-Führung suchte die Arbeiter gleichzeitig von der Schwere der erlittenen Niederlage abzulenken, um sie zu beruhigen und zu demobilisieren. Im August 1927 hieß es zum Beispiel im „Kampf“: „Zum Sieger gehört auch ein [84:] Besiegter, und ein solcher ist auf der weiten Flur nicht zu sehen.“ Ein Jahr später, am 15. Juli 1928, schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ in einem Erinnerungsartikel an den 15. Juli bombastisch: „Wo ist ihr Terrorgesetz? Wo die Abschaffung des Streikrechtes, der Schwurgerichte, der Pressefreiheit? Wo die Wiedereinführung der Todesstrafe? Wo die Schwächung und Zerschlagung der Arbeiterorganisationen? Es ist den Herren nicht gelungen! Sie werden mit unseren Toten nicht ihre Weinberge düngen!“

Aber diese und ähnliche „kräftige“ Worte der SP-Führung sollten nur ihre Kapitulation verschleiern. Der 15. Juli 1927 verstärkte die dem Klassenkampf feindlichen Tendenzen in der SP-Führung, er verstärkte die Angst und den Abscheu der SP-Führung vor jeder Aktion der Massen, vor jedem Kampf gegen die Reaktion. Er stärkte allerdings auch das Mißtrauen der Arbeiter in die SP-Führung. Am 15. Juli 1928 schrieb Johann Koplenig über die Auswirkungen der Juliniederlage:

„Wenn vor dem 15. Juli die SP-Führer imstande waren, den breitesten Arbeiterschichten den Glauben an das ‚revolutionäre‘ Wesen der österreichischen Sozialdemokratie einzuimpfen, so war dies nur ein Ergebnis des bis dahin zögernden und schwächlichen Verhaltens der Bourgeoisie, das es der SP ermöglichte, Konzessionen, die der Bourgeoisie um den Preis der unbeschränkten Geltung ihrer Herrschaft in parlamentarischen Tauschgeschäften abgehandelt wurden, ab Erfolg ihrer ‚linken‘ austromarxistischen Politik vorzutauschen. Seitdem aber die Bourgeoisie sich stark genug fühlt, um der SP, statt ihr Scheinzugeständnisse zu gewähren, reale Fußtritte zu versetzen, ist die SP nicht mehr imstande, ihre reformistische Politik noch weiterhin der Arbeiterschaft gegenüber mit revolutionären Phrasen zu verbrämen.“

Immer mehr traten nun die austromarxistischen Kraftausdrücke in den Hintergrund, und die offenen Kapitulationspolitiker, Renner, Helmer usw., begannen mit ihren Argumenten das Feld zu beherrschen. Noch besaß die österreichische Arbeiterklasse eine ungeheure Kraft; noch war die Reaktion nicht voll gerüstet. Aber die SP-Führung wich nun jedem Kampf innerhalb und außerhalb des Parlaments aus, sie wich Schritt für Schritt zurück. **Dieses ständige Zurückweichen führte direkt zur schweren Niederlage des 12. Februar 1934.**

Stalin über Krise, Krieg und Faschismus

Die Ereignisse des 15. Juli 1927 waren eines der vielen Anzeichen dafür, daß die Periode der „teilweisen oder zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus“, von der Stalin 1925 gesprochen hatte, zu Ende ging. Auf dem XV. Parteitag der KPdSU (B), der im Dezember 1927 stattfand, sagte Stalin:

„Aus der Stabilisierung selbst, aus der Tatsache, daß die Produktion wächst, daß der Handel wächst, daß der technische Fortschritt und die Produktionsmög-[85:]lichkeiten wachsen, während der Weltmarkt, die Grenzen dieses Marktes und die Einflußsphären der einzelnen imperialistischen Gruppen mehr oder weniger stabil bleiben – gerade daraus erwächst die tiefste und schärfste Krise des Weltkapitalismus, der mit neuen Kriegen schwanger geht und das Bestehen jeder wie immer gearteten Stabilisierung bedroht.“ Stalin sprach es mit aller Klarheit aus: „Aus der Stabilisierung erwächst die Unvermeidlichkeit neuer imperialistischer Kriege.“

Stalin warnte die Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder nicht nur vor der herannahenden Wirtschaftskrise und der Kriegsgefahr, sondern erklärte, daß die Kriegsgefahr auch die faschistische Gefahr verstärkt. Stalin sagte:

„Kein einziges kapitalistisches Land kann einen ernstlichen Krieg führen, ohne vorher sein eigenes Hinterland gestärkt, ohne ‚seine eigenen‘ Arbeiter gezähmt, ohne ‚seine eigenen‘ Kolonien gezähmt zu haben. Daher die allmähliche Faschisierung der Politik der bürgerlichen Regierungen.“ Aber Stalin zeigte auch, daß diese Entwicklung eine neue revolutionäre Situation schaffe. Er sagte: „Aus der Stabilisierung erwächst ein neuer revolutionärer Aufschwung.“ Und als ein Beispiel für diese Entwicklung erwähnte Stalin „die revolutionäre Erhebung der Arbeiter von Wien“.

Diese Worte Stalins waren richtunggebend für die Kommunisten der ganzen Welt. Der Kampf gegen Faschismus und Krieg wurde zur entscheidenden Aufgabe.

Anders war die Einschätzung der Weltlage durch die Führer der II. Internationale, durch die Sozialdemokratie. 1928 sprachen sie von der Umwandlung des Kapitalismus in einen „organisierten Kapitalismus“, der imstande sein werde, alle Krisen zu vermeiden. Die sozialdemokratischen Parteien richteten sich auf eine längere Periode friedlicher Entwicklung ein, in der man mit dem „organisierten Kapitalismus“ immer enger zusammenarbeiten könnte.

Johann Kopenig vor dem Schwurgericht

Am 9. Jänner 1928 fand die Schwurgerichtsverhandlung gegen Johann Kopenig wegen seiner revolutionären Tätigkeit in der Zeit des 15. Juli statt. Kopenig benützte die Gelegenheit dieser Gerichtsverhandlung, um die großen politischen Gefahren, von denen die Arbeiterklasse bedroht war, aber auch die Aufgaben, die vor der Arbeiterklasse standen, in aller Öffentlichkeit klarzulegen. Johann Kopenig benützte die Plattform des Gerichts nicht, um sich zu „verteidigen“, sondern um die Reaktion und die SP-Führung mit aller Schärfe anzuklagen. Gerade diese kämpferische Haltung führte dazu, daß Kopenig von den Geschworenen freigesprochen wurde.

[86:] In seiner Rede vor Gericht zeigte Johann Koplenig die Gefahr des Faschismus und die Notwendigkeit des Kampfes gegen ihn. Koplenig sagte:

„Überall haben wir gesehen, daß dort, wo die Arbeiter zu schwach waren und es nicht verstanden haben, ihre Kraft dazu zu benutzen, um den letzten entscheidenden Schlag zu führen, um der Macht der Bourgeoisie die Arbeiterregierung entgegenzustellen, daß überall dort es die bürgerliche Klasse verstanden hat, den Staatsapparat wieder in ihre Hände zu bekommen und gegen die Arbeiterschaft auszunutzen. Wo ihnen dann der Rahmen der Demokratie zu eng war, gingen sie zu den Methoden des Faschismus über. Die Entwicklung sehen wir auch in den letzten Jahren in Österreich.“

Über die Schuld der SP-Führung sagte Koplenig:

„Die Arbeiterschaft hatte ungeheure Illusionen über die bürgerliche Republik, das ist die große Schuld der österreichischen Sozialdemokratie, die den entscheidenden Teil der österreichischen Arbeiterschaft beeinflußt und alles getan hat, um die Arbeiter über die tatsächlichen Verhältnisse in Österreich hinwegzutäuschen. Sie ist es, die den Arbeitern immer wieder sagt: ‚Mit dem Stimmzettel müssen wir die Macht erobern‘, während das Bürgertum und die Wiener Polizei ständig rüsten, faschistische Organisationen gegründet werden usw.“

Johann Koplenig schloß seine Rede mit den Worten:

„Heute, wo die SP-Führung erklärt, daß sie gemeinsam mit den Schuldigen des 15. Juli die Regierung bilden will, heute wiederholen wir unsere Anklage von damals. Wir Kommunisten bekennen uns zum 15. und 16. Juli, wir werden die Opfer, die gefallen sind, sühnen durch die Vorbereitung der Revolution und die Aufrichtung der proletarischen Herrschaft in Österreich. Der 15. Juli war kein Abschluß der revolutionären Bewegung, kein Abschluß im Kampfe, sondern ein Ausgangspunkt zu neuen Kämpfen, und sie werden zur Abrechnung mit den Schuldigen des 15. Juli führen.“

So stellte Johann Koplenig, stellte die Kommunistische Partei der Politik des Zurückweichens, der Kapitulation, die von der SP-Führung betrieben wurde und die zur Katastrophe führte, eine Politik des Kampfes und des Sieges entgegen.

Die Erfahrungen des 15. Juli 1927 und die Lehren, die die Kommunistische Partei daraus zog, hoben den Kampf um die antifaschistische Einheitsfront auf eine höhere Stufe. Der Kampf verschärfte sich mit dem Wachstum der faschistischen Gefahr. Der Einfluß der Kommunisten wuchs, sie wurden stärker. Der schwere, hartnäckige Kampf der Kommunisten begann Früchte zu tragen.

[87:]

Literaturangabe

Zum Kapitel I:

Der Jännerstreik 1918. „Weg und Ziel“, 1948, Nr. 1, Seite 54.

Zum Kapitel II:

Vor 30 Jahren: Der 12. November 1918. „Weg und Ziel“, 1948, Nr. 10, Seite 691.

Zum Kapitel III:

Sozialdemokratismus und Bauernfrage. „Weg und Ziel“, 1952, Nr. 4, Seite 252.

Zum Kapitel V:

„*Hände weg von Sowjetrußland!*“ „Weg und Ziel“, 1949, Nr. 5, Seite 375.

Zum Kapitel VI:

Eine wenig bekannte Arbeit Dr. Renners. „Weg und Ziel“, 1950, Nr. 12, Seite 836.

Zum Kapitel VII:

Kampf dem Fraktionismus. „Johann Koplenig, Reden und Aufsätze“, Seite 12.

Johann Koplenig. „Weg und Ziel“, 1951, Nr. 4, Seite 243.

An der Spitze der österreichischen Kommunisten. „Weg und Ziel“, 1951, Nr. 5, Seite 313.

Ein Buch zur rechten Zeit. „Weg und Ziel“, 1951, Nr. 5, Seite 327.

Zum Kapitel VIII:

Auslandskapital und Souveränität. „Weg und Ziel“, 1947, Nr. 4, Seite 243.

Hungerpolitik und Großkapital. „Weg und Ziel“, 1947, Nr. 10, Seite 672.

Die „Hilfe“ des Auslandskapitals – heute und gestern. „Weg und Ziel“, 1948, Nr. 2, Seite 106.

Rückblick und Ausblick. „Johann Koplenig, Reden und Aufsätze“, Seite 3.

Sanierungskrise und die Aufgaben der Kommunistischen Partei. „Johann Koplenig, Reden und Aufsätze“, Seite 6.

[88:]

Zum Kapitel X:

Vor 25 Jahren – Der 15. Juli 1927. „Weg und Ziel“, 1952, Nr. 7/8, Seite 508.

Die Kommunistische Partei im Kampf für die Einheitsfront. Arbeiter! Arbeiterinnen! (Aufruf zum 15. Juli 1927).

Vor dem Geschworenengericht.

Alle drei in: „Johann Koplenig, Reden und Aufsätze“, Seiten 17, 24, 26.

Zu den Kapiteln I bis X:

Der Weg des Arbeiterführers Johann Koplenig. Bis Seite 35.

Zur Geschichte der „Arbeiter-Zeitung“, 11. „Weg und Ziel“, 1950, Nr. 6, Seite 434.

30 Jahre KPÖ. „Weg und Ziel“, 1948, Nr. 9, Seite 628.

Sozialdemokratismus und Partei. „Weg und Ziel“, 1949, Nr. 4, Seite 250.